JC
359
N12

CORNELL
UNIVERSITY
LIBRARY

BOUGHT WITH THE INCOME
OF THE SAGE ENDOWMENT
FUND GIVEN IN 1891 BY
HENRY WILLIAMS SAGE

Cornell University Library
JC359 .N12
Imperialismus und Handelskriege;
3 1924 030 442 374
olin

Imperialismus und Handelskriege

Imperialismus und Handelskriege

Eine volkswirtschaftliche Untersuchung über die Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und der Handelspolitik

von Dr M. Nachimson

Verlag Bern

1917

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort 5
Einleitung 7
1. Teil: **Der Imperialismus** 17
Die Völkerwanderungen 19
Der Kampf um Kolonien in der Periode des Handelskapitals 30
Der Kampf um den Absatzmarkt 39
Die Kolonien der europäischen Grossmächte als Absatzmärkte 59
Die Kolonien als Rohstofflieferanten 72
2. Teil: **Der drohende Handelskrieg** 89
Der Sturm gegen die Meistbegünstigungsklausel . . 91
«Mitteleuropa» 99
Die wirtschaftlichen Aussichten Mitteleuropas. . . . 106
Der Wirtschaftsbund des Zehnmächteverbandes . . . 129
Die Neutralen 145
Schlussbetrachtungen 152

Vorwort.

Noch ist die nächste Zukunft mit dichtem Schleier umhüllt. Niemand kann den Ausgang des Weltringens, selbst heute, am Beginn des vierten Kriegsjahres, voraussagen. Je länger aber der Krieg dauert, um so tiefgehender und umwälzender sind seine Wirkungen. Seitdem die Arbeit begonnen wurde, sind zwei neue Erscheinungen von grösster Bedeutung eingetreten: die russische Revolution und die Beteiligung Amerikas am Weltkriege. Der Einfluss dieser Momente auf den weiteren Gang der Ereignisse konnte aber hier nicht mehr berücksichtigt werden. Immerhin glaube ich annehmen zu dürfen, dass die Grundlinien der Entwicklung, die ich zu kennzeichnen versucht habe, durch diese Ereignisse doch ungeändert bleiben werden. Der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg bedeutet allerdings den höchsten Triumph des Imperialismus, der sich dieses gewaltige «friedliche» Land unterjocht hat. Hingegen läuten ihm mit der russischen Revolution die Todesglocken ... Der Sieg der russischen Revolution bedeutet nicht nur den Sieg der Demokratie in Russland, sondern eröffnet auch gute Aussichten für die Weltdemokratie überhaupt. Immerhin dürfen die Gefahren des Imperialismus nicht unterschätzt werden ...

Diese Arbeit will eine volkswirtschaftliche Untersuchung über die Beweggründe und die Bedeutung des Imperialismus sein. Die politischen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkte bleiben unberücksichtigt. Es kommt mir darauf an, die Frage zu beantworten, ob Imperialismus und Handelskriege die Entwicklung der Produktivkräfte fördern oder hemmen, und ob sie im Interesse der wirtschaftlichen und folglich auch kulturellen Entwicklung der Welt sind. Es soll in der

Hauptsache eine theoretische Beleuchtung dieser Frage sein, zugleich aber auch eine detaillierte Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse und Entwicklungstendenzen.

Theoretisch lehne ich mich an die Arbeiten von Kautsky, Otto Bauer und B. Hilferding an, was natürlich nicht ausschliesst, dass ich in manchen Punkten von den Ansichten der Genannten abweiche. Vor allem gehe ich von den Produktionsverhältnissen aus und berücksichtige die Austauschverhältnisse, sowie den ganzen Komplex von Problemen nicht, der mit der Frage des Finanzkapitals verbunden ist. Denn in dieser Beziehung hätte ich wenig Neues gegenüber dem schon Gesagten, vor allem im grundlegenden Werke von Hilferding, hinzuzufügen. Der Rahmen der Arbeit gestattet nicht, das Problem allseitig zu beleuchten; ich beschränke mich auf das Allernotwendigste um neue Gesichtspunkte in die Diskussion hineinzutragen, und ich hoffe, dass sie auch so zur weiteren Klärung dieses Problems beitragen. Vor allem aber soll diese Arbeit Waffen liefern für den Kampf gegen den Imperialismus und den drohenden Handelskrieg, die eine nicht zu überschätzende Gefahr für die menschliche Kultur und Gemeinschaft darstellen. Sollten sich meine Ausführungen, trotz ihrer Mängel die mir selber sehr wohl bekannt sind, infolge gewisser Umstände *) aber nicht ganze beseitigt werden konnten, in dieser Hinsicht nützlich erweisen, werde ich vollauf befriedigt sein.

Der Autor.

---

*) Der Ausbruch der russischen Revolution veranlasste den Verfasser dieser Arbeit nach der Heimat zurückzukehren und dort für den Weltfrieden und die internationale Verständigung der Völker, vor allem für die Vereinigung der Proletarier aller Länder praktisch zu wirken.

Einleitung.

Der Krieg soll die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln bedeuten. Das trifft nicht ganz zu. In mancher Hinsicht bedeutet er vielmehr einen Rückfall in vergangene Zustände, eine Wiederbelebung längst verschwundener Ideen und Verhältnisse oder den Abschluss einer Epoche, auf die eine neue folgt. Die napoleonischen Kriege ziehen in volkswirtschaftlicher Hinsicht eine Scheidelinie zwischen der Vergangenheit und Zukunft. So ist auch der heute tobende und vorbereitete Handelskrieg nur in ganz beschränktem Sinne die Fortsetzung der früheren Handelspolitik: er führt gewisse Tendenzen dieser Politik ad absurdum, widerspricht den vor dem Kriege angebahnten Entwicklungstendenzen und fördert somit selbst die Momente, die zu seiner Ueberwindung führen müssen.

In gewissen Kreisen in Deutschland ist man der Ansicht, dass der Krieg von England in erster Linie «zum Zwecke herbeigeführt wurde, um den ausserordentlichen wirtschaftlichen Aufschwung aufzuhalten und Deutschland wirtschaftlich zu vernichten», wie der Kriegsausschuss der deutschen Industrie in Berlin in seinem Flugblatt Nr. 28 behauptet.*) Auch dieser Gedankengang ist echt «mittelalterlich», genauer, stammt

*) Die russischen Industriellen sagten zu Beginn des Krieges das Gleiche über Deutschland. Diese internationale Geistesverwirrung während des Krieges ist an sich recht bezeichnend.

aus der Periode des Merkantilismus und der Handelskriege der Vergangenheit. Wie soll man denn eigentlich durch einen Krieg heute die Wirtschaft des feindlichen Landes vernichten? Etwa die 70 Millionen Deutschen abschlachten? Die deutschen Fabriken, Werkstätten usw. zerstören? Oder Deutschlands wirtschaftliche Macht durch eine hohe Kriegsentschädigung schwächen? In den früheren Jahrhunderten ging die Entwicklung der Produktivkräfte sehr langsam vor sich. Durch Raub, Konfiskationen und hohe Tribute konnte sich ein Staat bereichern, während die Produktivkräfte des anderen Staates gleichzeitig auf lange hinaus lahmgelegt wurden. Durch Kaperung fremder Handels- und Kriegsschiffe *) sicherte sich England zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Herrschaft über die Meere. Heute scheint die deutsche Handelsflotte trotz aller gewaltigen Einbussen vielleicht mächtiger als früher dazustehen. Und selbst, wenn Deutschland einige Jahre ohne Flotte geblieben wäre, was wäre damit erreicht? Könnte sich nicht Deutschlands Industrie auch ohne eigene Handels- und Kriegsflotte entwickeln, wie die der Schweiz oder die Belgiens? Eine feindliche Invasion schädigt selbstredend das betroffene Land sehr stark. Hat sich aber nicht Frankreich nach dem Kriege von 1870/71 relativ rasch erholt, und zeigt nicht auch heute sein Handel eine Kräftigung trotz der Besetzung der reichsten Provinzen durch den Feind? Dann würde sich England aus den angeführten naheliegenden eigenen Interessen hüten, die deutschen Fabriken zu zerstören, die ihm die notwendigen

*) «Während der Zeit der Kontinentalsperre hat England nicht weniger als 1110 Kriegsschiffe zerstört und mehr als 4000 Kauffahrteischiffe ... seiner Handelsflotte einverleibt», M. G. Schmidt, Geschichte des Welthandels, Leipzig 1912, S. 120.

Halb- und Ganzfabrikate liefern. Auch die wirtschaftliche Schwächung des Gegners durch hohe Kontributionen ist heute eine zweischneidige Waffe, die den Sieger ebenso, wie den Besiegten schädigt. Eine hohe Kriegsentschädigung würde den Wechselkurs des betroffenen Landes stark drücken, seine Ausfuhr dadurch anspornen, die Einfuhr aber verhindern, also nicht allein den Handel des «Siegers» mit dem unterlegenen Gegner so gut wie verunmöglichen, sondern sogar dem Sieger schwere Konkurrenz auf dem Weltmarkt machen. Und wer sollte überhaupt auf die tolle Idee verfallen, diesen ruinierenden Krieg, der tagaus und tagein Milliarden verschlingt, einer Kriegsentschädigung wegen zu beginnen oder fortzuführen? Nein, je länger der Krieg dauert, um so deutlicher tritt es hervor, dass in wirtschaftlicher Hinsicht der Krieg eine «falsche Rechnung» ist. Er konnte nur aus dem Bestreben nach *Macht* und *Kolonien* herrühren, ein Bestreben, das alle wirtschaftlichen Bedenken zum Schweigen bringt.

Wer den Krieg auf den Handelsneid zurückführt, der muss sich zur Bestätigung seiner Ansicht nach Aeusserungen aus den früheren Jahrhunderten, aus der Periode des Merkantilismus, umsehen, um seine Behauptungen zu bekräftigen.*) Prof. Onken (im Sammelwerke «Deutschland und der Weltkrieg», Leipzig, Berlin 1915) gibt zu, dass «das Argument der Handelsriva-

*) In sämtlichen deutschen Kriegsschriften gegen England wird noch ein Zitat aus einer englischen Zeitschrift «Saturday Review» von 1897 angeführt, die den Unsinn geäussert hat, dass England durch Vernichtung Deutschlands reicher werden könnte. Diese Zeitschrift stand aber notorisch im Solde der südafrikanischen Minenbesitzer und verzapfte diesen Blödsinn im Moment der gefährlichen Spannung zwischen Deutschland und England eben wegen Südafrika...

lität im Laufe des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege wieder an Geltung verloren hatte» (S. 174). Ebenso meint auch *Fürst Bülow* («Deutsche Politik», Berlin 1916), dass «die Vergangenheit einen deutsch-englischen Interessensgegensatz von der Art, dass er einen Daseinskampf rechtfertigte, gar nicht erzeugt hatte», dass es in England Leute gab, «die begriffen, wie treffliche Kunden England und Deutschland einander sind, und wie schmerzlich das britische Wirtschaftsleben den Ausfall der deutschen Kundschaft empfinden müsste» (S. 114 und 115). Auch der sehr hervorragende Historiker und Politiker, Prof. *H. Delbrück* und der zu deutschen Handelskreisen in enger Beziehung stehende freisinnige Politiker *G. Gotheim* sind der Ansicht, dass es nicht die Handelsrivalität gewesen sei, die diesen Krieg hervorgerufen hat. Vielleicht noch wichtiger ist es, dass der Generalkonsul Deutschlands an verschiedenen Stellen jenseits der See, *R. Kiliani*, der doch die Gelegenheit hatte, die wirtschaftlichen Reibungen zwischen den deutschen und englischen Kaufleuten zu beobachten, in seiner Schrift: «Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz» (Stuttgart, Berlin 1915) entschieden bestreitet, dass der jetzige Krieg auf diesen wirtschaftlichen Gegensatz zurückzuführen sei, und stellt fest, «dass die hervorragenden englischen und deutschen Autoritäten der Hochfinanz und des Handels eine Verständigung mit Deutschland, eine Abgrenzung der beiderseitigen Wirtschafts- und Kolonialinteressen stets als durchaus möglich bezeichnet haben».

Damit soll durchaus nicht etwa die Bedeutung der Handelsrivalität für die heutige Politik bestritten werden, nur muss man sich klar werden, dass diese als *letzter* Grund, keineswegs als *unmittelbarer* Anlass

oder auch unmittelbare Ursache der *politischen* Konflikte herausgezogen werden kann. Ausserdem muss man die *moderne Form* der Handelsrivalität kennen, den Kampf um *Kolonien und Einflusssphären*, um die Wurzeln und die Bedeutung des Imperialismus zu begreifen. Die unmittelbaren Zusammenhänge der modernen Politik, die zum Weltkrieg führten, werden bei Bülow ziemlich deutlich auseinandergesetzt, obgleich er selber vor der jetzigen Weltkatastrophe wie vor einem Rätsel steht. Bülow weiss selber wohl, dass es sich unmittelbar um Macht- und weltpolitische Kolonialpläne in der heutigen Politik der Staaten handelt. So gibt er auch offen zu, dass nicht die Handelsrivalität, sondern der deutsche Flottenbau Unbehagen und Misstrauen in England hervorgerufen hat (S. 22).

Auf Seite 25 seiner «Deutschen Politik» gibt uns Bülow, wie uns scheint, eine ganz verständliche Erklärung auch der Kriegsursache zwischen Deutschland und England. Er schreibt dort:

Für die Richtung der englischen Politik sind die Rückwirkungen der europäischen Machtverhältnisse auf die englische Seeherrschaft massgebend. Und jede Machtverschiebung, die eine solche Wirkung nicht im Gefolge haben konnte, ist der englischen Regierung immer ziemlich gleichgültig gewesen. Wenn England traditionell, das heisst denjenigen Interessen angemessen, die es als seine unveränderlichen nationalen Interessen ansieht, der jeweils stärksten Kontinentalmacht unfreundlich oder mindestens argwöhnisch gegenübersteht, so liegt der Grund vornehmlich in der Bedeutung, die England der überlegenen kontinentalen Macht für die überseeische Politik beimisst. Eine europäische Grossmacht, die ihre militärische Stärke so drastisch gezeigt hat, dass sie im normalen Lauf der Dinge eines Angriffes auf ihre Grenzen nicht gewärtig sein braucht, gewinnt gewissermassen die nationalen Existenzbedingungen, durch die England zur ersten See- und Handels-

macht*) geworden ist. England dürfte mit seinen Kräften und seinem Wagemut unbesorgt auf das Weltmeer gehen, weil es seine heimischen Grenzen durch die umgebende See vor feindlichen Angriffen geschützt wusste. Besitzt eine Kontinentalmacht eben diesen Schutz der Grenzen in ihrer gefürchteten, siegreichen und überlegenen Armee, so gewinnt sie die Freiheit zu überseeischer Politik, die England seiner geographischen Lage verdankt. Sie wird Wettbewerberin auf jenem Gebiete, auf dem England die Herrschaft beansprucht.»

Mit andern Worten: die Herrschaft einer Macht auf dem Kontinent, die zugleich eine starke Flotte besitzt, bedroht die englische Herrschaft über die überseeischen Gebiete. Aehnlich meint Hintze im schon erwähnten Sammelwerke «Deutschland und der Weltkrieg»: Die Engländer schieben uns die Absicht unter, wir wollen den Kontinent unter unsere Botmässigkeit bringen, um dann England niederwerfen zu können». Auch in Amerika werden Deutschland diese Absichten zugeschrieben. Es sind die alldeutschen Schriftsteller mit ihren phantastischen Eroberungsplänen, die diesen Hass und die Furcht gegenüber Deutschlands Eroberungsbestrebungen überall geweckt haben. Uebrigens sehen selbst verantwortliche Politiker, wie der Sekretär Bethmann-Holwegs, der unter dem Pseudonym Ruedorffer eine Arbeit über die Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart veröffentlicht hat (Stuttgart-Berlin 1914), die Aufgabe der deutschen Politik in der Vorherrschaft auf dem Kontinent. So schreibt er, indem er auf den angeblich für Deutsch-

*) Bülow wirft, wie die meisten imperialistischen Politiker, die Begriffe Seemacht und Handelsmacht zusammen, wenigstens sieht er zwischen ihnen einen kausalen Zusammenhang. Es genügt aber auf die gewaltige Bedeutung des deutschen, belgischen, schweizerischen Handels hinzuweisen, um einzusehen, dass der Handel sich nicht auf eine Flotte zu stützen braucht.

land ungünstigen Ausgang des Marokkokonflikts hinweist:

Im Zusammenhang zwischen Weltpolitik und Kontinentalpolitik liegt... der Circulus vitiosus der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches. Weltpolitische Unternehmungen haben Rückwirkungen auf die Kontinentalpolitik, unter deren Einfluss das Deutsche Reich sich einschränken muss.

Weltpolitik indes muss getrieben werden... Die deutsche Politik muss dem Circulus vitiosus entrinnen... Es ist klar, dass die weltpolitische Bewegungsfreiheit des Deutschen Reiches desto grösser ist, je unabhängiger von der Konstellation der Mächte seine kontinentale Stellung ist... Daher ist das erste Erfordernis der deutschen Weltpolitik, dass Deutschland auf dem Kontinent so stark ist, dass jeder möglichen Konstellation gegenüber die Chancen des Sieges auf seiner Seite sind. Nur dann wird es bei weltpolitischen Unternehmungen die Rückwirkungen auf die kontinentale Konstellation auf sich nehmen können. Ja, diese Rückwirkungen werden ausbleiben, sobald man sieht, dass Deutschland auf dem Kontinent mit Aussicht auf Erfolg auch durch Zusammenschluss seiner weltpolitischen Gegner nicht angreifbar ist. Die Entscheidung über die deutsche Weltpolitik fällt auf den Kontinent.

Ob der jetzige Krieg eben diesen Ausgang wirklich nehmen wird, ist abzuwarten. Auf jeden Fall sieht man, dass es sich dabei um *Macht-* und *weltpolitische* Fragen handelt, um einen Kampf um Kolonien also. Die direkten wirtschaftlichen Reibungen haben vor dem Kriege die Politik beeinflusst, vermochten aber nicht, die Staaten zum Aeussersten zu treiben, sie zu veranlassen, aus diesem Grunde etwa einen Weltkrieg zu beginnen.

Der merkantilistische Geist der Handelskriege konnte erst während des Krieges selbst einen so starken Einfluss auf die Gemüter erlangen, wie es heute der Fall ist. Wer die Haltung der englischen Regierung während des Krieges verfolgt hat, dem konnte es nicht entgehen, dass sie lange dem plötzlich aufgetauchten

schutzzöllnerisch-merkantilistischen Strome entgegentrat. Erst in allerletzter Zeit hat sie, wie übrigens Asquith offen zugegeben hat, in dieser Beziehung «umgelernt» und mit der Zustimmung zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz einen verhängnisvollen Schritt in der Richtung eines künftigen Handelskrieges gemacht.

Uebrigens herrscht heute der gleiche Geist auch in Deutschland, wie die Agitation zu gunsten «Mitteleuropas» zeigt. Auch hier sind während des Krieges in erster Linie jene Elemente hervorgetreten, die altmerkantilistische, schutzzöllnerische Abschliessungspolitik befürworten und den Handelskrieg noch früher als in den Ententemächten auf ihrem Schild erhoben haben.

Aehnliche Bestrebungen machten sich auch in den andern kriegführenden Ländern geltend, so dass die Gefahr nicht von der Hand zu weisen ist, dass auf dieses ungeheuerliche Morden noch ein Handelskrieg folgen, dass zu dem ruinierenden Krieg auf den Schlachtfeldern ein wirtschaftlicher Kampf hinzukommen werde, der die wirtschaftliche Tätigkeit Europas auf lange hinaus lahm legen könnte.

Die neutralen europäischen Länder dürfen sich nicht damit trösten, dass sie dabei der «lachende Dritte» sein werden. In Wirklichkeit werden sie darunter ebenfalls stark leiden. Schon aus dem Grunde, weil man auch ihre Einfuhr differenziert, also ungünstiger als die aus den «befreundeten» Staaten behandeln will. Vielleicht aber noch wichtiger sind die Kontrolle und andere Verkehrserschwerungen, die ein solcher Handelskrieg zwischen dem «Vierverband» und dem «Vierbund» auch für die neutralen Staaten mit sich bringen muss. Schliesslich darf man nicht ausser acht lassen, dass die Verarmung der Nachbarländer den

eigenen Export nur unterbinden könnte. Die Idee eines künftigen Handelskrieges muss also auch in den neutralen Ländern rücksichtslos bekämpft werden. Vor allem hat die Schweiz, als das bedeutendste Industrieland unter den neutral gebliebenen Staaten, ein grosses Interesse an der freien, ungehemmten Ausfuhr nach allen Nachbarstaaten. Nach den während des Krieges herrschenden Verhältnissen kann man sich leicht einen Begriff machen, in welche Bedrängnis sie bei einem eventuellen Handelskrieg geraten müsste.

Um aber diese Bestrebungen, die in den kriegführenden Ländern auf den Zusammenschluss untereinander und das Abschliessen vom Auslande hinzielen, erfolgreich bekämpfen zu können, müssen wir uns Klarheit über die Kräfte verschaffen, die dahinter stehen, sowie über die dem entgegenwirkenden Faktoren. Mit anderen Worten: wir müssen die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung kennen lernen, um uns Sicherheit zu verschaffen, ob diese Entwicklung in der Tat mit Notwendigkeit zur Bildung von «Weltreichen», die sich vom Auslande abschliessen, führt, oder ob nicht umgekehrt diese dahin zielenden Bestrebungen einer Wirtschaftsphase entspringen, die mehr oder minder schon der Vergangenheit angehört, und auf die andere wirtschaftliche Verhältnisse folgen werden, die ihrerseits ganz andere Beziehungen der Völker zu einander notwendig machen. Liegen Imperialismus und Handelskriege im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung, können sie als wirtschaftlich «notwendig» betrachtet werden, oder bringen sie zwar Tendenzen und Bestrebungen gewisser Bevölkerungsschichten zum Ausdruck, die aber keineswegs das Gesamtinteresse des Landes, nicht einmal das der Industrie in ihrem Vorwärtsschreiten vertreten? Han-

delskriege sind die logische Folge von Imperialismus. Denn unter *Imperialismus verstehen wir das Bestreben nach Ausdehnung des eigenen Wirtschaftsgebietes durch zollpolitische Angliederung oder Einverleibung anderer Gebiete, sei es in Europa selbst oder ausserhalb Europas und dessen Abschliessung durch Zoll-, Eisenbahntarife usw. vom Auslande.* Hierher gehört auch der Kampf um *«Einflusssphären»* in halbkolonialen Ländern, wie in der Türkei, in China usw. Aus diesen Bestrebungen, die die verflossene Epoche erfüllt hatten, ergaben sich die handelswirtschaftlichen Reibungen schon vor dem Kriege, und im gleichen Sinne wird jetzt der Handelskrieg propagiert.

Es gilt darum, die treibenden Kräfte des Imperialismus zu erforschen, seine Aussichten und die wirtschaftlichen Folgen des Imperialismus und der Handelskriege darzulegen, um den Kampf gegen diese Tendenzen und Bestrebungen erfolgreich durchzuführen.

ERSTER TEIL

Der Imperialismus

Die Völkerwanderungen.

Verstehen wir unter Imperialismus das *Streben nach Ausdehnung des eigenen Wirtschafts- und Machtbereiches*, so ist dieses Streben so alt, wie die Menschheit, ja, selbst in der Tierwelt finden wir die gleiche ewige Bewegung aus einem Orte nach dem anderen und den Kampf um die besetzten Orte. Was den modernen Imperialismus kennzeichnet, ist nicht dieses Bestreben an und für sich, sondern seine wirtschaftliche und soziale Grundlage, sowie seine eigenartigen Erscheinungsformen. Um den modernen Imperialismus zu begreifen, müssen wir darum einen Rückblick auf den geschichtlichen Verlauf werfen, die früheren Formen und Ursachen des Kampfes um «Weltreiche» kennen lernen, um dann erst das Charakteristische der gegenwärtigen Epoche herauszufinden. Wir werden dann sehen, dass *jeder Wirtschaftsphase und sozialen Geschichtsperiode auch eine besondere Art von «Imperialismus» entspricht.*

«Die Volkszahl auf bestimmten Raum», sagt Fr. Ratzel, *) «entscheidet über den Entwicklungsgang der Kultur». Viel weiter geht der russische Soziolog, *Maxim Kowolewsky*, der behauptet, dass die Bevölkerungsvermehrung die letzte Ursache des Fortschrittes sei. Indes ist die Bevölkerungsvermehrung selbst von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des Landes abhängig. Immerhin wirkt die Zunahme der Bevölkerung sicher auf diese zurück und war insbesondere auf den ersten Stufen der Entwicklung die wichtigste Triebfeder, die den Uebergang zu neuen Produktionsformen hervorrief. Die erfundenen tech-

*) Anthropogeographie, 2. Teil, Stuttgart 1891, Seite 255.

nischen Hilfsmittel erleichterten die Arbeit und schufen die sozialen Gegensätze; selten veranlassten sie aber auf den ersten Kulturstufen den Uebergang zu neuer Wirtschafts- und Lebensweise, der bloss unter dem Drucke der Uebervölkerung geschah. Es besteht nämlich ein gewisses, nicht leicht bestimmbares Verhältnis zwischen der Volkszahl und dem Raum, den sie einnimmt und aus dem sie sich ernährt.

« Die Menschen, die von Jagd oder Fischfang leben sollen », sagt Ratzel (Ebenda, S. 255), « wohnen viel zu dicht, wenn eine Person auf 1 Quadratkm. sitzt, häufig wird 1 Quadratmeile kein zu grosser Raum bei dieser Art der Ernährung sein. Auch Hirtenvölker brauchen grösseren Raum als Ackerbauer, bei denen indessen der Raumanspruch je nach der Intensivität der Bewirtschaftung verschieden ist. Der flüchtige Ackerbau der Indianer und Neger ohne Pflug und Düngung beansprucht mehr Raum als der jedes Mittel ausnützende gartenartige Anbau der Chinesen. »

Es ist selbstverständlich, dass auch der Verbrauch des Menschen auf verschiedenen Kulturstufen ganz verschieden ist, und danach muss sich auch der für die Ernährung der Bevölkerung notwendige Raum richten, so dass ein bestimmtes Mass für diesen gar nicht angegeben werden kann.

Ratzel selbst stellt folgende *«Skala der Bevölkerungsdichtigkeit»* auf, die den einzelnen Kulturstufen entspricht:

« *Bewohner auf einer Quadratmeile.*

Jäger und Fischvölker in den vorgeschobensten Gebieten der Ockumene (Eskimo) 0,1—0,3.

Jägervölker der Steppengebiete (Buschmänner, Patagonier, Australier) 0,1—0,5.

Jägervölker mit etwas Ackerbau oder an Ackerbau sich anlehnend (Indianer, Dajak, Papua, ärmere Negerstämme, Batua) 10—40.

Fischvölker an Küsten und Flüssen (Nordwestamerikaner, Bewohner der kleinen polynesischen Inseln) bis 100.

Hirtennomaden 40—100.

Ackerbauer mit Anfängen von Gewerben und Verkehr (Innenafrika, Malayischer Archipel) 1—300.

Nomadismus mit Ackerbau 2—300.

Länder des Islam in Westasien und Sudan 2—500.

Fischervölker, die Ackerbau treiben (Inseln des Stillen Ozeans) bis 500.

Junge Länder mit europ. Ackerbau oder klimatisch unbegünstigte Länder Europas 500.

Reine Ackerbaugebiete Mitteleuropas 2000.

Reine Ackerbaugebiete Südeuropas 4000.

Gemischte Ackerbau- und Industriegebiete 5—6000.

Reine Ackerbaubetriebe Indiens über 10000.

Gebiete europ. Grossindustrie über 15000.» (S. 264/265.

Wie relativ diese Angaben auch sein mögen, zeigen sie doch ausschliesslich, dass mit der Zunahme der Bevölkerung ein Kampf um den Boden entstehen musste. Denn wie Peter Masslow*) richtig bemerkt, fordert der Uebergang zu neuer Betriebsweise meist grosse Anstrengung, bedeutenden Energieaufwand, der häufig die Kräfte des einen oder des anderen Volksstammes übertraf. So, um nur ein Beispiel anzuführen, sagt *Hildebrand,***) dass sich nur *verarmte* Familien dem Ackerbau zuwandten, da, «solange einer nicht durch die *Not* gezwungen ist, er dies nicht tut». Darum sucht jeder Volksstamm, solange dies geht, die ihm zur Verfügung stehende Fläche stets auszudehnen, oder der Bevölkerungszuwachs verlässt die eingesessene Stätte, um sich an einem anderen Orte niederzulassen. Davon rühren die Völkerwanderungen und die fortwährenden Zusammenstösse nicht nur zwischen den Jagdvölkern und Viehzüchtern unter einander her, sondern auch die geschichtlichen Ueberfälle der No-

*) Die Theorie der Volkswirtschaft, Leipzig 1913.

**) Recht und Sitte auf den verschiedenen wirtschaftlichen Kulturstufen. Jena 1898. Siehe auch *M. Nachimson,* Die Staatswirtschaft, Leipzig 1913, S. 5 u. ff.

madenvölker über die ackerbautreibenden Völker. Es ist der Kampf um den Boden, der das grundlegende Motiv aller vorgeschichtlichen und auch der späteren Kämpfe bildet, wobei zu Anfang des 18. Jahrhunderts die Bewegung einen entgegengesetzten Verlauf zu nehmen beginnt; bis dahin kamen Völkerschaften aus Asien, nach dem Frieden von Karlowitz (1699) beginnt die Türkei das europäische Gebiet zu räumen, und es fängt allmählich der Drang Europas nach dem Osten an. In Russland setzt diese Bewegung Mitte des 16. Jahrhunderts mit der Eroberung Kasans, oder noch früher mit der Befreiung vom tatarischen Joche ein.

Die grossen historischen Bewegungen gehen indes nicht von den Ackerbauvölkern aus. Diese schicken normalerweise nur kleine Gruppen Auswanderer aus, die sich zwischen den anderen einschieben, selten aber erobernd vorgehen. Erst unter dem Drucke der Nomadenvölker kommen auch die Ackerbauvölker in Massen in Bewegung. Das geht aus fast allen historischen Bewegungen hervor.

«Die sogenannte Völkerwanderung,» sagt Prof. F. Dahn (Urgeschichte der germanischen und romanischen Völker, Onkens Allgem. Geschichte, Berlin 1881), «welche man im 4. Jahrhundert nach Christi beginnen lässt, und welche vielmehr ein *allmähliches Ausbreiten* als ein plötzliches Wandern und wenigstens ebenso sehr ein Geschobenwerden als ein Schieben war, erscheint nur als die letzte Nachwirkung, stark aufrauschender Wellenschlag einer Bewegung, welche die Germanen, von Zentralasien bis nach Gallien und an die Alpen geführt hatte.»

Auf die Ursachen dieser Wanderung eingehend, zeigt Dahn, wie sie mit der Zunahme der Bevölkerung in Zusammenhang steht. Nachdem man die umliegenden Waldgürtel schon in Kulturland verwandelt und neues Land unter dem Drucke der heranrückenden neuen Völkerschaften nicht erhalten konnte, wandte

man sich Rom zu. «Das Umherschweifen, das Vordrücken gegen Westen, das unbeschränkte Okkupieren von Urwald, das Umwandeln desselben in Allmende, von Allmende in Sondereigen — all das musste nun ein Ende nehmen: bis endlich dem unablässigen *Drucke der selbst durch Nachschiebende und durch Uebervölkerung vorwärts Gedrängten* die morsch gewordenen und nicht mehr genügend verteidigten Mauern des Römerreichs, der «Limes», der Ister, der Rhein, die Alpen sogar nachgaben, einfielen, sich überbrücken und übersteigen liessen und nun in die römischen Provinzen ... sich ergossen.» (S. 75/76.)

Auf die Auswanderung von Bauern darf man die Gründung vieler griechischer Kolonien, ebenso wie die neuzeitliche Besiedelung Amerikas zurückführen. Die Ursachen dieser Auswanderung liegen zunächst darin, dass der landwirtschaftliche Betrieb nur unter bestimmten Umständen intensiver gestaltet werden kann, folglich selten dem Bevölkerungszuwachs Beschäftigung verschafft. Wo noch die städtische Fabrik dem ländlichen Gewerbe Konkurrenz macht und dazu noch vervollkommnete, arbeitsparende Werkzeuge und Maschinen liefert, dort wird der Ueberschuss der Bevölkerung, der auf dem platten Lande keine Beschäftigung mehr findet, sehr gross. Oder, wo der Boden dem Bauer einfach genommen wird, bleibt ihm oft nichts weiter übrig, als entweder als Lohnarbeiter in die Fabrik zu gehen oder auszuwandern. Auch heute noch stellen die Agrarländer gewaltige Auswanderungsmassen. So Italien, Oesterreich-Ungarn, Irland, Russland, während Industrie-Länder, wie Deutschland und die Schweiz Einwanderungsländer geworden sind.

Wo aber der «Bodenmangel» als Motiv zu Eroberungszügen diente, waren es natürlich nicht die Bauern,

die nirgends der entscheidende Faktor der Politik waren, sondern vielmehr die Grossgrundbesitzer, die Expansionspolitik trieben. «Der Grossgrundbesitzer, der das Land nicht mit eigener Arbeit, sondern mit Lohn- und Zwangsarbeitern bebaut, kann nicht genug davon haben. Wo der Feudaladel über die nötige militärische Kraft verfügte, drängte er nach Erweiterung des Staatsgebietes, das natürlich sein Gebiet werden sollte. So war der Adel im Mittelalter die Seele der deutschen Expansionspolitik gegenüber den Slaven; in Spanien und Frankreich bildete er neben dem Absolutismus die stärkste Triebkraft der Kolonialpolitik im 16. und 17. Jahrhundert.» *) Auch die russische und japanische ostasiatische Expansionspolitik ist auf dieselbe Ursache, den Drang des feudalen Grossgrundbesitzers nach neuem Erwerb, zum grossen Teil zurückzuführen. Ebenso ist die afrikanische «Kolonisation» der europäischen Staaten nichts anderes, als die Schaffung einiger Plantagenbetriebe für Grossunternehmer. Für den bäuerlichen Kleinbetrieb eignet sich Afrika gar nicht. Selbst in Angold, das doch zu den für eine landwirtschaftliche Besiedelung geeignetesten Gegenden Afrikas gehört, würde, nach P. Rohrbach, der eigentliche Landarbeiter doch der «Schwarze» sein und bleiben müssen.

Uebrigens emigrieren heute meist die proletarischen Schichten des platten Landes oder der Städte, die nicht genügend Kapital haben, um bei den jetzigen hohen Bodenpreisen eigene Wirtschaften zu gründen, und die vielmehr dorthin gehen, wo sie ihre Arbeitskraft als Lohnarbeiter verwerten können, d. h. also

*) K. Kautsky, Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915, S. 26. Siehe auch H. Delbrück: Bismarcks Erbe, Berlin 1915, S. 192.

nach den Städten, Industriegegenden oder schon besiedelten und rasch aufblühenden Ländern, wie sie Amerika darstellt.

So wanderten in den Jahren 1909/1913 39,11 % der italienischen Emigranten nach Europa und 59,33 % nach Amerika; von 872,598 Auswanderer im Jahre 1913 gingen nach Europa 307,627, nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 376,776, nach Argentinien 111,500, dagegen nach Afrika im ganzen 6541, wovon auf die französischen Kolonien Algerien und Tunesien 3717 kamen. Die «Eroberung» von Tripolis hat also keine Ablenkung des Auswandererstroms nach dieser «Kolonie» gebracht. Ebenso wäre es lächerlich, die Prätentionen Italiens auf den Balkan dadurch rechtfertigen zu wollen, dass Italien dort Ansiedlungskolonien suche. 1909—1913 gingen nach dem Balkan bloss 0,5% der italienischen Auswanderer, 1913 im ganzen 3178 Personen. Denn die Arbeitsverhältnisse auf dem Balkan sind nicht besser, eher noch schlechter als in Italien selbst. Was haben dort die italienischen Arbeiter zu suchen? Hingegen wanderten 1913 90,019 Italiener nach der Schweiz, 83,435 nach Frankreich und 81,947 nach Deutschland aus. Nicht Kolonien braucht also Italien, sondern gute Beziehungen zu den Nachbarländern!

Aehnlich liegen die Verhältnisse für Oesterreich-Ungarn. 1908—1912 sind aus der Donaumonarchie über eine Million Menschen ausgewandert, dabei nach den Vereinigten Staten 935,000! Nach Afrika gingen im ganzen 139 Personen!...

Deutschland ist, wie gesagt, ein Einwanderungsland, hat also keinen Bevölkerungsüberschuss mehr abzugeben. Immerhin sind im Jahrzehnt 1904—1913 insgesamt 256,242 Personen ausgewandert, davon 224,131

nach den Vereinigten Staaten. Dagegen bloss 334 nach Afrika und gar nur 3 Personen nach Asien! Nach England wanderten zu gleicher Zeit 2568 und nach Australien 1838 Personen aus. Weder Afrika noch Asien lockt die deutschen Auswanderer an.

Immerhin darf nicht verkannt werden, dass in Süddeutschland, ebenso wie in Süditalien, der Ruf nach Siedlungskolonien noch eine gewisse Anziehungskraft ausübt, und in der Frage der Kriegsziele heute eine gewisse Rolle spielt. Haben doch verschiedene deutsche Imperialisten vorgeschlagen, die ansässige Bevölkerung der okkupierten Gebiete zu vertreiben und an ihrer Stelle deutsche Kolonisten anzupflanzen. Russland hat sich sogar nicht gescheut, noch während des Krieges russische Bauern nach Galizien zu verpflanzen. Wen können aber diese Manöver über die wirklichen Ursachen des Krieges täuschen? Russland, das eine geringere Bevölkerungsdichte hat als Oesterreich, oder Galizien soll in Oesterreich «Ansiedlungskolonie» suchen! Mit der Vertreibung der einheimischen Bevölkerung ist es auch eine eigenartige Sache. Sie lässt sich in grossen Massen gar nicht durchführen, mindestens nicht ohne Entschädigungen. Normalerweise kann darum die agrarische Auswanderung nur nach dünn besiedelten Ländern vor sich gehen. Wo sind aber in Europa solche Länder noch zu finden?

Allein die englischen Kolonien waren in der Vergangenheit und sind noch heute Ansiedlungskolonien, allerdings nicht allein für Engländer, sondern auch für Auswanderer aus andern Staaten. So kamen beispielsweise nach Canada 1913 142,622 aus England und 242,256 aus andern Ländern, nach Australien 76,082 und 65,824, nach Neu-Seeland 14,707 und 29,881. Dass der weitaus grösste Teil der englischen Auswan-

derer nach den englischen Kolonien geht, ist eine Tatsache (1912 331,063 von der Gesamtzahl von 467,666); allein die weitere Untersuchung wird uns noch zeigen, dass diese gewaltige Auswanderzahl, die England jahraus und jahrein verlassen, und die auch im Verhältnis zur Bevölkerung (102,5 Personen auf 10,000 Einwohner, gegenüber bloss 3,9 Personen in Deutschland) sehr gross ist, nicht zum geringen Teil gerade auf die Kolonialpolitik Englands zurückzuführen ist. Auf jeden Fall sind es, wie allgemein wohl bekannt, nicht die proletarischen bäuerlichen Schichten, die die auswärtige Politik Englands bestimmen, und nicht ihretwegen hat England Kolonien erworben. Hingegen darf man wohl annehmen, dass die indische Regierung den Erwerb der umliegenden Länder und auch Arabiens, sowie Südmesopotamiens anstrebt, um indische Bauern dorthin zu verpflanzen; für Indien hat dieser Gesichtspunkt eine ganz andere Bedeutung als für England.

Es sind also bloss Illusionen, die von einigen bäuerlichen Kreisen gehegt werden und die sie zu Anhängern der imperialistischen Bestrebungen machen, wenn man von einer modernen kolonisatorischen Politik die Erweiterung des Landbesitzes der Bauernschaft erhofft. Abgesehen von den Verschiebungen auf dem Balkan und etwaigen Besitzänderungen in Asien, vermag die heutige Kolonialpolitik der Grossmächte nicht mehr den Landhunger der Bauern zu stillen. *Die Agrarfrage kann nur in Europa selbst gelöst werden, nicht ausserhalb Europas.* Für die landarmen Bauern gibt es nirgends mehr freien Boden, ausgenommen einige Gegenden Amerikas, wo er zu relativ niedrigem Preis erworben werden könnte. Amerika ist aber kein Kolonisationsfeld mehr für Europa im staatsrechtlichen Sinne.

Anders verhält es sich mit der Frage des sogenannten «neuen Mittelstandes». Die freien Berufe sind überfüllt, die Gebildeten müssen sich sehr häufig ausserhalb der Heimat Beschäftigung suchen und machen tatsächlich einen bedeutenden Teil der heutigen Auswanderung aus den Kulturländern aus. In *ihrem* Interesse liegt tatsächlich die Kolonialpolitik, die ihnen sehr lohnende Stellungen verschaffen kann.

Ein sehr guter Kenner der heutigen imperialistischen Kämpfe, der anonyme Autor der Schrift «Deutsche Weltpolitik und kein Krieg», Berlin 1913, meint darüber wie folgt:

« Wir haben kein Bedürfnis nach Siedlungskolonien. Wohl haben wir ein starkes Bedürfnis nach einer unabhängigen kolonisatorischen Betätigung in Gebieten, die einen grossen Teil der Rohprodukte für unsere Industrie liefern könnten und wo *unsere Landsleute nicht die niedere Arbeit verrichteten, sondern ihnen die Organisation der Arbeit und die Leitung der wirtschaftlichen Unternehmungen zufiele.* »

Also Kolonien für Direktoren, nicht für Arbeiter oder Bauern.

Ebenso meint Prof. H. Delbrück, einer der klarsten Köpfe unter den Professoren Deutschlands, («Bismarcks Erbe», Berlin 1915, Seite 193):

« Deutschland ist kein Auswanderungs-, sondern Einwanderungsland. Die Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter, die sich ansiedeln lassen möchten, brauchen wir aufs dringlichste in der Heimat und haben wenig oder nichts über See abzugeben. *Was unsere Kolonien füllen und ihnen das Gepräge geben muss, ist die Oberschicht,* die Tausende mittleren und höheren Bildungsstandes, die unser reiches Schulwesen unausgesetzt produziert und für die wir im Vaterlande keine genügende Verwendung haben. Die Männer um die Dreissig, die in der Blüte ihrer Kraft stehen und sich alle Kenntnisse und Fertigkeiten angeeignet haben zur Erfüllung eines grossen Wirkungskreises, sitzen ja bei uns häufig müssig oder halbmüssig herum und warten auf eine Anstellung mit kärglichem Gehalt.

Diese müssen wir als Techniker, Kaufleute, Pflanzer, Aerzte, Aufseher, Offiziere und Beamte ausschicken, damit sie *die grossen Massen der niederen Rassen regieren* wie die Engländer Indien.»

Und weiter: «Indem ein solches Kolonialdeutschland uns zur Weltmacht erhebt, bringt es uns zugleich die Lösung der schwersten aller sozialen Fragen, die Schaffung einer befriedigenden Tätigkeit für die aufsteigenden Söhne des Volkes, den *Ueberschuss der Intelligenz*, der zu Hause keinen Arbeitsplatz findet.»

Wer sich die Bedeutung der «Intelligenz» als Faktor der öffentlichen Meinung klar gemacht hat, der wird über die starke imperialistische Stimmung der weitesten Kreise der Gesellschaft nicht staunen. Fragt man sich aber: liegt es wirklich im Interesse der Gesamtheit, dass der «Ueberschuss der Intelligenz» nach überseeischen Ländern auswandere? Die Antwort darauf werden wir uns geben, wenn wir uns erinnern, dass die englische Industrie eben infolge der starken Abwanderung dieser Intelligenz nach den Kolonien Mangel an technisch gebildeten Leitern von Betrieben leidet, dass die deutsche Industrie die englische nicht zum geringen Teil eben darum überflügelt, weil sich in Deutschland ein «Ueberschuss der Intelligenz» herausgebildet hat, der die deutsche Industrie gemeinsam mit der intelligenten Arbeiterschaft auf eine hohe wissenschaftliche Stufe gehoben und in ihrer Leistungsfähigkeit fast unerreichbar gemacht hat. Wie in vieler anderer Hinsicht, so erweist sich auch in dieser Beziehung für das Land, im ganzen genommen, der Besitz von Kolonien als geradezu verhängnisvoll; denn diese locken die besten Kräfte an und schwächen so das Mutterland. Der Gewinn des Einzelnen heisst noch keineswegs einen Gewinn für die Gesamtheit.

Der Kampf um Kolonien in der Periode des Handelskapitals.

In viel höherem Masse als durch den Wunsch nach Erweiterung des eigenen Raumes wurde die auswärtige Politik der Staaten durch Rücksichten auf die Interessen des Grosshandels geleitet. Der Austausch von Gütern, selbst zwischen entfernten Ländern, ist älter als die Geschichte der Menschheit. Die Aegypter und Babyloner trieben schon in vorgeschichtlicher Zeit einen ziemlich ausgedehnten Handel.

Dieser Handel währte während der ganzen Periode der sogenannten *Naturalwirtschaft* und basiert auf den Verschiedenheiten der natürlichen Produktionsbedingungen der einzelnen Gegenden. Gewisse Gegenstände, die nur an einer Stelle gewonnen werden, wie Eisen und andere Metalle, fanden bald ihren Weg nach den entferntesten Gegenden der damals bekannten Welt. Dieser Handel blieb aber in engen Grenzen, so lange die Ueberschüsse der Bauernarbeit, gegen die die Gegenstände aus andern Gegenden ausgetauscht wurden, gering blieben. Erst als sich in den Händen der Gutsbesitzer, Sklavenhalter usw. bedeutende Mengen von Produkten sammelten, lebte dieser Handel auf, indem er auch auf Gegenstände des Bedarfs der herrschenden Klassen übergriff. Gewürze, Schmucksachen, Waffen, Sklaven usw. bildeten dann die Gegenstände dieses Handels.

Worin bestand der wirtschaftliche Sinn dieses Handels?

«Solange das Handelskapital», sagt Marx*), «den Produktenaustausch unentwickelter Gemeinwesen vermittelt, erscheint der kommerzielle Profit nicht nur als Uebervorteilung

*) Kapital, Band III.

und Prellerei, sondern entspringt grösstenteils aus ihr. Abgesehen davon, dass es den Unterschied zwischen den Produktionspreisen verschiedener Länder ausbeutet..., bringen es jene Produktionsweisen mit sich, dass das Kaufmannskapital sich einen überwiegenden Teil des Mehrprodukts aneignet, teils als Zwischenschieber zwischen Gemeinwesen, deren Produktion noch wesentlich auf den Gebrauchswert gerichtet ist und für deren ökonomische Organisation der Verkauf des in Zirkulation tretenden Produktenteils als überhaupt der Verkauf der Produkte zu ihrem Wert von untergeordneter Wichtigkeit ist; teils weil in jenen früheren Produktionsweisen die Hauptbesitzer des Mehrprodukts, mit denen der Kaufmann handelt, der Sklavenhalter, der feudale Grundherr, der Staat (z. B. der orientalische Despot) den geniessenden Reichtum vorstellen, dem der Kaufmann Fallen stellt... Das Handelskapital in überwiegender Herrschaft stellt also überall ein System der Plünderung dar, wie denn auch seine Entwicklung bei den Handelsvölkern der alten wie der neueren Zeit direkt mit gewaltsamer Plünderung, Seeraub, Sklavenraub, Unterjochung in Kolonien verbunden ist; so in Karthago, Rom, später bei den Venetiern, Portugiesen, Holländern usw.»

Aehnlich auch K. Kautsky in seiner schon erwähnten Schrift: «Nationalstaat» usw. auf Seite 29:

«Dem Warenhandel ist das Bedürfnis nach Expansion von Anfang an eigentümlich... Mit dem Bedürfnis nach Expansion geht aber bei ihm Hand in Hand das nach Monopolisierung gleichzeitig aber auch nach Konkurrenz. Monopol für sich, Konkurrenz für die anderen. Seine Triebkraft ist der Profit, den er daraus zieht, dass er billig kauft und teuer verkauft. Er wird am billigsten dann kaufen, wenn er allein als Käufer auf dem Markte auftritt und die Zahl derjenigen, die verkaufen wollen, eine ungeheuer grosse ist. Ebenso wird er am teuersten dann verkaufen, wenn er als einziger Verkäufer dasteht und die Zahl derjenigen, die seiner Ware bedürfen, eine ansehnliche ist. Der Kaufmann sucht daher frühzeitig die Mitbewerber vom Markte fernzuhalten, was aber in der Regel nur durch Gewalt möglich ist. Es ist ausgeschlossen, dass er allein die Kraft dazu besitzt. Der Staat soll sie ihm leihen. Der Kaufmann drängt daher auf eine starke, aber freilich ihm ergebene Staatsgewalt, auf die Ausdehnung des ihr unterwor-

fenen Gebietes und womöglich auf eine besondere Privilegierung innerhalb dieses Gebietes.»

Das ist die ökonomische Grundlage aller Handelskriege seit den Zeiten der Phönizier, Karthager, Griechen, Römer, italienischen Städterepubliken und der deutschen Hansa bis zum Kampfe der Portugiesen gegen die Araber, der Holländer gegen die Portugiesen und Spanier, der Engländer gegen diese alle und Franzosen und bis zu den napoleonischen Kriegen gegen England; überall und stets handelte es sich in der Hauptsache um das *Handelsmonopol* in erster Linie mit dem Orient, speziell mit Indien, aber auch mit Amerika, Westindien. Ueberblicken wir so die Weltgeschichte, so bemerken wir aber, dass nie und nirgends es gelungen ist, eine *völlige* und *dauernde* Monopolherrschaft über den Welthandel zu erlangen, dass vielmehr die Monopolisierung des Handels stets zu erbitterten Kämpfen mit den Nachbarn geführt, vor allem aber bei den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern den Wunsch nach wirtschaftlicher Selbstständigkeit wachgerufen und schliesslich den Ruin des herrschenden Volkes mit sich gebracht hatte.

So erklärt *A. Beer* («Allgemeine Geschichte des Welthandels», Wien 1860) schon den Verfall des phönizischen Reiches dadurch, dass

die Grossmächte Asiens nach dem Besitze der syrisch-phönizischen Küste gestrebt haben, um dadurch in den Besitz des sich hier konzentrierenden östlichen und westlichen Handels zu kommen; auch die ägyptischen Könige ersahen sich die Eroberung dieses Gebietes zum Zielpunkte aus.

Das Schicksal Karthagos hatten vielleicht, mehr als die Römer, die von ihm unterdrückten Nachbarstämme entschieden, die während der Zeit der römisch-karthagischen Kriege feste Staatengebilde entwickelt hatten und sich unabhängig machen wollten.

Interessanter sind die Kämpfe, die sich in der neuen Zeit um den Handel mit Indien abspielten und an denen die grossen Kolonialmächte der Gegenwart beteiligt waren.

Zwischen *Indien* und den westlichen Kulturländern der *Alten Welt* bestanden schon tausende von Jahren hindurch Handelsbeziehungen. Seit dem 7. Jahrhundert verlegten aber die Araber den Westeuropäern den Weg zum Orient, monopolisierten den Handel und verschafften sich dadurch «unermesslichen Gewinn». Ihr Monopol zu brechen war einer der Hauptbeweggründe der Kreuzzüge, wenn auch daneben der Wunsch, neue Feudalherrschaften zu gründen, nicht wenige Ritter beseelt haben musste, sowie manchen Abenteurer die Hoffnung auf die Schätze des Orients.

«Den Orient mit seinen Schätzen zu erschliessen und sie in sicherer Fülle und auf direkteren Wegen als jemals vorher den Abendländern zu vermitteln,» sagt G. Steinhausen (Der Kaufmann in der Vergangenheit, S. 27), «das war allgemeines Streben. Kreuzprediger wiesen auf die Vorteile der Eroberung Jerusalems oder Aegyptens für den Handel hin; mit den Kreuzherrn zogen stets Kaufleute einher, die mit raschem Blick die Lage wahrzunehmen suchten; die geistlichen Ritterorden beteiligten sich lebhaft am Grosshandel.»

Die Kreuzzüge haben bekanntlich auf den Handel Europas umwälzend eingewirkt und vor allem die Blüte der italienischen Städte gebracht. Das Monopol der Araber war aber doch nicht gebrochen. Das geschah erst mit der Entdeckung des Seeweges nach Indien durch Vasco de Gama.

Vasco de Gama kehrte nach Portugal zurück mit einem Briefe des Samorin von Kalikut an den König von Portugal, in dem gesagt wurde, dass Indien reich sei an Zimt, Gewürznelken, Ingwer, Pfeffer und Edel-

steinen, und dass er, Samorin, dafür Gold, Silber, Korallen und rotes Tuch haben möchte. Vom Papst Alexander IV. erhielt Portugal bald (1493/94) das Recht der Schiffahrt, der Eroberung und des Handels mit den entdeckten Ländern. Allein hier stossen sie auf die Araber, die sich nicht einfach verdrängen liessen. Eine lange Reihe von Kriegen mit den Arabern und Indiern beginnt, der bis Mitte des 16. Jahrhunderts dauert. Aber auch noch später hatten sie fortwährend mit Aufständen zu kämpfen, durch die die Bevölkerung sich den Räubereien der Portugiesen widersetzte. «Es gibt *keine Greuel*, mit denen sich die Portugiesen jener Zeit nicht befleckt hätten. Führer und Soldaten überboten sich an Raubgier und Unmenschlichkeit.» (R. Schmidt, in «Helmolts Weltgeschichte», 1913, Bd. I, S. 446.)

Um die geraubten Waren möglichst teuer zu verkaufen, monopolisierte der König von Portugal den ganzen Handel, setzte fest, wie viel Zimt alljährlich in den Handel kommen dürfe; was darüber hinaus eingeführt worden war, wurde, um den Preis hochzuhalten, verbrannt. Und das Resultat?

«Anfangs war grosser Gewinn nach Portugal geflossen: Lissabon wurde, während Venedigs Glanz sank, im 16. Jahrhundert der Stapelplatz fast des ganzen asiatischen Handels, und im Tajo sammelten sich die Schiffe der anderen europäischen Staaten, die kostbare Waren einkauften. *Aber dieser Gewinn kam dem Lande auf die Dauer nicht zu statten: der Reichtum häufte sich bei der Krone, in den Händen weniger bevorzugter Familien und in der grossen Menge der Kirchen und Klöster an, während das Volk verarmte.* Dabei wurde, je mehr sich die Portugiesen in Indien Feinde machten, der Reinertrag des Handels, dessen bewaffneter Schutz fast allen Gewinn aufzehrte, immer geringer.» (R. Schmidt.)

Damit ist nicht allein das portugiesische, sondern das alte Kolonialsystem überhaupt charakterisiert: Riesengewinne einiger Unternehmer, Verarmung der

Volksmassen, Verarmung der Kolonien und schliesslicher Zusammenbruch der kolonialen Unternehmungen und der kolonisierenden Staaten ...

Aehnlich waren die Folgen der spanischen «Kolonisation» Amerikas, die mehr Raub als Handel war und trotz der ungeheuerlichen Gewinne einiger Unternehmer das Land in den Abgrund stürzte.

Die erfolgreichen Rivalen Portugals in Indien waren die Holländer, deren ostindische Kompagnie «die gefährlichsten Räuber auf dem Angesicht der Erde» (Bokenmeyer), zunächst eine «glänzende Tätigkeit» eröffnete. Im Namen der «Freiheit der Meere» bekämpften sie die Portugiesen und Spanier, führten aber selber darauf hin das gleiche Regime ein wie ihre Vorgänger, versklavten die Eingebornen, zwangen sie, ihre Produkte zu niedrigen Preisen abzugeben, und verkauften diese dann in Europa zu Monopolpreisen. Das allgemeine Urteil über die holländische Kolonialpolitik fällt ein Schriftsteller aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts, Th. Stampfort Raffles, in dem er sagt: Die Geschichte der holländischen Kolonialwirtschaft «entrollt ein unübertreffbares Gemälde von Verrat, Bestechung, Meuchelmord und Niedertracht» (angeführt im «Kapital», Bd. I, S. 680).

«Um gegenwärtiger Vorteile halber,» sagt Prof. M. G. Schmidt (Geschichte des Welthandels, Leipzig 1912, S. 104/5), «wurden die Kolonien erschöpft und ihre Bewohner durch harte Steuern und erzwungene Lieferung auf die tiefste Stufe des Elends herabgedrückt. Jeder Auflehnungsversuch wurde mit blutiger Grausamkeit geahndet, und weil die Niederländer nicht alle Gewürze wegschaffen konnten, da die Menge für ihre Lagerhäuser zu gross wurde, rotteten sie durch Feuer und Axt die überflüssigen Wälder aus, um jeden Wettbewerb anderer Völker gewaltsam zu vernichten. So zerstörten sie selbst die Grundlagen, auf denen sie doch weiter leben mussten und erstickten die Keime eines künftigen Wohlstandes. Mit einer Schuldenlast von etwa 150 Millionen Gulden lief das Ende der Kompagnie in völligen Staats- und Handelsbankrott aus...»

Viel schlimmer waren die allgemeinen Folgen der holländischen Kolonialpolitik. Durch sie wurden die Holländer gezwungen, eine ungeheure Land- und Seemacht zu unterhalten, die vollständig die Kräfte des kleinen Volkes aufzehrten. «Die Steuerlast wuchs so unerschwinglich an, dass sie die arbeitenden Klassen der Nation erdrückte; in jedem Gericht Fische, das in dem fischreichen Lande auf den Tisch des Handwerkers kam, steckten dreissig verschiedene Sorten Steuern.» (Fr. Mehring.) «Hollands Volksmasse», sagt Marx, «war schon 1648 mehr überarbeitet, verarmter und brutaler unterdrückt als die des übrigen Europa insgesamt.» Also dasselbe Bild, das wir bei Portugal gesehen haben. Der erfolgreiche Rivale Hollands und später auch Frankreichs in Indien (wie in Amerika) war *England*. Als die Holländische Kompagnie 1599 den Preis des Pfeffers um mehr als das Doppelte hinaufsetzte, bildete sich in London die Englisch-Ostindische Handelsgesellschaft, die sich zunächst auf Seeraub verlegte. Sie raubte den Holländern ihre aus Indien kommenden Schiffe und machte dabei gute Gewinne. Allmählich drängten sich auch die Engländer in den indischen Handel ein, zuerst im Kampfe mit den Indiern gegen die Portugiesen, dann gegen Frankreich.

Ueber die Geschäfte der Englisch-Ostinidischen Gesellschaft schreibt Marx:

«Die Englisch-Ostindische Kompagnie erhielt... das ausschliessliche Monopol des Teehandels wie des chinesischen Handels überhaupt und des Gütertransports von und nach Europa. Aber die Küstenschiffahrt von Indien und zwischen den Inseln, wie der Handel im Innern Indiens wurden Monopol der höheren Beamten der Kompagnie. Die Monopole von Salz, Opium, Betel und anderen Waren waren unerschöpfliche Minen des Reichtums. Die Beamten selbst setzten die Preise fest und

schunden nach Belieben den unglücklichen Hindu. Der Gouverneur nahm teil an diesem Privathandel. Seine Günstlinge erhielten Kontrakte unter Bedingungen, wodurch sie, klüger als die Alchimisten, aus nichts Gold machten. Grosse Vermögen sprangen wie die Pilze in einem Tage auf, die ursprüngliche Akkumulation ging vonstatten ohne Vorschuss eines Schillings.»

Dass dabei mit den infamsten Mitteln vorgegangen wurde, versteht sich am Rande. Hatte doch das britische Parlament damals Bluthunde und Skalpieren als Mittel erklärt, welche Gott und die Natur in seine Hand gegeben hätte. Die verzweifelte Lage der englischen Volksmassen zu jener Zeit ist anderseits aus dem «Kapital» genügend bekannt.

Die Kolonial- und Handelspolitik des Handelskapitals ist in der volkswirtschaftlichen Literatur viel behandelt und fast einstimmig verurteilt worden, so dass wir uns mit diesen kurzen Bemerkungen begnügen können. Es steht heute fest, dass die Handels- und Kolonialpolitik des Frühkapitalismus zwar manchen Unternehmungen in den ersten Epochen glänzende Gewinne verschaffte, zum Teil, in England wenigstens, die Industrie förderte, aber dann für die weitere Entwicklung der modernen Industrie sich als Fessel erwies, die gesprengt werden musste, damit freie Bahn für die weitere Entwicklung geschaffen werden konnte. Nicht nur die klassische Volkswirtschaftsschule, nicht allein die französischen Aufklärer, vor allem auch Montesquieu und Voltaire, sondern selbst moderne Imperialisten, wie *Disraeli*, haben die frühere Kolonialpolitik verurteilt. Disraeli verglich die Kolonien mit einem «Mühlstein um unsern Hals»...

Ist aber die heutige Kolonial- und Weltpolitik *wesentlich* anders als die des Handelskapitals? Nennt man denn unsere Zeit etwa völlig mit Unrecht die

«neumerkantilistische Epoche»? Bevor wir aber die Grundzüge der neuimperialistischen Politik kennen lernen, möchten wir noch auf die Bedeutung des Handelskapitals für die heutige Kolonialpolitik hinweisen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass es noch heute in vielen Fällen der Kaufmann ist, der die entlegendsten Gegenden durchstreift, überall Handelsbeziehungen anknüpft und vom Staate naturgemäss dann Schutz seines Handels, in Wirklichkeit seiner monopolistischen Stellung in einer neuen «Kolonie» fordert. Denn so lange die Konkurrenz ausgeschaltet ist, vermag noch heute der Händler in entlegenen Gegenden glänzende Geschäfte zu machen.

Eine wichtige Rolle spielten Händler in den Anfängen der modernen Kolonialpolitik Deutschlands. Der Kampf Russlands um Persien und die Mongolei darf ebenfalls zum Teil auf Bestrebungen seiner Kaufleute, den Handel in diesen Gegenden zu monopolisieren, zurückgeführt werden.

Im allgemeinen aber besitzt das Handelskapital heute nicht mehr die führende Rolle im Staate. Es hat sie längst an die Industrie abgetreten, die, insbesondere nachdem sie sich organisiert hat, den Handel völlig unterjocht hat. Auch der Handel selbst hat seinen Charakter geändert. Mit wenigen Ausnahmen, ist die völlige Monopolisierung eines Gebietes überhaupt unmöglich geworden. Damit sei natürlich nicht gesagt, dass der Handel nicht gewisse Vorteile aus Kolonialbesitz zieht; da er aber im grossen ganzen auf den Verkehr mit den Nachbarländern angewiesen ist, so ist der Handel zwar für Kolonialbesitz, wünscht aber eine *friedliche Verständigung* darüber, keine kriegerische Auseinandersetzung. Kämpft das Han-

delskapital, wenn es zu einer solchen kriegerischen Auseinandersetzung gekommen ist, besonders rücksichtslos und ist es bereit, wie die Geschichte zeigt, diese bis zum eigenen völligen Ruin fortzuführen, um den Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, so sucht es doch dem Krieg, der das Geschäft verdirbt, so lange wie nur möglich aus dem Wege zu gehen. Das Handelskapital ist somit in den modernen Staaten nicht die treibende kriegerische Kraft, wenn man auch dessen Interessen und Einfluss nicht aus dem Auge lassen darf, wenn es gilt die auswärtige Politik nicht nur der wirtschaftlich rückständigen Länder (Russland), sondern auch die Englands zu erforschen, wo dem Handel noch eine grosse Bedeutung zukommt.

Der Kampf um den Absatzmarkt.

Der Grosshandel mit Luxuswaren war es also, der den Kampf um die wichtigsten Kolonien veranlasste, wenn wir von den Siedlungskolonien in der Neuen Welt absehen. Zugleich entwickelt sich aber auch ein Handel in Massengebrauchsartikeln zunächst zwischen den benachbarten Gemeinden, dann zwischen den Städten und dem platten Lande, schliesslich auch zwischen den weit voneinander gelegenen Gegenden. Auch dieser Handel basiert in seiner ersten Entwicklungsperiode auf den natürlichen Verschiedenheiten der Umgebung. Die einzelnen Gemeinden tauschen die Gegenstände aus, die sie aus dem oder jenem Grunde leichter herstellen können als ihre Nachbarn. Mit der Zunahme der Bevölkerung gibt sich ein Teil des Nachwuchses immer mehr der gewerblichen Arbeit hin, wandert mit seinen Produkten von Dorf zu Dorf. Da jeder Bauer fast in derselben Arbeit geübt ist, so weiss

er aus eigener Erfahrung, wieviel ungefähr die Herstellung eines solchen Gegenstandes an Arbeit erfordert. Der Austausch der Produkte geschieht darum in dieser Zeit auf der Grundlage des Arbeitswertes. Der Vorteil des Austausches liegt in der Verschiedenheit der Produktionsbedingungen der einzelnen Gegenden. Wenn an einem Orte Flachs besser gedeiht als an einem andern, wo umgekehrt die Viehzucht sich gut entwickelt, so liegt es im Interesse beider Produzenten, Flachs gegen Produkte der Viehzucht auszutauschen. Mit der Zeit kommt noch der Vorteil der verschiedenen Arbeitsgewandtheit in der Herstellung verschiedener Gegenstände hinzu. Immerhin blieb dieser Austauschhandel in engen Grenzen.

Erst die weitere Zunahme der Bevölkerung, die zur Vermehrung der Zahl der Gewerbetreibenden und Vergrösserung der Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen führt, bringt eine Umwälzung mit sich. Der nachbarliche Markt genügt nicht mehr, um alle Gewerbetreibenden zu ernähren; sie müssen immer entferntere Märkte aufsuchen, um so mehr, als sich auch schon in ihrer Arbeit eine Spezifikation vollzogen hat und sie nun nur noch einzelne Artikel, aber in grössern Mengen herstellen, die das benachbarte Dorf nicht aufkaufen kann. Den entfernt liegenden Markt kann aber nicht jeder aufsuchen noch auch nur überblicken, und so schiebt sich zwischen den Produzenten und den Konsumenten zunächst der blosse Zwischenhändler, der sich allmählich in den Verleger verwandelt, indem er den Gewerbetreibenden auch die Rohstoffe zu liefern beginnt. Schliesslich unterliegen die Gewerbetreibenden völlig der Herrschaft des Verlegers, der sie in seinen Manufakturen zu beschäftigen beginnt, um durch Spezialisierung und Arbeitsvereinigung ihre Ar-

beitsproduktivität zu erhöhen. Auf diese Weise erlangt der kapitalistische Unternehmer einen grossen Vorteil gegenüber den bäuerlichen Hausgewerbetreibenden und kann sie leicht niederkonkurrieren.

«Früher erzeugte und bearbeitete die Bauernfamilie die Lebensmittel und Rohstoffe, die sie nachher grösstenteils selber verzehrte. Diese Rohstoffe und Lebensmittel sind jetzt Waren geworden; der Bauer verkauft sie massenhaft; in den Manufakturen findet er seinen Markt. Dafür verwandeln sich jetzt Garn, Leinwand, grobe Wollenzeuge — Dinge, deren Rohstoffe sich im Bereich jeder Bauernfamilie vorfanden und von ihr zum Selbstgebrauch versponnen und verwebt wurden — in Manufakturartikel, deren Absatzmarkt gerade die Landdistrikte bilden. Die zahlreiche, zerstreute Kundschaft, bisher bedingt durch eine Menge kleiner, für eigene Rechnung arbeitender Produzenten, konzentriert sich jetzt zu einem grossen, vom industriellen Kapital versorgten Markt. So geht Hand in Hand mit der Expropriation (Enteignung) früher selbstwirtschaftender Bauern und ihrer Losscheidung von ihren Produktionsmitteln die Vernichtung der ländlichen Nebenindustrie, der Scheidungsprozess von Manufaktur und Agrikultur.» («Kapital», Bd. I, S. 676/677.)

So wird der innere Arbeitsmarkt der Manufakturperiode gebildet, um den sich ein Kampf vollzieht nicht zwischen den einzelnen Kapitalisten, sondern zwischen der Manufaktur und dem Hausgewerbe. In diesem Kampfe fallen die Interessen aller Kapitalisten zusammen. Sie fordern die Abschaffung aller Verkehrshindernisse innerhalb des eigenen Landes, wie insbesondere der *Binnenzölle*, die das lokale Gewerbe gegen die Konkurrenz der Manufaktur schützen. Gegenüber den ausländischen Unternehmern schliesst man sich aber ab. So entstehen der *nationale* Markt und auf seiner Grundlage der *nationale Staat*.

«Jedoch bringt es die eigentliche Manufakturperiode zu keiner radikalen Umgestaltung. Man erinnert sich, dass sie sich der nationalen Produktion nur stückweise bemächtigt und

immer auf städtischem Handwerk und häuslich-ländlicher Nebenindustrie als breitem Hintergrund ruht...

«Erst die grosse Industrie liefert mit den Maschinen die konstante Grundlage der kapitalistischen Agrikultur, expropriiert radikal die ungeheure Mehrzahl des Landvolkes und vollendet die Scheidung zwischen Ackerbau und häuslich-ländlichem Gewerbe, dessen Wurzeln sie ausreisst — Spinnerei und Weberei. Sie erobert daher auch erst dem industriellen Kapital den ganzen innern Markt.» («Kapital», S. 677/678.)

Vermochten schon in der Manufakturperiode einige Waren sich einen ausgedehnten Absatzmarkt zu verschaffen, so ist die Erweiterung des Absatzmarktes zum Weltmarkte für die Zeit der Maschinenindustrie eine Lebensnotwendigkeit.

Mit der Einführung der Maschine gewinnt nämlich der fixe Teil des Kapitals, das heisst derjenige Teil, der nur allmählich abgenutzt und erst im Verlaufe einer Reihe von Jahren voll im Werte der geschaffenen Produkte zum Ausdruck kommt, immer grössere Bedeutung. Während der Wert der Rohstoffe und anderer Materialien ganz auf das neugeschaffene Produkt übergeht, enthält dieses nur einen Teil des Wertes der Maschinerie und des Gebäudes in sich. Die Abnutzung der Maschinerie, der Fabrikanlagen usw. hängt aber nur in geringem Masse von dem Umfang der Produktion ab.

Es ist das Büchersche Gesetz der Massenproduktion, wonach das bessere Verfahren erst mit der erhöhten Produktion billiger, auf die Einheit gerechnet, wird, das den Unternehmer im Konkurrenzkampfe veranlasst, seine Maschinerie stets auszubessern und seine Produktion zu vergrössern, um auf diese Weise die Produktionskosten herabzusetzen und auf dem Markte Ueberhand zu erhalten.

In der gleichen Richtung wirkt die Anhäufung von Kapital in den Händen des Unternehmers, das nach

«Verwertung» schreit. Der Unternehmer ist kein Schatzsammler der alten Zeit, sondern strebt danach, dass jeder Groschen «produktiv» angelegt wird, das heisst, ihm Profit bringt. Er muss also seinen Betrieb stets ausdehnen, um das anwachsende Kapital zu «verwerten».

Die direkte Folge davon ist das allgemeine Streben nach Ausdehnung der Produktion und Eroberung, wenn möglich Monopolisierung immer neuer Absatzmärkte. Der Austausch von Waren liegt also im Wesen der Wirtschaft an und für sich; er wird durch den Unterschied in den Produktionsbedingungen zwischen einzelnen Gegenden, sowie in der Arbeitsleistung der Arbeiter verschiedener Länder bedingt. Der Kampf um den Absatzmarkt wird aber in der kapitalistischen Wirtschaftsperiode infolge der *Ueberproduktionskrisen* ausserordentlich verschärft und gewinnt erst jetzt einen spezifischen Charakter.

Der Absatz von Produkten geht vonstatten, wenn die einzelnen Wirtschaftszweige gleichmässig entwickelt werden. Wenn beispielsweise viel Sägemaschinen gebaut sind, während die Nachfrage danach nur gering ist, so bleiben diese lange liegen; ebenso finden die Textilmaschinen keinen Absatz, wenn die Textilindustrie sich wenig entwickelt. Da aber die Herstellung der Maschinen billiger ist, wenn sie massenweise produziert werden, so muss der Fabrikant für die überschüssigen Produkte auswärts Absatz suchen.

Wichtiger ist noch, dass die kapitalistische Produktion von Zeit zu Zeit die Nachfrage überholt und überholen *muss*. Denn der Arbeitslohn ist sehr knapp, der Verbrauch des Arbeiters eingeschränkt; aber auch der Unternehmer denkt in erster Linie daran, seinen

Betrieb nach Möglichkeit auszudehnen, selbst auf Kosten des eigenen Verbrauchs. So wächst die Produktion rasch an, während der Konsum nur langsam zunimmt. Daraus ergeben sich die *Ueberproduktionskrisen*, wenn die Lager mit unverkäuflichen Waren überfüllt daliegen. Es wird eben drauflosproduziert, ohne dass eine entsprechende Nachfrage vorhanden ist.

Es gibt nun zwei Mittel, diese Krisen zu überwinden: erstens durch *Neuverteilung* der Produktion, indem an Stelle von Gegenständen des persönlichen Verbrauchs, für die kein Absatz mehr vorhanden zu sein scheint, Gegenstände des industriellen Verbrauchs, das heisst Produktionsmittel geschaffen werden, die, sobald sie den vorhandenen Maschinen überlegen sind, stets Absatz finden müssen. Durch Herausstossung der alten Produktionsmittel aus der Fabrik und Herabsetzung der Preise verschafft sich der Kapitalist den Absatzmarkt, der eben nie *absolut* aufnahmeunfähig ist, sondern nur *relativ*, das heisst bei dem gegebenen Stand der Hochkonjunkturpreise und der Technik. Sinken die Preise und wird die Technik auf eine höhere Stufe gebracht, so dehnt sich auch der Markt aus — allerdings bloss bis zur nächsten Ueberproduktion, wenn die Produktion auf höherer Stufenleiter wiederum die Nachfrage überholt. Dann wiederholt sich der gleiche Vorgang. Anderseits suchen die Unternehmer eines Landes den Warenüberschuss nach einem andern Lande abzuschieben. Und da beginnt der verzweifelte Kampf um den Weltmarkt. Statt die Technik zu verbessern, sucht man die Waren nach auswärts abzusetzen, möglichst nach gesicherten Märkten. Dass selbständige Länder im allgemeinen viel bessere und grössere Warenkäufer sind, ist aus der Geschichte und der alltäglichen Erfahrung bekannt. Ausgebeutete

Länder vermögen ja nicht viel Waren zu kaufen. Dem einzelnen Unternehmer kommt es aber eben nicht auf die dauernde Entwicklung des Marktes, sondern auf möglichst raschen Absatz an, und zwar zu möglichst guten Preisen, die man in zollgeschützten oder beherrschten Gebieten erlangen könnte.

Bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts hat England den Weltmarkt beherrscht. Seitdem sind neue Industrieländer, Deutschland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan hinzugekommen. In mancher Hinsicht ist England von Deutschland und insbesondere von den Vereinigten Staaten überholt worden. So betrug die Ausfuhr von Eisen- und Stahlfabrikaten 1912 aus den Vereinigten Staaten 1226 Millionen Mark, aus Deutschland 1174 und aus England 992 Millionen Mark (Frankfurter Zeitung vom 31. Januar 1913). Auf jeden Fall konnte schon lange nicht mehr von einer Beherrschung des Weltmarktes durch ein Land gesprochen werden. *)

Der ganze Charakter des Kampfes um den Weltmarkt hat sich indes inzwischen geändert. War es in der Manufakturperiode die Qualität der Ware, die ihr die Verbreitung verlieh, so entschied in der Zeit der Maschinenindustrie der billige Preis über den Absatz. So lange nun die englische wohl ausgerüstete Industrie nur gegen das Gewerbe der rückständigen Länder zu kämpfen hatte, begnügte sie sich damit, auf Eröffnung der neuen Märkte zu drängen. Daraus die Kriege Englands gegen China in den Jahren 1840, 1856, 1860. Als sich aber die europäischen Länder wirtschaftlich abzuschliessen begannen, suchte sich die englische Industrie wenigstens den freien Markt in den Kolo-

*) Wenn Dr. Lensch den heutigen Krieg als einen Kampf gegen die englische Monopolherrschaft auf dem Weltmarkte darstellt, so fälscht er absichtlich die offenkundigen Tatsachen

nien zu sichern, und mit dem Beginn der Schutzzollreaktion in Europa setzt auch die neue Aera der Kolonialpolitik ein. Es beginnt der unheimliche Wettbewerb um Afrika, zum Teil um Asien, der das Charakteristikum der modernen Zeit bildet.

Man erinnert sich, dass von 1873 bis etwa Mitte der 90er Jahre Krise und Handelsdepression geherrscht hatte, dass die Warenpreise im Sinken begriffen waren, und dass darum der Kampf um den Absatzmarkt in dieser Zeitperiode sehr scharf war. Gleichzeitig sammelte sich viel Anlage suchendes Kapital an, der Zinsfuss sank immer tiefer. Viele Volkswirtschaftler glaubten sogar, dass sich die kapitalistische Produktion in eine Sackgasse verrannt habe, aus der sie keinen Ausweg mehr finden könne, während andere ihre Zukunftshoffnungen auf Kolonien setzten, wo sich neue Märkte und insbesondere Anlagemöglichkeiten für das angehäufte Kapital darzubieten schienen.

Die Aenderungen des kolonialen Besitzes, die seit den 70er Jahren vor sich gegangen waren, kommen in folgender Tabelle zum Ausdruck, die wir *A. Zimmermann* («Die Kolonialreiche der Grossmächte», Berlin 1916) entnehmen:

Grösse der Kolonien 1871 und 1916.

	Grösse in Millionen qkm.		Bewohnerzahl in Millionen.	
	1871	1916	1871	1916
England	20.46	29.76	159.75	374.69
Russland	14.90	17.17	5.50	32.23
Portugal	1.92	2.09	3.87	7.40
Niederlande	1.77	2.04	22.45	38.05
Frankreich	1.21	10.55	6.47	55.19
Spanien	0.30	0.23	6.50	0.22
Dänemark	0.12	0.19	0.04	0.12
Ver. Staaten	—	0.31	—	9.68
Italien	—	1.58	—	1.30
Deutschland	—	2.91	—	16.00
Belgien	—	2.38	—	20.00
Japan	—	0.33	—	13.57

Daraus ergibt sich, dass sich England, Frankreich, Holland, Deutschland, Belgien, Japan und die Vereinigten Staaten einen bedeutenden kolonialen Besitz geschaffen haben. Von Russland wollen wir hier absehen, dessen koloniale Ausdehnung in dieser Periode noch nicht auf die Bedürfnisse seiner Industrie nach Absatzmärkten zurückzuführen ist. Diese gewaltigen kolonialen Reiche blieben aber für den Handel trotzdem von geringer Bedeutung.

Und das trifft selbst für England zu, mit seinen nicht nur gewaltigen, sondern auch eigenartigen Kolonialreiche, das zum Teil durch Engländer selbst bevölkert ist. Die Ausfuhr Englands nach den Kolonien stieg von 1875/79 bis 1890/94 von 67 auf 78 Millionen Pfund und von 33,1 % auf 33,5 % der Gesamtausfuhr. *) Eine Verschiebung in dem englischen Export zu gunsten der Kolonien ist also nicht eingetreten. Um so weniger Nutzen zog der Handel der anderen Länder aus den Kolonien, wie wir noch sehen werden. So umfasst der deutsche Handel mit den Kolonien um die Mitte der 90er Jahre bloss 30 Millionen Mark. Daraus erklärt sich die Abneigung des Gros der deutschen Geschäftswelt gegen eine Kolonialpolitik, und noch Anfang der 90er Jahre war der deutsche Reichstag in seiner überwiegenden Mehrheit gegen koloniale Unternehmungen.

Im Kampfe um den Weltmarkt hat die Industrie Deutschlands neue Wege eingeschlagen. Die deutsche Industrie hat sich, gestützt auf die ihr gewährten Schutzzölle und den ziemlich bedeutenden inneren Markt, *mächtige Organisationen* ausgebildet, sowie eine hohe Qualitätsindustrie geschaffen, die ihr einen

*) Statistical Tables and chartes relating the british and foreign trade and industry 1859-1908, London 1909 S. 44/75.

gewaltigen Vorsprung auf dem Markte der kontinentalen Nachbarländer verschafft haben.

Um die Rolle der Kartelle für den Kampf um den Absatzmarkt zu begreifen, seien uns hier einige theoretische Bemerkungen über die Kartelle gestattet. Man sieht gewöhnlich ihre Bedeutung in der organisatorischen Zusammenfassung der Industrie, eine Zusammenfassung, die die Produktionskosten verringert. Allein in der früheren Periode brachte jeder Fortschritt in dieser Richtung auch ein *Sinken der Warenpreise* mit sich. Die Kartelle verhindern aber diesen Preisfall, um so die Vorteile der technischen und organisatorischen Fortschritte für sich zu behalten. Sie richten sich in ihrer Preispolitik augenscheinlich nicht nach den Durchschnittskosten. Wie bestimmen sie aber die Warenpreise?

Wir haben gesehen, dass in der ersten Periode des Austausches von Massenkonsumartikeln der Austausch sich auf der Grundlage des *Arbeitswertes* vollzog. Jeder wusste ungefähr, wie viel Arbeit er aufwenden musste, um seine Waren oder um die Ware des Kontrahenten herzustellen, die er im Austausch gegen seine bekommen will. Aus Selbsterhaltungstrieb wird er für einen Gegenstand, den er selbst in einem Tag anfertigen könnte, nicht einen solchen geben, dessen Anfertigung ihn zwei Tage Arbeit kostet. Als aber der Arbeiter aufgehört hatte, für sich zu arbeiten, über seine Kraft und Gesundheit zu verfügen, wurde ihm auch die Entscheidung über den Austausch der Produkte genommen. Dem Unternehmer kommt es nicht auf die Arbeitskraft des Arbeiters, sondern auf den *Profit* an. Er will seine Waren so verkaufen, dass er mindestens den *Durchschnittsprofit* erhält; ob dabei viel oder wenig Arbeit auf die Ware

aufgebracht ist, schert ihn wenig. Ihm kommt es auf die *Produktionskosten* an, das heisst auf Ersatz der Ausgaben, Verzinsung des Kapitals und darüber hinaus auf eine durchschnittliche Profitrate. So richtet sich der *Preis* der Waren in der ersten Periode des Kapitalismus nach den durchschnittlichen *Produktionskosten* einschliesslich des «landläufigen» Unternehmergewinns. Natürlich erhielten dabei die kleinen Unternehmer, die höhere Produktionskosten haben, geringern Profit als die grossen Unternehmer, deren Produktionskosten unter dem Durchschnitt standen.

Anders verfährt ein fest gefügtes Kartell. Ein Kartell ist eine Vereinigung zwischen Grossunternehmern und mittlern oder gar kleinen Unternehmern. Diesen letztern muss nun das Kartell ebenfalls einen «landesüblichen» Gewinn sichern, sonst würden sie dem Kartell nicht beitreten. Wird umgekehrt der Gewinn der kartellierten Unternehmer allzu hoch steigen, so wird dies sicher die Konkurrenz von Aussenstehern hervorrufen. Vollständige und dauernde Herrschaft über den Markt hat noch kein Unternehmen erlangt, das die Warenpreise hoch über die Produktionskosten hinaufschraubt. Darum wird ein Kartell die Preise so richten, dass die Produktionskosten der am ungünstigsten arbeitenden Unternehmer gedeckt sind. Das vermag es zu erlangen, indem es die Produktion hinter der Nachfrage beschränkt hält. Der Warenpreis, sagt Marx (Kapital, Bd. III, S. 163), richtet sich nach dem durchschnittlichen Kostenpreise bei völlig freiem Wettbewerbe und nur dann, wenn zu diesem Kostenpreis die gesamte gesellschaftliche Nachfrage befriedigt werden kann. Ist das aber nicht der Fall, übersteigt die Nachfrage das Angebot, so bestimmt der indivi-

duelle Wert der unter ungünstigen Bedingungen produzierten Waren den Marktpreis der gesamten Produktenmasse. Und danach streben eben die Kartelle. Sie schalten die Konkurrenz aus, halten die Produktion beschränkt, damit der höchste Kostenpreis den Marktpreis bestimme. Diejenigen Kartellmitglieder aber, die unter günstigeren Bedingungen arbeiten, erhalten dabei einen *Extraprofit*, eine «Kartellrente» (die wie in der Landwirtschaft den Unterschied zwischen den Produktionskosten der einzelnen Betriebe darstellt).

Die Kartellrente ist also der eigentliche Sinn der Kartelle.

Dadurch werden aber die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, sondern viel mehr verschärft. Die Kartelle engen zunächst die *Konsumtionbasis* noch mehr ein, indem sie die Preise erhöhen und die Produktion einschränken; sie fördern aber ferner die Kapitalakkumulation der grossen Unternehmer, indem sie ihnen Extraprofite verschaffen. Was soll der Unternehmer mit seinem Gewinn anfangen? Er benutzt ihn zunächst zum Ausbau des Betriebes, zur Fusion der einzelnen Betriebsstadien in einen grossen Gesamtprozess, so zur Vereinigung von Eisengewinnung mit der Roheisen- und Stahlproduktion und mit den den Stahl weiterverarbeitenden (in Maschinen usw.) Betrieben, um auf diese Weise die eigenen Produktionskosten noch weiter herabzusetzen und den Gewinn zu steigern. Ist dieser Prozess vollendet, so beginnt der Konkurrenzkampf auf dem Markt der Fertigwaren zwischen den kartellierten und fusionierten Grossbetrieben und den reinen Verfeinerungsbetrieben, die verdrängt werden müssen, um für die Montanriesen Platz zu machen.

Gleichzeitig wird der Export forciert und zwar zu Verlustpreisen, damit die Werke bloss voll ausgenützt und dadurch die Produktionskosten vermindert werden können. Denn bei dem heutigen Stand der Technik bedeutet die Einschränkung der Produktion rasch steigende Produktionskosten, ein Moment, das insbesondere für die technisch am besten ausgerüsteten Werke von Bedeutung ist. Daraus erklärt sich der fortwährende Kampf um die Absatzquoten unter den Kartellmitgliedern und die häufige Auflösung der Kartelle. Sobald ihr Absatz unter ein bestimmtes Verhältnis zu der Produktionsfähigkeit der grossen Betriebe gesunken ist, wird für diese der freie Wettbewerb, der ihnen die volle Leistungsfähigkeit auszunützen erlaubt, vorteilhafter. Um dem zu entgehen und das Kartell zu erhalten, sucht das Kartell den Auslandsexport zu forcieren. Denn auch, falls es im Auslande zu niedrigem Preise verkauft, so gewinnt es doch daraus, da der Auslandsabsatz die Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten der grossen Betriebe gestattet. Dieser «Schleuderexport», der besonders in Krisenjahren gross wird, ist im Grunde genommen eine Folge der allgemeinen Kartellpolitik: der hohen Inlandspreise, die die Ausdehnung der Verfeinerungsindustrie hemmen. Er ist es aber in erster Linie auch, der die ausländischen, speziell die englischen Eisenindustriellen, gegen die deutschen Kartelle aufbringt.

Sehr wenig Unternehmer vermögen sich einen klaren Ueberblick über die Ursachen des scharfen Wettbewerbs auf dem Weltmarkte zu machen, vor allem über die Ueberproduktionskrisen. Der gewöhnliche Unternehmer kennt nur die nackten Tatsachen, dass er infolge des Wettbewerbs seine Ware gar nicht oder nur zu verlustbringenden Preisen absetzen kann. Er kennt

bloss seinen Widersacher. Dass er auch selbst an der Ueberproduktion schuld ist, kommt ihm gar nicht in den Sinn. Er hat ja nur so viel produziert, als ihm sein Kapital gebot. Und da kommt der Gedanke auf, wie gut es wäre, wenn man den Konkurrenten loswerden könnte, wenn man also einen gesicherten Markt hätte, wo man den Warenüberschuss zu hohen Preisen absetzen könnte. Dass es keinen Markt geben kann, dessen Aufnahmefähigkeit rascher als die kapitalistische Produktion wachsen könnte, daran denkt eben der Unternehmer nicht, dem die Waren auf dem Halse liegen und der diese *sofort*, heute schon, loswerden möchte. Die Zukunft ist ihm gleichgültig. Wenn man dabei die Ueberlegenheit des Konkurrenten einer in die Augen fallenden Tatsache zuschreiben kann, wie beispielsweise der Schutzzollpolitik des Staates, dem Schleuderexport der Kartelle oder dem Besitze von Kolonien usw., so verwandelt sich der Wettbewerb in einen Kampf um die politischen Machtmittel, die dem unterlegenen Konkurrenten die gleichen Vorteile gewähren könnten, also etwa um die Aenderung der Zollpolitik oder um den Erwerb von Kolonien usw. Die tieferliegenden Folgen dieser Politik bleiben meist für den einzelnen Unternehmer verborgen. Er jagt einem Scheine nach, denn er kennt die Wirklichkeit nicht.

Solange nun der Auslandexport einen relativ geringen Teil des Gesamtabsatzes ausmacht, können die Verluste daraus durch Umlagen leicht getragen werden. Wie aber, wenn der Auslandexport 25 bis 46 Prozent des Gesamtabsatzes ausmacht, wie dies beim deutschen Stahlwerkverband der Fall ist? Dann kann die Existenz eines solchen Kartells nur gesichert werden, wenn der Export nicht verlustbringend ist, das heisst, wenn er sich nach *gesicherten* Märkten, z. B. nach eige-

nen Kolonien, Einflusssphären usw., umsieht. Im Interesse dieses Exports liegt darum direkt der Erwerb von Kolonien, Konzessionen auf Eisenbahnbauten in fremden Ländern usw.

Es ist insbesondere die kartellierte Schwerindustrie, die die treibende Macht der Kolonialpolitik ist. Sie ist in der Periode der Eisenbahnbauten gross geworden. Nun hat sich neuerdings der Eisenbahnbau in Europa verlangsamt. Er betrug in tausend Kilometer:

	Deutschland	Frankreich	England	Oesterreich-Ungarn	Italien
1880	33.9	25.9	28.8	18.5	8.7
1900	51.4	42.8	35.3	36.9	15.8
1905	56.5	46.5	36.9	39.9	16.3
1910	61.9	49.4	37.7	44.4	16.9
1912	62.7	50.0	37.3	45.4	17.4

Seit 1900 zeigt der Bahnbau also eine nur geringe Vorwärtsbewegung auf, während die Roheisengewinnung sich in dieser Zeit sehr stark vergrössert hat. Die Entwicklung der Schwerindustrie hat also die Aufnahmefähigkeit des einheimischen Marktes rasch überholt. Der Anteil des Exports am Gesamtversand beim deutschen Stahlwerksverband ist von 1907/08-1909/10 bis 1911/12-1913/14 bei Halbzeug von 29,58 auf 41,23 %, bei Eisenbahnmaterial von 31,35 auf 34,60 und bei Formeisen von 24,17 auf 26,16 % gestiegen. Aus diesem Grunde musste sich der Kampf um den Absatzmarkt verschärfen, und zwar in erster Linie um solche Absatzmärkte, die, wie Ruedorffer als Ziel der Politik darstellt, «von der Konkurrenz unabhängig sind», wo man also die eigenen Waren nicht eventuell zu verlustbringenden Preisen absetzen muss.

«Es ist,» sagt Ruedorffer, (S. 213) «offenbar, dass die wirtschaftlichen Kämpfe sich überall zu verschärfen angefangen haben, dass die Zeit dazu neigt, die politischen Gegensätze immer mehr in das Wirtschaftsleben hineinzutragen, die poli-

tische Macht immer mehr und schroffer gegen den wirtschaftlichen Konkurrenten auszunützen. Es ist dies eine natürliche Folge der Verschärfung der wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfe, desto mehr wird die Ausnützung jedes Vorteils gefordert. So wird die Politik im steigenden Masse zur Waffe im Konkurrenzkampf. Die Verschärfung der Konkurrenzkämpfe und ihre Verquikung mit der Politik bedeutet nichts anderes, als dass auch das wirtschaftliche Nebeneinander auf dem Wege ist, in ein politisches Gegeneinander überzugehen.»

Diese Wirtschaftspolitik kennzeichnete in der Tat die verflossene Wirtschaftsepoche, die darum auch neumerkantilistisch oder imperialistisch genannt wird: *die staatliche Politik trat direkt in den Dienst des Kapitals.* Der Kampf um den Absatzmarkt vollzog sich dabei nicht in der Weise, dass der Staat die eigenen Produktivkräfte zu fördern sucht, um seiner Industrie auf dem Weltmarkt einen Vorsprung zu verschaffen, sondern nahm die Form des Kampfes um «von der Konkurrenz unabhängige» Märkte an, d. h. um *Kolonien,* um *Einflusssphären.* Die wirtschaftliche Entwicklung an und für sich braucht aber diesen Schutz des Staates gar nicht. Sie verläuft in der Richtung des «Nebeneinander». In Wirklichkeit zeigen nämlich alle Länder in den letzten Jahrzehnten einen gewaltigen Aufschwung der Industrie und vor allem des Exports. Obgleich man diese Tatsache aus den offiziellen statistischen Publikationen leicht feststellen könnte, ist sie nicht in das Bewusstsein des Durchschnittspolitikers und Geschäftsmannes eingedrungen, und so mögen hier einige Zahlen angeführt werden.

Es stellte sich die Ausfuhr in Milliarden Franken:

	England	Deutschland	Frankreich	Oesterreich-Ungarn	Italien	Schweiz
1892	5.73	3.94	3.46	1.52	1.01	0.60
1902	7.15	6.02	4.25	2.01	1.48	0.87
1912	12.29	11.18	6.21	2.87	2.40	1.36

Zunahme in Milliarden Franken.

	England	Deutschland	Frankreich	Oesterreich-Ungarn	Italien	Schweiz
1892/1902	1.42	2.08	0.79	0.49	0.47	0.21
1902/1912	5.14	5.16	1.96	0.86	0.92	0.49
	Zunahme in Prozenten					
1892/1902	24.8	52.7	22.8	32.2	46.4	32.9
1902/1912	71.9	85.8	46.1	42.8	61.6	55.2

Aus diesen Zahlen geht zunächst deutlich hervor, dass der Export aller Länder und insbesonders der Deutschlands und Englands im letzten Jahrzehnt einen mächtigen Aufschwung genommen hat. England hat seinen Export absolut ebenso zu erhöhen vermocht, wie Deutschland. *) Dass relativ der deutsche Export stärker angestiegen ist, hat nichts zu sagen. Es handelt sich doch für den Unternehmer nicht um die relative, sondern um die absolute Vergrösserung des Geschäfts. Auf jeden Fall muss man annehmen, dass gerade im letzten Jahrzehnt der Konkurrenzkampf zwischen Deutschland und England weniger drückend wurde. Gerade 1892/1902 war er besonders scharf, und dennoch machte, wie schon erwähnt, England um die Wende des 19. Jahrhunderts Deutschland mehrfach das Anerbieten eines politischen Abkommens! Erst die *koloniale* Rivalität, die sich seit dem südafrikanischen Kriege Englands zuzuspitzen beginnt, hat die Verhältnisse zwischen beiden Mächten verschärft (siehe *Spectator*, «Neue Zeit», 35. Jahrgang, 2. Band, Nr. 3, vom 20. April 1917).

Worauf es uns aber jetzt ankommt, ist die Feststellung der Tatsache, dass trotz des verschärften Konkurrenzkampfes unter den Ländern der Handel überall

*) Nach dem Statistischen Jahrbuche f. d. D. R. stieg die englische Ausfuhr von 1904 bis 1913 um 4.58, die deutsche um 4.87 Milliarden Mark.

rasch im Steigen begriffen ist. Den aufmerksamen Beobachter des Wirtschaftslebens überrascht diese Tatsache nicht. Denn er hat schon längst bemerkt, dass die Industrieländer nicht bloss Konkurrenten, sondern *gleichzeitig gegenseitig die besten Abnehmer sind*, dass eben der Handel zwischen ihnen sehr stark gestiegen ist. Im Laufe der Zeit hat sich ein Differenzierungsprozess vollzogen, indem die einzelnen Länder verschiedene Waren herstellen, für die sie einen weit ausgebreiteten Markt, meist in den Kulturländern, suchen müssen.

In der ersten Zeit der Fabrikindustrie glaubten viele, diese Arbeitsteilung werde sich aus den verschiedenen *Naturbedingungen* der einzelnen Produktionsländer vollziehen und forderten den ungehemmten Verkehr auch zwischen den verschiedenen Ländern, wie er sich zwischen den einzelnen Teilen jedes Landes herausgebildet hat. Allein die Technik vermochte die Naturunterschiede zu überwinden, und es drohte der Zustand, dass ein Land sich zur Fabrik der Welt ausbilden und in den andern Ländern keine Industrie aufkommen könne. So schlossen sich die Länder voneinander ab. Die Schutzzollpolitik mit ihrer gegenseitigen Absperrung der einzelnen Länder hielt den *technisch* notwendigen Differenzierungsprozess zwar eine Zeitlang auf, vermochte ihn aber auf die Dauer keineswegs völlig zu überwinden. Die Länder verwandelten sich weder in Autarkien (sich selbst genügende Staaten), da die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen trotz alledem zunahm, noch war der dadurch geschaffene Markt für die einheimische Industrie ausreichend, vielmehr, stieg der Export von Jahr zu Jahr. Ja, auch der Import von Fabrikaten wuchs unaufhaltsam. Der Austausch von Waren ging

also trotz der immer höher angelegten Zollmauern vor sich. Noch mehr. Die entwickelten Länder verbanden sich wirtschaftlich immer mehr untereinander und wurden gegenseitig die besten Kunden.

Das erklärt sich in erster Linie daraus, dass heute die Produktion von *Qualitätswaren* die entscheidenste Rolle spielt. Das fixe Kapital macht heute den weitaus grössten Teil des Gesamtkapitals aus. Die Produktionsmittel nehmen an relativer Bedeutung zu. Darum produziert man heute in der Hauptsache nicht Konsumtionsmittel, das heisst Gegenstände des unmittelbaren Verbrauches, sondern Produktionsmittel, das heisst Gegenstände des industriellen Verbrauches. Hier kommt es jetzt in erster Linie auf die Qualität an. Eine gute Maschine arbeitet sauberer, wohlfeiler und schafft bessere Produkte, die leichter Absatz finden. Eine gute Maschine erfordert aber selber zu ihrer Herstellung viel und sorgfältige Arbeit, ist darum zwar teuer, erweist sich aber dennoch als billiger, denn die einfache Maschine, die man für weniger Geld haben könnte.

Auch im persönlichen Konsum hat sich eine grosse Wandlung vollzogen. Nicht nur verbraucht ein Kulturmensch mehr, sondern auch ganz andere Produkte als der Halbkulturmensch und als selbst der Bauer in manchen europäischen Staaten. Nicht allein der Luxuskonsum der reichen Klassen, sondern auch der Massenkonsum der Arbeiter ist viel mannigfaltiger, reichhaltiger geworden. Auch für diesen Konsum ist zum Teil schon die Qualität entscheidend geworden, nicht allein in den Gegenständen des entbehrlichen, sondern auch des unentbehrlichen Bedarfs, vor allem in der Kleidung usw. Kurz, war in der ersten Periode der Fabrikindustrie der *niedrige Preis* das ausschlaggebende Moment, so ist es heute die *Qualität*, mit deren

Hilfe der Markt erobert wird. Für die teureren Waren sucht man aber einen Absatzmarkt nicht in den rückständigen, sondern in den Kulturländern, die auch Nachfrage nach Maschinen äussern. Gerade Deutschland, das doch nur geringe Kolonien besitzt, hat den stärksten Ausfuhraufschwung aufzuweisen, wobei von der Gesamtausfuhr 1889 77 % und 1913 76 % nach Europa gingen! Europa blieb also bei weitem der Hauptabsatzmarkt Deutschlands, trotzdem in dieser Periode die anderen Weltteile gewissermassen für den Welthandel eröffnet worden waren.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in den andern Ländern. Die Schweiz exportierte von 1906 bis 1912 72 Prozent ihrer Fabrikate nach Europa, darunter 18,7 Prozent nach England, 19 Prozent nach Deutschland, 9 Prozent nach Frankreich usw. Umgekehrt erhielt sie 95 Prozent der eingeführten Fabrikate aus Europa.

Italien führte von 1908/1912 nach Europa 65,5 %, darunter nach Deutschland 14,4, nach der Schweiz 11,2, nach Frankreich 10,2, nach England 9,7 % seines Gesamtexports aus. Umgekehrt erhielt es aus Europa 69,6 % der Einfuhr, davon aus Deutschland 16,7, aus England 15,6 %.

Das Aufkommen neuer Industrieländer geschieht also nicht auf Kosten der alten, sondern schafft einen Markt für die alten Länder, wenn es auch diese zwingt, zu neuen Wirtschaftsformen überzugehen. Das hat die klassische Volkswirtschaftsschule sehr gut gewusst. Den wahren Grund dafür hat sie allerdings übersehen: es liegt nicht so sehr in dem Anwachsen des *persönlichen*, als in dem Steigen des *industriellen* Verbrauchs, in der Anhäufung des fixen Kapitals in den sich entwickelnden Ländern, wobei allerdings auch der persönliche Konsum steigt, aber auch von

den jungen Industrien immer wieder überholt wird. Es ergibt sich somit ein Widerspruch, der im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftskreise liegt: die *Volkswirtschaften verbinden sich unter einander immer enger, der Wettbewerb der Unternehmer der einzelnen Länder verschärft sich aber gleichzeitig immer mehr.* Daher der doppelseitige Charakter der Politik der Kulturstaaten in bezug auf die Nachbarländer; denn sie sind zwar ihre besten Kunden, aber auch die Konkurrenten der eigenen Industrie. Es fragt sich nur, was für die Wirtschaft eines Staates wichtiger ist: der Erwerb von Kolonien oder die Wahrung gut nachbarlicher Beziehungen zu den anderen Industriestaaten, um im gegenseitigen Austausch von Industrieerzeugnissen die eigenen Produktivkräfte zu fördern. Einige statistische Zahlen mögen nun den Wert der Kolonien als Absatzgebiete illustrieren.

Die Kolonien der europäischen Grossmächte als Absatzmärkte.*)

Zunächst ist zwischen der Kolonialpolitik jener Staaten, wie Deutschland, Belgien und zum Teil England, die Kolonien als Zollausland behandeln, weder die kolonialen Waren bei sich bevorzugen, noch irgendwelche Begünstigungen in den Kolonien für ihren Handel geniessen, und der Politik solcher Staaten, die, wie Frankreich, die Kolonien fast als das Mutterland behandeln und sorgfältig darauf wachen, den fremden Handel von ihnen fern zu halten, zu unterscheiden.

*) Siehe meine unter dem Pseudonym Spectator in der «Neuen Zeit» (Jahrgang 34, Bd 2, Hefte 1 u. 2) darüber gemachten Ausführungen, denen wir hier folgen.

Die *englischen* Kolonien zerfallen in wirtschaftlicher Beziehung in zwei Gruppen, in solche, die eine selbständige Handelspolitik betreiben (die auch politisch selbständig sind), und in solche, die die Politik des Mutterlandes verfolgen, Kronkolonien, Protektorate usw. Das merkwürdigste ist dabei, dass gerade die sich völlig selbst verwaltenden Kolonien, auf deren Politik das Mutterland faktisch gar keinen Einfluss ausübt, wenigstens auf staatsrechtlichem Wege, dem Mutterland besondere handelswirtschaftliche Begünstigungen gewähren, während der Handel der übrigen Besitzungen mit England in der gleichen Weise wie der Handel mit allen anderen Ländern vor sich geht. Die politische und speziell die Seeherrschaft kann also schon aus diesem Grunde hier keine Wirkung ausüben, weil, wenigstens staats- und handelsrechtlich, die sich selbst verwaltenden Kolonien in ihrer Handelspolitik völlig freie Hand haben, während die auch in politischer Beziehung als Kolonie zu betrachtenden Länder dem englischen Handel keine Begünstigung gewähren. Nun wird auf gewisse «Imponderabilien» hingewiesen, die zwar keine staatsrechtliche Form angenommen haben, aber trotzdem materiell nicht ohne Wirkung bleiben. So wird gewöhnlich darauf hingewiesen, dass Staatsaufträge der kolonialen Regierungen normalerweise der Industrie des Mutterlandes zufallen. Auch das trifft nicht ganz zu. Wir kennen Beispiele genug, wo Staatsaufträge der englischen Kolonien von deutschen Industriestellen übernommen worden sind. Wichtiger ist es aber, dass diese Aufträge mit der allgemeinen Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens in den Kolonien relativ immer mehr an Bedeutung abnehmen, dass die privaten Aufträge umgekehrt von steigender Wichtigkeit werden. Der Pri-

vatmann rechnet aber mit der Qualität und dem Preise, nicht mit der staatlichen Zugehörigkeit. Für die privaten Beziehungen haben die Banken und die Börsen grössere Bedeutung als die politischen Machtverhältnisse.

Betrachten wir zunächst die Beziehungen zwischen *Kanada* und *England*. Seit 1898 bestehen in Kanada *Vorzugszölle* für britische Waren, die zunächst einen Nachlass von 25 Prozent, dann 33 $^1/_3$ Prozent und seit 1907 einen solchen von 10 bis 33 $^1/_3$ Prozent, für einzelne Waren sogar bis 50 Prozent des gewöhnlichen Zollbetrags gewähren. Eine Reihe von Artikeln ist zollfrei, wenn britischer Herkunft, unterliegt aber, wenn aus anderen Ländern stammend, Zöllen von 5 bis 10 Prozent. In den Jahren 1912 und 1913 wurden dann auch Abkommen zwischen Kanada und einigen westindischen Kolonien getroffen, denen ebenfalls Zollbegünstigungen eingeräumt wurden.

Die mir vorliegende englische Statistik umfasst auch die Ein- und Ausfuhr von Gold und Silber; sie lässt überhaupt in manch anderer Beziehung vieles zu wünschen übrig, ist aber trotzdem für meinen Zweck hinreichend. Es sei nur bemerkt, dass das Handelsjahr 1904 am 30. Juni, die Jahre 1909 und 1913 am 31. März enden. Die Gesamteinfuhr in dieser Zeit ist von 51,7 auf 61,3 und 138,8 Millionen Pfund Sterling angewachsen, die Einfuhr aus England ist von 12,7 auf 14,5 und 28,5 Millionen, die aus den übrigen englischen Besitzungen von 2,28 auf 3,36 und 4,89 Millionen und der Import aus den anderen Ländern von 36,71 auf 43,40 und auf 105,44 Millionen Pfund gestiegen. Die Gesamteinfuhr ist somit von 1904 bis 1913 um 87,1 Millionen Pfund oder um rund 170 Prozent, die aus England bloss um 15,8 Millionen oder um *124*

Prozent, die aus den Kolonien gar bloss um 114 Prozent, dagegen der Import aus den anderen Ländern um 68,7 Millionen oder um *186 Prozent* gestiegen. *Kanada ist also in steigendem Masse Absatzmarkt nicht für England, sondern für die anderen Länder.*

Nicht wahr, ein überraschendes Resultat? Eine «Kolonie», die dem Mutterlande hohe Begünstigungen gewährt, dient den anderen Ländern als Absatzmarkt!

Es ist selbstverständlich, dass es die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind, die sich diesen Absatz in der fremden Kolonie zunutze machen. Die Einfuhr aus diesem Lande ist von 31,0 auf 90,7 Millionen Pfund gestiegen, hat sich also fast verdreifacht. Zwischen Deutschland und Kanada bestand von 1903 bis 1910 ein Handelskrieg; die deutschen Waren wurden mit einem Extrazoll von einem Drittel des normalen Zolles belegt. Die Einfuhr aus Deutschland ging darum bis 1909 stets zurück, von 1,68 auf 1,24 Millionen, hat aber seitdem einen beträchtlichen Aufschwung genommen und erreicht 1913 die Höhe von 2,92 Millionen Pfund, was eine Zunahme gegenüber 1909 von 135 Prozent bedeutet.

Die Einfuhr aus der *Schweiz*, die weder eine Handels- noch eine Kriegsflotte besitzt, noch überhaupt spezifische imperialistische Politik treibt, ist von 1904 bis 1913 von 285,5 auf 883,2 Tausend Pfund, d. h. um fast 245 Prozent gestiegen. Die Schweiz, gestützt allein auf die Qualität ihrer Produkte, erobert sich den Markt in Kanada!

Neuseeland gewährte 1904 England Vorzugszölle. Zement aus anderen Ländern hatte Zuschläge in der Höhe von 100 Prozent, verschiedene Fabrikate, wenn nicht aus England, hatten solche von 50 Prozent zu zahlen, während gewisse Waren aus England über-

haupt zollfrei sind, dagegen aus anderen Ländern einen 20 prozentigen Wertzoll entrichten müssen. 1907 wurden die Begünstigungen noch erhöht und ausgedehnt. Australien erhebt seit 1907 einen Zollzuschlag für Waren aus anderen Ländern in der Höhe von 5 bis 10 Prozent; Südafrika gewährt England einen Zollnachlass von in der Regel 3 Prozent, bei einigen Produkten noch etwas mehr.

Wie stellt sich nun der Handel dieser «Kolonien» mit England und den übrigen Ländern? Es betrug die *Einfuhr* in Millionen Pfund:

	Neuseeland			
	1899	1904	1909	1913
Gesamteinfuhr	8,74	13,29	15,67	22,29
Aus England	5,53	7,98	9,29	13,31
» englisch. Kolonien	2,04	3,05	4,27	5,05
» fremden Ländern	1,18	2,26	2,12	3,92
» Deutschland	0,16	0,31	0,33	0,69
» der Schweiz	—	—	—	—

	Australien			Südafrika	
	1904	1909	1913	1909	1913
Gesamteinfuhr	37,02	51,17	79,75	28,86	42,80
Aus England	22,46	31,17	47,61	16,22	23,86
» englisch. Kolonien	4,52	6,88	9,90	4,01	4,90
» fremden Ländern	10,03	13,11	22,23	8,56	13,86
» Deutschland	2,65	3,33	4,96	2,37	3,42
» der Schweiz	0,01	0,03	0,04	0,11	0,19

Der englische Handel mit diesen Ländern ist viel bedeutender als der der anderen Länder. Das erklärt sich in erster Linie dadurch, dass der englische Ueberseehandel überhaupt grösser ist als der anderer Länder. Trotzdem tritt auch hier die gleiche Tendenz hervor, dass die englischen Kolonien immer mehr zu Absatzmärkten für andere Länder werden. So ist der Import aus England nach Neuseeland von 1899 bis 1913 um 7,78 Millionen oder um *140 Prozent*, der Gesamtimport um 13,55 Millionen oder um *155 Prozent*, der aus fremden Ländern aber um *232 Prozent* gestie-

gen, und der aus Deutschland hat sich gar mehr als *vervierfacht. Die ausserordentlichen Begünstigungen, die England in Neuseeland gewährt werden, vermögen also den fremden Wettbewerb nicht zurückzudrängen,* vielmehr wird England immer mehr «zurückgedrängt», wie die englischen Imperialisten klagen, was aber gar nicht der Fall ist, da die Einfuhr aus den anderen Ländern meist aus Gegenständen besteht, die in England gar nicht hergestellt werden oder nicht den langen Weg nach diesen Ländern vertragen. Beachtenswert dabei ist es, dass die Einfuhr aus Japan von 40,543 Pfund auf 151,106 Pfund gewachsen ist, was auf die Einfuhr billiger Sorten Baumwollwaren usw. zurückzuführen ist.

Die Einfuhr nach Australien ist von 1904 bis 1913 um 42,73 Millionen oder um 115,4 Prozent, die aus England um 25,15 Millionen oder um 112 Prozent und die aus den fremden Ländern um 12,02 Millionen Pfund oder um 122 Prozent gestiegen. Relativ schwächer ist hier die Einfuhr aus Deutschland gewachsen, um knapp 87 Prozent, sehr stark aber die aus der Schweiz, die sich *vervierfacht* hat.

Die Einfuhr nach Südafrika hat sich von 1909 bis 1913 (für die frühere Zeit liegen mir keine vergleichbaren Zahlen vor; der Burenkrieg verändert hier das Bild für die vorhergehenden Jahre vollständig) um 13,94 Millionen erhöht. Davon entfallen auf die Einfuhr aus England 7,64 Millionen und auf die aus fremden Ländern 5,30 Millionen. Relativ ist aber die Einfuhrsteigerung aus anderen Ländern doch bedeutender als aus England, nämlich um 61,6 gegen bloss 47 %.

Unter den englischen Kolonien gibt es noch solche, die eine Zwischenstellung zwischen den Selbstverwal-

tungs- und Kronkolonien einnehmen. Sie haben eigene Parlamente und gewähren England seit 1912 eine Zollermässigung von 25 %. Wir wählen einige wichtigere aus: British Guyana, Trinidad, Tabago und Barbados. Ihre Einfuhr betrug 1909 und 1913 aus England 2,43 und 2,54 Millionen Pfund, aus anderen Ländern 3,01 und 3,74 Millionen Pfund. Auch hier hat also die Zolldifferenzierung versagt!

Und wie steht es mit der wichtigsten Kolonie Englands, mit *Indien*? Hat etwa England hier ein Monopol? Sicher ist der Handel Englands mit Indien von gewaltiger Bedeutung für das Mutterland. Sehen wir uns indes die Zahlen der Handelsstatistik genauer an. Der Handel Indiens stellte sich wie folgt in Millionen Pfund:

	Einfuhr		
	1904	1909	1913
Seehandel überhaupt	87,41	101,02	152,31
Landhandel	4,72	4,83	6,92
England	53,63	66,77	91,69
Englische Kolonien	18,27	9,46	16,99
Andere Länder	15,52	24,79	43,62
Deutschland	2,14	4,88	6,87
Japan	0,86	1,43	3,19

Die Einfuhr nach Indien ist in diesem Jahrzehnt im Seehandel um 64,9 Millionen Pfund gestiegen. Davon kamen aus England 38 Millionen und aus den fremden Ländern 28 Millionen. Relativ ist aber die Einfuhr aus England bedeutend geringer gewachsen. Die Einfuhr aus England ist um 70,9 %, aus den fremden Ländern aber um 181 % gestiegen. Aus Deutschland hat sich die Einfuhr mehr als *verdreifacht*, aus Japan gar *vervierfacht*. Von einer Monopolisierung des indischen Marktes kann also keine Rede sein.

Die Gesamteinfuhr der englischen Kolonien war in Millionen Pfund:

	1899	1904	1909	1913
Aus England	109,24	189,07	157,72	240,00
» engl. Kolonien . .	41,84	63,21	57,81	79,06
» fremden Ländern .	75,51	105,17	151,01	243,63
Ueberhaupt	226,58	307,45	366,55	562,69

Die Tabelle spricht für sich. Die Einfuhr aus fremden Ländern hat sich im letzten Jahrzehnt um fast 140 % erhöht und die aus England überholt! Die Einfuhr aus England hat sich hingegen bloss um 73 % vermehrt.

Betrachten wir noch die Einfuhr *Aegyptens*, die in diesen Zahlen nicht inbegriffen ist. Diese ist von 1894 bis 1913 von 9,27 auf 27,86 Millionen äg. Pfund gestiegen, davon entfielen auf die Einfuhr aus England 34,4 % und 30,5 %, auf die aus Deutschland hingegen 2,5 % und 5,8 %, aus Italien 3,6 % und 5,3 % und aus der Türkei 19,6 % und 9,8 %. Also das gleiche Bild: der Handel Englands und der Türkei mit Aegypten geht relativ zurück, die Einfuhr aus andern Ländern steigt hingegen an. Auch Aegypten wird immer mehr zu einem Absatzmarkt für andere Länder.

An der Gesamtausfuhr Englands waren die Kolonien 1860/1904 mit 33,4 %, 1880/1904 mit 34,5 %, 1900/1904 mit 37,3 %, 1905/08 mit 33,4 % und 1913 mit 35,3 % beteiligt. Das gewaltig angewachsene englische Weltreich vermochte also keine wesentliche Aenderung in der Richtung des englischen Handels mit sich zu bringen; nur in allgemeinen Krisenjahren steigt die Ausfuhr nach den Kolonien an, weil diese als Agrarländer unter den Wirtschaftskrisen ja weniger leiden. In diesen Jahren kaufen sie aber auch bei anderen Ländern in verstärktem Masse. So ist von 1904 bis 1913 die deutsche Ausfuhr nach den englischen Kolonien von 194,4 auf 410,9 Millionen Mark oder um 111 % gestiegen, während die englische von 112,4 auf 205,2 Mil-

lionen Pfund oder bloss um 83 % angewachsen ist. Beachtenswert ist es, dass die Gesamtausfuhr Deutschlands sich in dieser Zeit langsamer (um 93 %) als die nach den englischen Kolonien entwickelt hat!

Von dem englischen Ganz- und Halbfabrikatenexport des Jahres 1904 in der Höhe von 243,3 Millionen Pfund nahmen die englischen Kolonien für 98,4 Millionen oder 40,5 %, 1913 von einem Gesamtexport von 411,4 für 173,8 Millionen oder 42,1 % auf. England vermochte somit seinen Fabrikatenexport nach den Kolonien etwas zu steigern. Mit welchem Resultat aber für die englische Wirtschaft?

Der imperialistische Volkswirt, *W. A. Hewens*, schreibt:*)

« Der natürliche Entwicklungsgang war, dass die englischen Industrien immer höheren Stufen zustrebten, höher geschulte Arbeiter beschäftigten und höhere technische Tüchtigkeit entfalteten. Tatsächlich aber dürfte der Entwicklungsgang sich erheblich abweichend gestalten. Die zivilisierten und fortgeschrittenen Märkte schliessen sich ab und, gezwungen mit den rückständigen Teilen der Welt zu handeln, muss das britische Gewerbe deren Bedürfnissen entsprechende Ware erzeugen. »

Das trifft im allgemeinen zu. Die Schutzzollländer (Deutschland, Frankreich, Russland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Holland, Belgien, Schweiz, Spanien, Portugal und die Vereinigten Staaten) nahmen 1880/84 42,5 % des englischen Exports, 1890/1904 40,5 1905/08 36,2 % und 1912 gar bloss 34,7 % des Gesamtexports auf. Die gleichen Länder nahmen aber von Deutschland 1880/1904 38,6 % und 1905/08 42,4 % des Exports ab, von Frankreich 20,9 und 24,5 %.**) Sicher ist der Schutzzoll heute ein Mittel im Kampfe um den Welt-

*) Im Sammelwerk Weltwirtschaft, Leipzig 1906.

**) Statistical Tables and Chartes etc. S. 70, 71 u. 72, für 1912 berechnet nach dem Statistical Abstract of the U. K., 1908 to 1912, London 1913.

markt geworden,*) vielleicht nicht minder wichtig ist, aber der Umstand, dass die Eisenbahnen in Europa in dieser Zeit ausgebaut wurden und dass infolgedessen die kontinentalen Staaten einen Vorsprung gegen England hatten. Die Hauptsache ist indes, dass die englische Industrie auf den persönlichen Konsum der rückständigen Länder zugeschnitten war, und erst in den letzten Jahren zur Produktion von Qualitätswaren übergegangen ist. Der Besitz von Kolonien, einer gewaltigen Handelsflotte und vielverzweigte Bankbeziehungen in allen Ländern machte die englischen Industriellen träge; sie vernachlässigten die technische Ausbesserung und wurden schliesslich von den anderen Unternehmern in den Schatten gestellt.. Erst das Aufkommen der starken deutschen Konkurrenz zwang sie, ebenfalls Qualitätswaren zu produzieren. So hat der Besitz von Kolonien gerade den Vervollkommnungsprozess der englischen Industrie tatsächlich aufgehalten. **)

In noch viel höherem Masse zeigen sich die schädlichen Seiten der Kolonien in Frankreich, dessen Industrie entweder grobe Waren für die Kolonien oder

*) Siehe darüber Hilferding «Finanzkapital» Wien 1910.

**) Der Krieg scheint nun diese Lehren der Vergangenheit in den Wind geschlagen zu haben. Auf der britischen Reichskonferenz vom 21. März 1917 ist die Schaffung eines die einzelnen Teile des britischen Weltreiches enger verbindenden Vorzugzollsystems beschlossen worden. Das bedeutet zunächst, dass sämtliche Kolonien Englands, Indien nicht ausgenommen, zum Schutzzoll übergehen werden. Ob das eine Förderung des englischen Handels bedeutet, lässt sich bestreiten. Die Erfahrung der Vergangenheit lässt uns annehmen, dass dies ein Schlag ins Wasser ist, eher der englischen Industrie schaden als sie fördern wird. Das wird sich später sicherlich zeigen. Vorläufig scheint es aber, dass der Krieg dem Imperalismus zum Siege verhelfen wird, wenigstens für eine Zeit lang.

Luxusgegenstände für die reichen Klassen schafft, in beiden Fällen bei technischer Rückständigkeit der zum grossen Teil noch zersplitterten und Heimindustrie. Frankreich hat ein ganzes System von Zollbegünstigungen, Prämien, Tarifbegünstigungen usw. für seine Industrie; seine Kolonien sucht es nach Möglichkeit abzuschliessen; die Erzeugnisse der Kolonien werden in Frankreich zollfrei oder zu einem ermässigten Zollsatz hineingelassen; ebenso verfahren die Kolonien gegenüber den Waren aus Frankreich, während die fremden Waren den gleichen Zollsätzen unterliegen wie in Frankreich selbst. Und trotzalledem hat Frankreich weder vermocht, sich den kolonialen Markt zu sichern, noch gar seiner Industrie eine bedeutende Stellung auf dem Weltmarkt zu verschaffen.

So stellte sich die Einfuhr der französischen Kolonien in Millionen Franken:

	Algerien		Tunis		Die übrigen Besitzungen	
	1903	1913	1903	1913	1903	1913
Aus Frankreich . . .	286,6	567,1	46,1	76,2	**216,3**	**284,2**
» franz. Kolonien .	7,4	7,4	4,0	14,3	11,0	20,1
» anderen Ländern .	64,7	101,1	33,5	53,7	**219,9**	**377,0**
Ueberhaupt	358,8	729,1	83,6	144,2	447,2	681,3

Algerien und Tunis liegen Frankreich geographisch nahe und führen darum viel aus dem Mutterlande ein, wobei ein grosser Teil davon für die französischen Soldaten und Beamten geht. Immerhin steigt relativ die Einfuhr aus anderen Ländern nach Algerien rascher (um 147 %) als aus Frankreich (um rund 100 %) an. In den anderen Besitzungen Frankreichs ist die Einfuhr aus anderen Ländern auch *absolut* und *relativ* viel bedeutender als aus Frankreich gestiegen, so dass der Anteil Frankreichs an ihrem Import von 48,3 auf 41,6 % gesunken ist.

Von der Gesamtausfuhr Frankreichs im Jahre 1903 in der Höhe von 4252,2 nahmen Algerien 286,6 und die übrigen Kolonien 220,1 Millionen auf, und 1912 entfielen vom Gesamtexport in der Höhe von 6712,6 Millionen auf Algerien 568,5 und auf die übrigen Kolonien 351,5 Millionen Franken; d. h. Algerien nahm 6,7 und 8,5 %, die anderen Besitzungen 5,1 und 5,2 % des französischen Exports auf! Ein «Weltreich», das, abgesehen von Algerien, bloss für 351,5 Millionen (5,2 %!) Waren kauft, wobei wohl der grösste Teil für französische Beamte und Soldaten in den Kolonien geht... Die kleine Schweiz hat 1912 in Frankreich Waren für 406,5 Millionen, also *um 55 Millionen mehr als sämtliche Besitzungen Frankreichs*, ohne Algerien, gekauft. Wie kann man noch davon sprechen, dass Kolonien in Afrika und in Asien Absatzmärkte bilden?! Absolut wie relativ ist die Ausfuhr Frankreichs nach der Schweiz rascher als nach seinen Kolonien (um 166 Millionen gegen 131 Millionen) gewachsen. Noch bedeutender ist aber die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland (von 512,7 auf 821,7 Millionen oder um 60 %) gewachsen, wobei ein Teil der Ausfuhr nach Belgien (630,6 und 1143,8 Millionen) wohl ebenfalls nach Deutschland gegangen ist. Lohnt es sich also, rein geschäftsmässig betrachtet, der Kolonien willen, den Geschäftsverkehr mit Deutschland zu verderben? Sicher ist der Handel in zollgeschützten Kolonien für die Unternehmer gewinnbringender als auf dem freien Weltmarkte; vom Standpunkte der Volkswirtschaft im Ganzen betrachtet, hindert aber der koloniale Handel nur die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes.

Der Export Deutschlands nach seinen Kolonien betrug 1904 35,05 und 1912 51,37 Millionen. Von der Ge-

samteinfuhr der Kolonien im Betrage von 80,28 und 263,93 Millionen macht die Einfuhr aus Deutschland 43,4 % und 23,2 % aus!

Von der Gesamtausfuhr des Deutschen Reiches in den Jahren 1904 und 1913 im Betrage von 5222,8 und 10,097,9 Millionen machte die Ausfuhr nach den Kolonien in der Höhe von 35,05 und 57,16 Millionen 0,67 und 0,56 % aus...*)

K. Wiedenfeld («Der Sinn des deutschen Kolonialbesitzes», Bonn, 1905) erklärt die Tatsache, dass die Einfuhr fremder Waren nach den deutschen Kolonien so bedeutend ist, daraus, dass die deutsche Industrie keine spezifischen Kolonialfabrikate herstellt. «Wir haben unsere Industrie auf die Herstellung feinerer Gewerbe gestellt und überlassen deshalb kampflos diesen Platz (die Zufuhr der derben, für die Eingeborenen bestimmten Baumwolltücher) den fremden Fabrikaten, die wir eben der Verschiedenheit wegen gar nicht als Wettbewerber bezeichnen dürfen.» Das trifft umgekehrt auch in gewissem Sinne in bezug auf den

*) Wenn man dem etwa entgegenhält, dass das Mutterland normalerweise doch einen grösseren Anteil an dem Handel der Kolonien hat als die anderen Länder, so zeigt dies, dass man hinter den Ausfuhrzahlen der Statistik die wirklichen Vorgänge nicht sieht. Die Ausfuhr nach den «eigenen» Kolonien ist in der Hauptsache eine Ausfuhr für die eigenen Beamten, Heere und Regierungsbestellungen in den Kolonien. Wären die Leute daheim geblieben, so hätten sie ebenfalls verbraucht und die Wirtschaft des eigenen Landes durch ihre Arbeit gefördert. Ferner beweist die Geschichte, dass selbständige Länder sich rascher entwickeln und grössere Nachfrage nach Waren äussern. Nach dem Abfall der nordamerikanischen Kolonien Englands ist der Handel des Mutterlandes mit ihnen nicht gesunken, sondern gewaltig emporgewachsen. Im wirklichen wirtschaftlichen Interesse aller Länder liegt somit die *Selbständigmachung der Kolonien.*

deutschen Wettbewerb in den fremden Kolonien zu: in dem Handel mit den Kolonien vollzieht sich ebenfalls allmählich eine Differenzierung, wie in dem Handel der kapitalistischen Länder untereinander. Deutschland führt Qualitätswaren auch nach den französischen Kolonien aus. Würde seine Industrie zur Herstellung von einfachen Waren übergehen (infolge der Vergrösserung des Kolonialbesitzes), so wird dies, wie Wiedenfeld mit Recht betont, ein sehr bedenklicher Rückschritt sein und eine starke Schädigung in erster Linie der qualifizierten Arbeiterschaft herbeiführen. Auch die Frage der «offenen Tür» in den Kolonien hat tatsächlich nunmehr insofern für Deutschland geringe Bedeutung, als seine Qualitätswaren, wie die Statistik zeigt, unter allen Umständen gekauft werden, während die Herstellung von einfachen Waren gar nicht im Interesse der hochentwickelten Industrieländer liegt.

Die Kolonien als Rohstofflieferanten.

Sieht man die Bedeutung der Kolonien in Frankreich und zum Teil auch in England hauptsächlich darin, dass sie «sichere» Absatzmärkte bieten, so sieht man in Deutschland, dessen Industrie vor dem Kriege Siegerin auf dem freien Weltmarkte blieb, in erster Linie in Kolonien künftige Rohstofflieferanten der mächtig aufstrebenden Industrie. Sehen wir nun zu, welche Bedeutung den Kolonien in dieser Hinsicht zukommt.

Die Jagd nach den Naturschätzen Indiens war der wichtigste Anstoss zu den meisten Entdeckungen und Kolonialgründungen der neuen Zeit; die Ausbeutung des Pelzreichtums Amerikas, Sibiriens, die Jagd auf

Elephanten und Sklaven in Afrika, die Ausbeutung von Bergwerken, die Zucker- und Kaffeeplantagen, vor allem aber die Entdeckung von Gold- und Silbergruben, wie Edelsteine, all diese Momente bildeten Triebfedern der Kolonialgründungen und Ursachen zahlreicher Kriege. Von grösserer Bedeutung wurden die Kolonien, als die Entwicklung des Verkehrs den Transport von Massenprodukten ermöglichte.

Wie die Entwicklung des Verkehrs in der Epoche des Frühkapitalismus, so haben die technischen Fortschritte auf dem Gebiete der Ozeanschiffahrt und der Eisenbahnen einen Anstoss zu kolonialen Erwerbungen gegeben. In dem Masse wie die Frachtpreise sanken, wurde es möglich, nicht nur Massenartikel nach den entferntesten Gegenden zu senden, sondern auch in erhöhtem Masse die Naturkräfte dieser Länder nutzbar zu machen. Hat sich die Ausbeutung der Kolonien in der früheren Zeit auf die Gewinnung hochwertiger Luxusartikel, vor allem Edelmetalle, beschränkt, so beginnt man aus diesen Ländern immer mehr Massenverbrauchsartikel herauszuführen. In erster Linie kommen hier Amerika, Australien und wiederum Indien in Betracht. Die Einfuhr Englands aus den Vereinigten Staaten, Brasilien, Chile und Argentinien steigt von 1870/74 bis 1905/08 von 22 auf 28,5 % der Gesamteinfuhr, die aus Australien von 4,7 % auf 7,5 % des Gesamtimports. Der transatlantische Verkehr und mit ihm die überseeischen Länder gewinnen so immer mehr an Bedeutung.

Man darf nämlich die Tatsache in Erinnerung rufen, dass die Jahrzehnte 1855 bis 1875 eine starke Steigerung der Getreide- und Rohstoffpreise sahen, die die Einfuhr dieser Produkte aus den überseeischen Ländern notwendig machten. Als dann aber

die grossen Zufuhren aus Russland und den Vereinigten Staaten kamen, nahm das Interesse für Kolonien zeitweilig ab. Gewiss setzt zu Beginn der 80er Jahre die imperialistische Agitation in England ein, die durch die Schutzzollreaktion auf dem Kontinent genährt wird, und Deutschland macht dann seine ersten kolonialen Erwerbungen; das Kapital verhält sich aber in Deutschland bis zu Anfang dieses Jahrhunderts sehr kühl dazu. Das konstatiert auch *A. Zimmermann*, der Geschichtsschreiber der deutschen Kolonialpolitik. Erst die neue Wendung in der Weltwirtschaft, die seit der Mitte der 90er Jahre eine neue Teurungsperiode bringt, weckt wiederum das Interesse des Kapitals für die Kolonien.

Man kann heute kaum eine deutsche imperialistische Schrift finden, die nicht auf die «Notwendigkeit» hingewiesen hätte, «eigene» Rohstoffquellen zu besitzen. In der Tat steigt die Einfuhr der Rohstoffe nach Deutschland in gewaltigem Masse an. Führte Deutschland 1872 7,65 Millionen Zentner Eisenerze ein, so stieg diese Einfuhr 1910 auf 1963,34 und 1913 gar auf 2800 Millionen Zentner. Die Einfuhr von Rohbaumwolle erhöhte sich von 2,83 auf 9,55 Millionen Zentner. In welchem Masse die deutsche Einfuhr von den überseeischen Ländern abhängig geworden ist, geht daraus hervor, dass, während das prozentuale Verhältnis der Ausfuhr nach Europa seit 1889 fast unverändert geblieben ist, die Einfuhr aus Europa von 1889 bis 1913 von 79 auf 54,5 % der Gesamteinfuhr gesunken ist, während die Einfuhr aus Amerika von 16 auf 27 %, die aus Asien von 3 auf 9½ %, die aus Afrika von 1 auf 5 % und die aus Australien von 1 auf 3 % des Gesamtimports gestiegen ist. Es ist somit nicht schwer, mit diesen Zahlen zu paradieren und die «Notwendigkeit» von Kolonien zu «beweisen».

Allein, warum braucht man unbedingt «eigene» Kolonien, um sich mit Rohstoffen zu versorgen? Verkaufen selbständige agrarische Länder oder auch fremde Kolonien keine Rohstoffe? Wie steht es damit in Wirklichkeit?

Kanada beispielsweise führte nach England 1904/5 für 20,96 Millionen Pfund und 1913/14 (bis 31. März) für 45,7 Millionen Pfund aus, nach den englischen Kolonien für 2,45 und 4,88 Millionen, nach fremden Ländern aber für 18,38 und 47,88 Millionen, darunter nach den Vereinigten Staaten für 13,9 und für 41,24 Millionen Pfund. Indien exportierte in Millionen Pfund Sterling:

	1904	1913
Nach England . . .	34,19	45,9
» engl. Kolonien .	23,19	28,4
» anderen Ländern	54,92	96,97
» Deutschland . .	9,88	17,62
» Japan	5,64	15,14

Hier berücksichtigen wir bloss die Ausfuhr über See. Es ergibt sich, dass die Ausfuhr aus Indien nach anderen Ländern nicht nur rascher als die nach England ansteigt, sondern schon doppelt so gross ist, als die nach England. Das gleiche Resultat ergibt sich für alle Englischen Kolonien. Es betrug nämlich der Export:

	1899	1904	1909	1913
Insgesamt	249,46	326,91	403,80	553,86
nach England	116,47	148,32	181,03	288,68
» engl. Kolonien .	41,86	61,74	56,00	71,90
» anderen Ländern	91,13	121,85	166,78	246,29

Die Ausfuhr nach England hat sich von 1899 bis 1913 verdoppelt, die nach andern Ländern ist aber um 170 % gestiegen!

An der Ausfuhr Aegyptens war England 1894 mit 54,4 % und 1913 bloss noch mit 43,1 %, hingegen

Deutschland mit 2,1% und 12,8%, beteiligt. Von der ägyptischen Baumwolle kauft Deutschland einen im Verhältnis zu seiner Gesamtbaumwollenindustrie gleichen Teil wie England...

An der Gesamteinfuhr Englands waren seine Kolonien 1865/9 mit 24 % 1885/9 mit 22,9%, 1895/9 mit 21,6 %, 1905/08 mit 23,1 % und 1913 mit 24,9 % beteiligt. Also bloss im letzten Jahrzehnt steigt etwas die Bedeutung der Kolonien in dieser Hinsicht an. Aber nicht minder sind sie auch für Deutschland wichtig geworden. Die Einfuhr Deutschlands aus den englischen Kolonien steigt von 1904 bis 1913 von 540 auf 1215 Millionen Mark an, d. h. von 8,5 auf 11,3 % der Gesamteinfuhr. 1912 führte Deutschland aus den eigenen Kolonien Rohstoffe für 756,2 Millionen Mark, ausserdem aus Aegypten für 105,3 Millionen Mark ein. Die Einfuhr Englands ist bedeutender. Allein die Kolonien Englands produzieren in der Hauptsache solche Waren, wie Baumwolle, Wolle, Edelsteine, die in viel bedeutenderem Masse als in Deutschland eben in England verarbeitet werden. Kein Land kann alles herstellen; eine Arbeitsteilung ist unumgänglich. So arbeitet Deutschland in erster Linie auf dem Gebiet der Eisenindustrie, für die es Rohstoffe relativ weniger in den englischen Kolonien bekommen kann. Mit dem politischen «Besitz» hat diese Tatsache nichts zu tun.

Aehnlich liegen die Verhältnisse mit den französischen Kolonien. Auch sie führen in erster Linie nach andern Ländern aus. So betrug die Ausfuhr der französischen Kolonien:

	Algerien		Tunis		Die übrigen Besitzungen	
	1904	1913	1904	1913	1904	1913
Nach Frankreich . .	262,8	402,4	41,8	78,1	154,3	301,6
» franz. Kolonien .	6,8	26,3	7,4	8,3	7,7	15,3
» anderen Ländern	56,7	162,4	22,1	97,2	185,0	448,2
Ueberhaupt	329,5	591,0	71,4	178,7	347,1	765,1

Abgesehen von Algerien ist der Export nach andern Ländern nicht nur rascher gestiegen, sondern er ist auch absolut grösser als nach Frankreich. Der Anteil der Kolonien am Gesamtimport Frankreichs stellt sich wie folgt:

Gesamteinfuhr		Davon aus den Kolonien			
in Millionen Franken				in Prozent	
1903	1912	1903	1912	1903	1912
3909,9	7343,5	503,75	887,3	12,9	12,0

Aehnlich liegen die Verhältnisse für Deutschland. Auch hier ist die Einfuhr aus eigenen Kolonien nicht nur absolut gering, sondern hat selbst relativ an Bedeutung abgenommen. Es betrug die

Gesamteinfuhr		Davon aus den Kolonien			
in Millionen Mark				in Prozent	
1904	1913	1904	1913	1904	1913
6354,3	10770,4	11,22	53,26	0,18	0,49

In Friedenszeiten ist somit der Besitz von Kolonien auch in Bezug auf die Rohstoffversorgung der Länder belanglos. Weder die Menge noch der Preis der aus «fremden» Kolonien zu beziehenden Rohstoffe hängt von ihrem Besitzer ab. Sollte aber das Mutterland versuchen, die Naturschätze der Kolonien zu monopolisieren, so wird es in den Kolonien selbst auf einen starken Widerstand stossen, auf jeden Fall einen Handelskrieg heraufbeschwören, der ihm mehr schaden als nützen wird. Dass man aber auch bei völliger Abschliessung von der Aussenwelt heute keine Autarkie errichten kann, geht aus den angeführten Zahlen zur Genüge hervor. Selbst England erhält nur $^1/_4$ seiner Einfuhr aus den Kolonien. Dabei gingen von 290,2 Millionen Pfund, die England 1913 für Nahrungsmittel ausgab, bloss 75,97 nach den Kolonien, und von 281,8 Millionen Pfund, die den Wert der eingeführten Rohstoffe ausmachten, entfielen auf die Rohstoffe aus den Kolonien 91,5 Millionen, also beteiligten sich die Ko-

lonien mit $^1/_4$ und mit $^1/_3$ an der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen. An einen sich selbst genügenden Staat können heute nur noch Ignoranten denken. Sowohl im Bezug von Nahrungsmitteln, wie Rohstoffen, als auch für den Absatz von Fabrikaten ist man auf den Weltmarkt und, wie sonderbar dies für viele auch klingt, in erster Linie auf den Verkehr mit den Kulturstaaten angewiesen. So bezog Deutschland 1912 für 2051,6 Millionen Rohstoffe aus den europäischen Ländern und für 683,5 Millionen aus den Vereinigten Staaten, hingegen bloss für 384,7 Millionen aus Afrika und für 642,1 Millionen aus Asien. Aehnlich liegen die Verhältnisse für die Schweiz, die 1913 80 % ihrer Rohstoffe aus Europa, 6,6 % aus den Vereinigten Staaten und für Frankreich, das aus fremden Ländern Rohstoffe für 4537,4, darunter aus Deutschland für 338, aus seinen Kolonien aber bloss für 275,8 Millionen, also bedeutend weniger, als es gleichzeitig aus dem Industrieland Deutschland erhielt!

In welcher Hinsicht haben also «eigene» Kolonien eine Bedeutung für die Industrie? Nur in dem Sinne, dass die Industrieländer Agrarländern mit den steigenden Nahrungsmittel- und Rohstoffpreisen gewissermassen Tribut zahlen müssen.

Prof. *Sering* sagt darüber:

« Die Weltreiche haben immer mehr die Quelle alles stofflichen Reichtums, die Erde, monopolisiert. Daraus ergibt sich für alle kleinern Staaten notwendig ein Zustand wachsender Abhängigkeit. Man hat mit Unrecht behauptet, dass im wirtschaftlichen Verkehr der Völker die Abhängigkeit stets eine gegenseitige sei, dass immer gleiche Werte gegeneinander zum Austausch kämen. Es gibt zwischen Volkswirtschaften, wie unter den privaten, Ausbeutungs- und Untertänigkeitsverhältnisse... So das Verhältnis zu den Rohstoffländern... Die Erde bevölkert sich rasch...; die Bodenprodukte steigen im

Preise und gewinnen einen Monopolwert. Der Zustand ist dann, dass wir fremden Völkern in der Grundrente ein arbeitsloses Einkommen verschaffen..., mit unserer Arbeit jenen tributär werden.»

Indes, das trifft nicht ganz zu. Es gibt tatsächlich keinen Austausch von gleichen Werten, aber in ungekehrtem Sinne, wie Sering denkt: Die kapitalistisch entwickelten Länder beuten vielmehr die Agrarländer aus. Das hat O. Bauer *) glänzend bewiesen.

Stellen wir uns zwei Gegenden vor, in der einen sind ebensoviel Agrikulturarbeiter beschäftigt, wie in der andern Industriearbeiter. «Die Masse des in beiden Gebieten erzeugten *Mehrwerts* ist durch die Masse der von den Arbeitern beider Gebiete geleisteten *Mehrarbeit* bestimmt. Welcher Teil dieses Mehrwerts fällt aber den Kapitalisten jedes der beiden Gebiete zu?

«Das Kapital des höher entwickelten Landes hat die *höhere organische Zusammensetzung*, das heisst in dem kapitalistisch vorgeschritteneren Gebiete entfällt auf dieselbe Menge Lohnkapital eine grössere Menge Sachkapital als in dem rückständigen Lande...» Die Mehrwertmasse wird nicht nach der Menge der geleisteten Arbeit, sondern nach der *Grösse des Kapitals* verteilt. «Da nun in dem höher entwickelten Lande auf die gleiche Menge geleisteter Arbeit *mehr* Kapital entfällt, so zieht das höher entwickelte Land einen grössern Teil des Mehrwerts an sich als der im Lande geleisteten Arbeitsmenge entspricht... Die Kapitalisten *höher entwickelter Länder beuten also nicht nur ihre eigenen Arbeiter aus, sondern eignen sich stets auch einen Teil des Mehrwerts an, der in dem minder entwickelten Lande erzeugt worden ist.*» Das geschieht nämlich in der Weise, dass die Industrieprodukte zu relativ höherem Preise (im Verhältnis

*) Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie. Wien 1908.

zum Arbeitswert) gegen Agrarprodukte ausgetauscht werden. Darum steigt der Reichtum der Industrieländer rascher an als der der Agrarländer. Darin liegt auch die Grundursache des Kampfes der Agrarländer für ihre nationale Selbständigkeit, gegen diese fremde Ausbeutung.

In diesem Verhältnis hat sich nun aber eine Umwälzung vollzogen, seit die Preise der Agrarprodukte rasch zu steigen begonnen haben. Mit den Preisen der Agrarprodukte steigt die *Grund-* und *Grubenrente,* das heisst der Abzug der Grundbesitzer vom Gesamtmehrwerte. Und diesen Abzug hat eben Sering im Auge. *Der Kampf um diese Rente bildet darum den Hauptinhalt des Kampfes um die Kolonien.* Die Unternehmer sehen die Tatsache, dass die Fabrikatenpreise den Rohstoffpreisen nicht folgen können, dass hohe Rohstoffpreise ihre Profitrate drücken, und möchten sich die Rohstoffquellen aneignen, um in den Genuss der Bodenrente zu kommen.

Es ist ferner zuzugeben, dass die hohen Rohstoffpreise nicht nur den Profit der nichtkartellierten Unternehmer drücken, sondern auch den Prozess der Verfeinerung aufhalten, unter Umständen den Zusammenschluss der Unternehmer auch in der Verfeinerungsindustrie fördern. Es ist aber eine Illusion, zu glauben, dass der Bezug von Rohstoffen aus eigenen Kolonien billiger zu stehen kommt. Dass beispielsweise die englischen Unternehmer die Baumwolle aus Indien billiger als die deutschen oder die schweizerischen erhalten, hat noch niemand behauptet, geschweige denn bewiesen. Dass die Kolonien für ihre Rohstoffe heute mehr als früher Fabrikate erhalten können, ist ebenfalls wahr. Immerhin, wird wohl niemand behaupten, dass die Industrieländer in den letz-

ten Jahren im allgemeinen ärmer geworden sind. Durch Vervollkommnung der Technik, Erhöhung der Kapitalzusammensetzung ihrer Betriebe und Ersparung an Betriebskosten gelang es ihnen, den Abzug der Agrarländer mehr als auszugleichen. Die Lösung des Problems liegt auch in dieser Beziehung in der Richtung des technischen Fortschritts, der Qualitätsarbeit und Erhöhung der Arbeitsproduktivität. *Kultur-* statt *Kolonialpolitik,* das ist die Lösung!

Man könnte nun sagen: die Ausbeutung der Naturschätze der kolonialen Länder bedeutet zwar zunächst ein gutes Geschäft für einzelne Unternehmer, erhöht aber gleichzeitig das «Nationalkapital» und fördert somit die eigene Wirtschaft. Vermehrte Gewinnung kolonialer Produkte könnte auch das Monopol der amerikanischen Trusts brechen, wenigstens abschwächen und die Preise herabsetzen. Das sind wiederum reine Illusionen. Zunächst ist es falsch, dass jede Vermehrung von Kapital der eigenen Industrie zugute kommt. Das kann für kapitalarme Länder im allgemeinen zutreffen, nicht aber für die modernen Industrieländer, die mehr Kapital besitzen als sie selbst unter den herrschenden Verhältnissen brauchen und darum es auch ausführen. In Wirklichkeit wird in den Kolonien mehr Kapital investiert als aus ihnen erhalten, also ist eher das Gegenteil richtig: der koloniale Besitz entzieht dem Mutterlande das für seine Industrie notwendige Kapital. Mindestens ist dies in bezug auf England richtig, das gewaltige Kapitalien in seinen Kolonien investiert, die technische Ausrüstung seiner Industrie aber vernachlässigt hat. Man kann auch nicht gerade sagen, dass Frankreichs Industrie in dieser Hinsicht besondere Vorteile aus den Kolonien gezogen habe. Wenn einzelne französische Ban-

ken und sonstige Unternehmer in den Kolonien auch grosse Gewinne gemacht hätten, so haben sie entweder das Geld für Luxusausgaben verwendet (das luxuriöse Leben der obern Schicht hat auch in England einen grossen Umfang genommen) oder das Geld in exotische Papiere gesteckt. Das hat sich besonders zu Beginn des Krieges erwiesen und daraus erklären sich auch die Schwierigkeiten der finanziellen Kriegsrüstung Frankreichs.

Hingegen vermochte die deutsche Industrie einen gewaltigen Aufschwung zu nehmen, obgleich Deutschlands Kolonien in dieser Beziehung fast wertlos sind, d. h. vorläufig dem Mutterlande keine Kapitalien zu liefern vermochten, wenngleich die Dividende der kolonialen Gesellschaften bedeutend höher ist als die der in Deutschland selbst arbeitenden Unternehmungen.

Dass die koloniale Produktion, insbesondere in Afrika etwa, der Produktion Amerikas ernstliche Konkurrenz werde machen können, ist völlig aussichtslos. Wir haben ja gesehen, dass selbst England, das die besten und aussichtsreichsten Kolonien besitzt, von 1865/69 bis 1913 nur 24—24,9 % seiner Einfuhr decken konnte. Von 1904 bis 1913 hat England an Rohstoffen aus den Kolonien $^1/_4$ bis $^1/_3$ bezogen. Also bleiben immer die andern Länder für den Warenpreis massgebend.

Abgesehen von all dem, liegt hier offensichtlich *Begriffsverwechslung* vor. Was bedeuten denn eigentlich: kolonialer «Besitz», «eigene» Kolonien? Die Kolonien stehen zwar im öffentlich-rechtlichen «Besitze» des Staates, die Naturschätze werden aber von Privatunternehmungen ausgebeutet, die gar kein Interesse daran haben, die Preise zu drücken, sondern vielmehr mit den Unternehmern der andern Länder ein wichtiges Interesse an der Hochhaltung der Preise

haben und sich darum mit ihnen zu diesem Zwecke auch vereinigen werden. Wir haben ja erlebt, dass selbst der deutsche Reichsfiskus mit den englischen Diamantunternehmungen ein Abkommen zur Hochhaltung der Preise getroffen hat. Wir können auch im allgemeinen feststellen, dass trotz der gewaltigen Ausbeutung grosser Gebiete in Afrika und in Asien die Lebensmittel- wie die Rohstoffpreise doch nicht sinken, sondern in die Höhe gehen. Wir wissen schliesslich, dass vor dem Kriege deutsche Unternehmer in Frankreich wie in Marokko Eisen gewonnen haben, dass englische Baumwollspinnereien in Amerika Plantagen besitzen usw. Kurz, in *Friedenszeiten hat der staatliche Besitz auf die Kapitalbeziehungen fast gar keinen Einfluss ausgeübt.*

Es trifft auch nicht ganz zu, dass die Erlangung von Konzessionen in halbselbständigen Ländern, wie in der Türkei, in Persien und China, allein von der militärisch-politischen Macht des Staates abhänge. Wenn dem so wäre, würden die Schweiz, Belgien, Holland usw. an dem Bau von Eisenbahnen usw. in solchen Ländern nie beteiligt sein können. In Wirklichkeit war es für Belgien beispielsweise leichter, solche Konzessionen zu erlangen als für Deutschland. Die Kapitalmacht an sich hat hier die Entscheidung gegeben. Dabei soll damit naturgemäss nicht geleugnet werden, dass man auch in dieser Hinsicht die Staatsgewalt auszunutzen gesucht hat. So schreibt *J. Ruedorffer* («Grundzüge der Weltpolitik der Gegenwart», Berlin und Stuttgart 1914, Seite 197/98):

«Der politische Einfluss ist hier der Weg zum wirtschaftlichen Gewinn, weil durch ihn der Anteil an den Gewinnen der Erschliessung über den der reinen wirtschaftlichen Leistung entsprechenden Prozentsatz gesteigert werden kann. Er

ist nötig zur Erlangung von Konzessionen, kann dazu dienen, die Handels- und Zollgesetzgebung und die Art und Weise ihrer Handhabung in den zu erschliessenden Ländern so zu beeinflussen, dass sie dem Konkurrenten von Nachteil, dem eigenen Kaufmann von Nutzen ist. Diese Ausnutzung des politischen Einflusses zu wirtschaftlichen Zwecken ist der halbe Inhalt der modernen Weltpolitik — zumal in den politisch neutralen und unabhängigen Neuländern, z. B. in Südamerika. Das Ziel ist natürlich auch hier die politische Beherrschung, *die wirtschaftliche Monopolstellung unter Verdrängung der Konkurrenz.*»

Ruedorffer zeigt aber dann, dass dieses Ziel heute nicht mehr erreichbar ist. Denn «gegen die Gefahr einer Monopolstellung eines Staates schliessen sich die anderen zusammen. Dann haben die kleinen, neutralen Länder, wenngleich auf das Kapital und die Erschliessungsarbeit der grossen Weltmächte angewiesen (was keineswegs zutrifft, D. V.), doch das Bestreben, ihre Unabhängigkeit zu wahren, und *tun das am besten, wenn sie eine Ausschliessung der Konkurrenz nicht dulden, sich keinem völlig ausliefern und einen Gleichgewichtszustand der Konkurrenten erstreben.*» In der Tat geht heute das Bestreben dahin, die Vorherrschaft *einer* Macht unmöglich zu machen, die politische wie die wirtschaftliche Monopolstellung zu verhindern. An Stelle von politischen Machtmitteln wird darum die Macht des Geldes ausgenützt. Das geldgebende Bankkonsortium (häufig macht der Staat davon die Erlaubnis der Börsenzulassung abhängig) fordert, dass der borgende Staat die Waren, zu deren Erwerb er die Anleihe aufnimmt, Kanonen, Schiffe, Eisenbahnmaterial usw. bei dem das Geld leihenden Lande bestelle, oder es macht die Gewährung der Anleihe von der Erteilung gewisser wirtschaftlicher Vorteile, Konzessionen für Eisenbahnbauten, Bergwerke usw. abhängig. Kurz, die wirkliche entscheidende

Macht bleibt die des Kapitals. In dieser, wie übrigens in militärpolitischer Beziehung, wird der Krieg für die kämpfenden Staaten eine Aenderung bringen: ihr Einfluss und Druck auf die kolonialen Länder wird abnehmen, das Streben nach Selbständigkeit dieser dagegen wachsen. Darauf kommen wir noch zurück. Jetzt können wir nur noch den Schluss ziehen, indem wir uns Ernst Müller Holm («Der englische Gedanke in Deutschland», München 1915) in seinem Urteil über Kolonien anschliessen:

«Alles in allem,» sagt er, «ist der Handel mit kulturlosen Eingeborenen eine Angelegenheit, die zwar für einzelne grosse Firmen sehr wichtig ist, das deutsche Volk im ganzen aber völlig kalt lassen muss... Dasselbe gilt von den Bodenschätzen der Kolonien. Es ist sehr glaublich, dass dort mit der Zeit noch reiche Lager von Steinkohlen, Eisen und anderen Mineralien erschlossen werden. Aber Vorteile werden davon nur die reichen Gesellschaften haben. Dass deutsche Arbeiter auf diese Weise Beschäftigung finden, ist schon der klimatischen Verhältnisse wegen höchst unwahrscheinlich, und die deutschen Konsumenten werden erst recht keinen Nutzen spüren. Oder hat etwa der ganze ungeheure Diamantenreichtum Südafrikas dem deutschen Volke irgendwelchen Segen gebracht?» (Seite 44).

Dann verweist Müller mit Recht darauf, dass die unselbständigen Kolonien schlechte Kunden sind, weil sie verarmen und wenig Waren kaufen, während die selbständigen Länder sich rascher entwickeln und daher auch europäische Waren mehr kaufen. «Die Ausbeutungspolitik ist weiter nichts als industrieller Raubbau. Sie richtet beide zugrunde, den Ausbeuter und den Ausgebeuteten. Nur eine *ehrliche Handelspolitik, die den dauernden Interessen beider Länder dient, trägt Segen.*» (Seite 58).

Das trifft natürlich nicht nur für Deutschland, sondern für alle Länder zu: Kolonien haben einzig und allein Interesse für kleinere Unternehmergruppen (vor allem der kartellierten Schwerindustrie) und für die sogenannten freien Berufe. Diese beherrschen vorläufig den Staat und die öffentliche Meinung in den Gross-

staaten. Aus diesem Grunde verwechseln viele die Interessen der Gesamtindustrie, der wirtschaftlichen Entwicklung des ganzen Landes mit den Vorteilen und Nutzen einzelner Unternehmergruppen. Und eben diese Verwechslung ist für die Politik der modernen Staaten verhängnisvoll geworden. Denn es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, dass es die Kolonialpolitik ist, die nicht nur diesen, sondern fast sämtliche Kriege der letzten Jahrzehnte verschuldet hat. «Wer die Geschichte der kolonialen Expansion der europäischen Grossmächte in den letzten Jahrzehnten unter diesem Gesichtspunkt betrachtet», sagt Ruedorffer, «wird ohne Mühe finden, dass alle Kriege der letzten Zeit, an denen europäische Grossmächte beteiligt waren, wenn nicht von dem Kapital angezettelt, so durch das Kapitalinteresse eingeleitet worden sind.» Richtiger ist aber, zu sagen: durch das Interesse einiger Kapitalisten, wie die Beispiele Ruedorffers selbst beweisen. So lagen die russischen Spekulationen in Jaluwaldungen in der Mandschurei sicherlich nicht im Gesamtinteresse des russischen Kapitals. Eine mächtige Clique hat damals in Russland zum Kriege gegen Japan, wie in Italien zu den Tripolisfeldzügen getrieben. Es sind Minoritäten, die heute noch die Mehrheiten der Bevölkerung beherrschen und nicht nur physisch, durch die in ihren Ländern liegende Macht, sondern auch psychisch, geistig.

Da nun hat der Hebel anzusetzen: durch Verbreitung der Tatsachen über den Nutzen der Kolonien und die Folgen der Kolonialpolitik, die heute die blühenden Länder Europas in den Abgrund des Weltkrieges gestürzt hat, müssen die noch bestehenden kolonialen Illusionen zerstört und der Weg zur Verständigung der Kulturvölker unter einander freigemacht werden.

Wir haben nun gesehen, dass in Friedenszeiten der «Besitz» von Kolonien für die Wirtschaft eher schädlich als vorteilhaft ist. Vielleicht erweisen sie sich aber etwa in Kriegszeiten von besonderem Vorteil? Man hört heute häufig, dass gerade der Krieg die Notwendigkeit von Kolonien erwiesen habe. Offen gestanden, wir sehen dies nicht ein. In welcher Hinsicht sollte der Besitz von Kolonien im Kriege von Vorteil sein? Beherrscht der kriegführende Staat die Meere nicht, dann kann er mit seinen Kolonien ebensowenig wie mit fremden Ländern Handel treiben. Selbst Holland darf heute aus seinen Kolonien nur bestimmte Mengen Waren einführen, weil England befürchtet, dass die holländischen Kolonien Waren für die Zentralmächte durch Hollands Vermittlung liefern können. England vermag heute allerdings gewisse Vorteile aus seinen Kolonien zu ziehen, wie die Monopolisierung der Getreideausfuhr aus Indien und Kanada zeigt. Immerhin hat England horrende Getreidepreise, mindestens nicht niedrigere als die neutralen Nordländer zu zahlen. Auf jeden Fall kommt es im Kriege nicht darauf an, ob man aus eigenen oder fremden Kolonien die notwendigen Waren bezieht, sondern ob man sie überhaupt beziehen kann.

Es ist die gleiche Illusion, wie die, dass von der Grösse der Kriegsflotte das Schicksal des Handels abhänge. So meint Bülow in seiner «Deutschen Politik»:

«Das Meer ist ein Lebensstrang für uns geworden, den wir uns nicht durchschneiden lassen dürfen, wenn wir nicht aus einem aufblühenden und jugendfrischen ein verwelkendes und alterndes Volk werden wollen. Dieser Gefahr waren wir aber ausgesetzt, solange es unserem Welthandel und unserer Schiffahrt gegenüber den übermächtigen Kriegsflotten anderer Mächte an nationalen Schutz auf dem Meere gebrach... Eine Kriegsflotte musste der Armee zur Seite treten, damit wir unserer nationalen Arbeit und ihrer Früchte froh werden können.» (Seite 17).

Und weiter:

«Wir sind zur See verwundbar geworden. Milliardenwerte haben wir dem Meere anvertraut und mit diesen Werten Wohl und Wehe vieler Millionen unserer Landsleute. Wenn wir nicht rechtzeitig für den Schutz dieses kostbaren und unentbehrlichen nationalen Besitzes sorgten, waren wir der Gefahr ausgesetzt, eines Tages wehrlos ansehen zu müssen, wie er uns für alle Zukunft genommen wurde... Wir wären in die Lage versetzt worden, einen beträchtlichen Teil unserer Millionenbevölkerung in der Heimat dauernd weder beschäftigen noch ernähren zu können.

Wie diese Zeilen heute, während des Krieges, noch geschrieben werden konnten, wo der «nationale Schutz» des Ueberseehandels so völlig versagte, ist kaum begreiflich. Ueberhaupt liest es sich recht sonderbar, gerade in der Schweiz, die einen im Verhältnis zur Bevölkerung doppelt so grossen Export als der Deutschlands hat, dabei ihm aber keinen «nationalen Schutz» gewährt! Das wichtigste aber ist, dass Bülow immer noch nicht begriffen hat, obgleich sein Werk dies selbst schlagend beweist, dass der «nationale Schutz» in der Form der Flotte in Wirklichkeit das nationale *Verhängnis* geworden ist: auf sein Konto ist jeder Krieg mit England zu setzen. Ebenso wenig wie die Flotten, schützen auch die Kolonien die nationale Wirtschaft, führen vielmehr heute, wie zur Zeit des Merkantilismus, zu beständigen Rüstungen und Kriegen, und haben schliesslich jetzt den Weltkrieg heraufbeschworen. Und trotzdem sollen sie für den Schutz der Industrie notwendig sein?! Für diesen «Schutz» kann sich die Industrie wahrhaftig bedanken...

ZWEITER TEIL

Der drohende Handelskrieg

Der Sturm gegen die Meistbegünstigungsklausel.

Die Bestrebungen, die während des Weltkrieges mit solcher Heftigkeit hervortraten, sind teilweise ein Produkt der Kriegspsychose, teilweise aber nur die Fortsetzung gewisser Tendenzen, die sich schon vor dem Kriege bemerkbar machten. Von einem Wirtschaftsbunde der 10 Mächte, die sich jetzt mit den Zentralmächten, Bulgarien und der Türkei im Kriege befinden, hat wohl kein Mensch vor dem Kriege geträumt. Hingegen reichen die Bestrebungen, die Zentralmächte wirtschaftlich enger aneinander zu knüpfen, bis auf das Jahr 1850 zurück. Immerhin ging die wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege keineswegs in der Richtung der engeren Verbindung zwischen diesen Ländern, vielmehr haben sich die Länder immer selbständiger entwickelt.

Worin besteht der Grundgedanke aller jetzt aufgetauchten wirtschaftlichen Vereinigungen? Doch in nichts anderem als in der Beseitigung oder wenigstens Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel. So forderten die deutschen Wirtschaftsverbände direkt die *Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel und die Festlegung einer gegenseitigen deutsch-österreichischen Vorzugsbehandlung.* *) Aehnlich formulierte schon am

*) Zu diesen Forderungen haben sich auch alle sonstigen Verbände in Deutschland und Oesterreich bekannt, die die Annäherung zwischen den Zentralmächten verfolgen.

10. Juli 1915 *Edmond Théry* das Ziel der Handelsvereinigung der Ententemächte. Er empfahl einen *Schutztarif* mit fast prohibitiven Sätzen gegenüber den feindlichen Staaten, einen *Freundschaftstarif* mit sehr viel gemässigteren Sätzen für die freundlichen Neutralen und einen *Bündnistarif* mit noch gemässigteren Sätzen für die politisch verbündeten Völker. Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom Juni 1916 bestimmte, dass in der «Uebergangszeit», während einer nicht angegebenen Anzahl von Jahren, den feindlichen Mächten die Meistbegünstigung, d. h. die Gleichstellung mit anderen Ländern verweigert werden müsse, während zwischen den jetzt politisch Verbündeten für die spätere Zeit sonstige gegenseitige Unterstützung der Handelsbeziehungen stattfinden solle. Also ein förmlicher allseitiger Sturm gegen die *Meistbegünstigungsklausel.*

Die *Idee der gleichmässigen Behandlung* aller Vertragsstaaten ist noch relativ neu, stammt aus dem englisch-französischen Cobden-Vertrage von 1860. «Im Zeitalter des Merkantilismus, in der zweiten Hälfte des 17. und 18. Jahrhunderts», sagt J. Jastrow,*) «ist es das Ideal jedes Staatsmannes, die eigene Industrie durch möglichst hohe Zölle oder gar Einfuhrverbote gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen. Zu einem Zollnachlasse bequemt er sich nur, wenn auch ihm ein Zollnachlass gewährt wird. In den typischen Tarifverträgen der damaligen Zeit steht jeder Konzession die Gegenkonzession gegenüber. Sofort nach dem Abschluss eines Vertrages melden sich die Konkurrenten und erbieten sich zu ähnlichen Konzessionen; ja, sie suchen durch Ueberbietungen noch weitere Zugeständnisse zu erlangen, die den bisher

*) Die mitteleuropäische Zollannäherung und die Meistbegünstigung, Leipzig 1915.

erfolgreichen Konkurrenten aus dem Wege schlagen. Nun tritt der erste Staat wieder in das Rennen ein, und wenn er die anderen überbietet, so beginnt das Spiel von neuem.» Um dieses ewige «Handeln» um gewisse zollpolitische Konzessionen überflüssig zu machen, gingen die Vereinigten Staaten gegen Ende des 18. Jahrhunderts zur *Reziprozitätsklausel* über, wonach jeder der beiden vertragsschliessenden Teile verspricht, dass er dem anderen Teile jede Bevorzugung zu demselben Preise zugängig machen wird, zu dem er sie einem Dritten einräumt. Indes war es nicht so leicht, die gleiche Konzession zu gewähren, die ein anderer gewährt hat. «Die Reziprozität ist daher stets eine Quelle von Streitigkeiten gewesen und hat das Vertrauen der Völker, die einen Handelsvertrag miteinander schlossen, nicht erhöht.» Seit 1860 geht man darum immer mehr zur allgemeinen gleichmässigen Behandlung aller Länder über, mit denen man einen Handelsvertrag hat oder auch sonst in Handelsverbindungen steht. «Kurz vor dem Ausbruch des Krieges beruhte das Verhältnis des Deutschen Reiches zu fast allen Ländern der Erde auf dem Grundgedanken der Meistbegünstigung.» (Jastrow.)

Damit ist aber nicht gesagt, dass jede Opposition gegen diese Klausel verschwunden ist. Umgekehrt steigt sie mit dem Aufleben der zollpolitischen Reaktion geradezu an. Diejenigen Kreise, denen jegliche Handelsverträge mit den Nachbarn ein Dorn im Auge sind, wünschten natürlich, dass die gleichmässige Behandlung aller Vertragstaaten aufhöre. Die Gefahr der Handelskriege schreckt sie nicht; im Gegenteil, die Schutzzöllner wünschen diese geradezu.

Insbesondere ist diese Opposition gegen die Meistbegünstigung in Frankreich heftig. Bekanntlich setzte

der Frankfurter Friede fest, dass Deutschland und Frankreich sich gegenseitig als meistbegünstigste Nationen und zwar im Vergleich zu England, Belgien, der Niederlande, der Schweiz, Oesterreich und Russland. behandeln müssen. Das hat später in Frankreich zur starken Agitation gegen die Meistbegünstigungsklausel geführt und sogar die Handelskriege zwischen Frankreich und Italien, sowie zwischen Frankreich und der Schweiz mit verursacht. Auch in Wirtschaftsfragen zeigt nur die *Praxis* den richtigen Weg an. Erst sie hat die Staaten die Notwendigkeit des gegenseitigen friedlichen Vertragens vor die Augen geführt; erst durch sie hat man gelernt, dessen Vorteile zu schätzen. In Frankreich sah man aber in der Meistbegünstigungsklausel eine Folge der militärischen Niederlage von 1870/71, befürchtete die deutsche Konkurrenz, die man, so wenigstens glaubte man, bei anderen Handelsbeziehungen hätte besser abwehren können. Man befürchtete darum, den andern Nachbarn handelswirtschaftliche Konzessionen zu machen, damit sie nicht ebenfalls Deutschland zugute kämen, ging zur äusserst schädlichen autonomen Zollpolitik über, ja, man nahm sogar lieber die Folgen von Handelskriegen auf sich, um nur den Wirkungsbereich der Meistbegünstigung zu beschränken.

Inzwischen hat sich ein anderes Mittel gegen diese Formel als erfolgreich erwiesen. Die wirtschaftliche Tätigkeit hat sich stark differenziert; ein Staat ist für einige Waren hauptsächlich Produzent, die andern führen umgekehrt hauptsächlich andere Waren aus. «Nicht alle Waren haben für alle Länder das gleiche Interesse. In der Gütererzeugung spiegeln sich vielmehr Eigenart und Entwicklungsgrad eines jeden Landes, und je mannigfaltiger sich die Länder entwickeln, um so mehr

spezialisieren sich ihre Erzeugnisse. Das lässt sich auch im Zollwesen ausnutzen, ohne an den Rechtsgrundsatz zu tasten. Man muss nur unter diesem Gesichtspunkt den Zolltarif immer feiner ausgestalten, immer mehr Arten und Unterarten von Waren unterscheiden, und zwar so, dass die nationalen Unterschiede in der Erzeugung möglichst Berücksichtigung finden.» Denn «rechtlich verlangt die Meistbegünstigung nichts anderes, als dass jede ausdrückliche Begünstigung eines dritten Landes vermieden werde. Für jedes meistbegünstigte Land muss rechtlich die gleiche Möglichkeit vorliegen. Ob das auch tatsächlich der Fall ist, bleibt rechtlich gleichgültig. Auf der Grundlage rechtlicher Gleichstellung kann aber die tatsächliche Verschiedenheit wohl gross sein.» *)

Und in der Tat hat man in Frankreich 1892 einen ziemlich detaillierten Zolltarif mit 654 Stellen ausgearbeitet. Den gleichen Weg beschritt auch Deutschland, dessen Tarif schon 1902 mehr Posten als der französische Tarif enthält, und der letzte deutsche Zollvertrag mit Schweden von 1911 weist sogar 1325 Tarifstellen auf.

Wie weit diese Spezialisation geht, sieht man daraus, dass die Einfuhr von Vieh nach Deutschland nicht nur nach bestimmten Sorten, sondern selbst danach unterschieden wird, auf welcher Höhe es gefüttert wurde. Ebenso wird beispielsweise die Art der Fächer, die eingeführt werden, ganz genau umschrieben, von den Garnnummern, die verschiedenen Zollsätzen unterworfen werden, schon gar nicht zu reden.

*) H. Schumacher, Meistbegünstigung und Zollunterscheidung. Im Sammelwerk des Vereins f. Sozialp.: Die Wirtsch. Annäherung zwischen d. D. R. und seinen Verbündeten, Leipzig und München 1915.

Dass auf diese Weise die Einfuhr Englands und Frankreichs nach Deutschland getroffen wurde, ist eine Tatsache, *) die aber nur besagt, dass die Begründung der Handelsbeziehungen allein auf der Klausel der Meistbegünstigung, wie dies zwischen Deutschland und Frankreich, sowie zwischen Deutschland und England der Fall war, unrichtig ist. Hätten diese Staaten Handelsverträge, die von Zeit zu Zeit geändert werden, unter einander geschlossen, so würden sie sehr wohl darauf bestehen können, dass man auch ihren Erzeugnissen Zollermässigungen gewähre. Nicht das Prinzip der Meistbegünstigung an und für sich hat heute an Bedeutung verloren: auf einer anderen Grundlage würde man normale Handelsbeziehungen gar nicht aufbauen können; allein seine einseitige Verwendung und dabei noch in der Weise, dass die Handelsbeziehungen zwischen einzelnen Ländern ein für allemal festgelegt werden, schadet mehr als sie nützt. Das ist es, was uns die Geschichte des 11. Paragraphen des Frankfurter Friedensvertrages lehrt. Die Meistbegünstigung bleibt als unentbehrliche Grundlage der Handelsbeziehungen der Kulturländer unter einander bestehen, muss aber durch einen Handelsvertrag ergänzt werden, der auf nicht allzulange Fristen geschlossen wird.

Gewiss trifft man in der letzten Zeit immer häufiger Ausnahmen an, indem die Staaten in ihren Handelsbeziehungen zu ihren Kolonien oder zu solchen Ländern, die sie als ihre Kolonien betrachten wollen, Abweichungen vom Prinzip der allgemeinen Meistbegünstigung vornehmen, und ihnen spezielle Begünstigungen einräumen, oder umgekehrt, solche von diesen erhalten. Die englischen Waren geniessen in

*) A Marvaud, Intérêts économiques et Rapports internationaux, Paris 1915.

den sich selbstverwaltenden Kolonien Englands bedeutende Zollermässigungen; die französischen Waren werden in den überseeischen Besitzungen Frankreichs im allgemeinen zollfrei eingelassen, während Waren aus anderen Ländern dem französischen Zolltarif unterliegen. Ebenso geniessen die Waren der französischen Kolonien mit wenigen Ausnahmen Zollfreiheit in Frankreich. Russland macht von der allgemeinen Regel der gleichen Behandlung aller Vertragsstaaten Ausnahmen für seine asiatischen Nachbaren; die Vereinigten Staaten von Amerika haben an Kanada und einige andere amerikanische Staaten Zollbegünstigungen gewährt, die sie den andern Staaten verweigern. Immerhin handelt es sich in diesen Fällen um die Beziehungen zwischen Industrie- und Agrarstaaten, wobei die Industriestaaten, die den Agrarländern Zollnachlässe gewähren, von diesen doch nur Lebensmittel und Rohstoffe erhalten können, Gegenstände also, an deren Ausfuhr die meisten Industriestaaten wenig Interesse haben. Diese Ausnahmen, so weit es sich nicht um die Begünstigung des Mutterlandes in den Kolonien handelt, störten darum die allgemeinen Handelsbeziehungen zwischen den Industrieländern nicht. Im Frankfurter Friedensvertrag wurden die Handelsbeziehungen Deutschlands oder Frankreichs mit den Agrarländern aus der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel auch indirekt ausgenommen. Diese bezog sich ausdrücklich bloss auf die schon oben aufgezählten 6 europäischen Nachbarländer. Auf die Bedeutung aber der «offenen Tür» in den Kolonien, d. h. der gleichmässigen Behandlung der Waren aller Länder in den Kolonien, haben wir schon hingewiesen. Es sei hier nur rekapituliert, dass die Kolonien sich sowieso mit dem Weltmarkte immer enger verbinden, dass deren Fesselung an die Mutterländer nur früher

oder später die Entwicklung der Produktivkräfte in den Kolonien und infolge der Rückwirkung auch in den Mutterländern aufhält. Das wirkliche wirtschaftliche Interesse fordert darum die gleichmässige Behandlung aller Staaten auch in den Kolonien, und in den neueren internationalen Verträgen über die Kolonien (Kongo, Marokko usw.) wird an diesem Grundsatze auch festgehalten. Man darf darum wohl sagen, dass trotz einiger Ausnahmen das Prinzip der Meistbegünstigung die Grundlage des modernen Handels geworden ist.

Wenn diese Meistbegünstigungsklausel mehr Deutschland als England oder Frankreich zugute gekommen sein sollte, so doch nur deshalb, weil Deutschland eine vielseitige Industrie ausgebildet hat, die überhaupt konkurrenzfähiger als die Englands oder Frankreichs ist. Die Aufhebung oder Einschränkung dieser Klausel wird aber alle betroffenen Staaten schwer schädigen, und wahrscheinlich die andern Staaten noch mehr als Deutschland. Denn auf die Luxusgegenstände Frankreichs und zum Teil Englands kann man immer noch leichter verzichten als auf die vielfachen Waren, die heute aus Deutschland bezogen werden. Ueberhaupt werden wir sofort sehen, dass die jetzt im Kriege herausgebildeten politischen Kombinationen zwar allgemeinen strategisch-politischen wie kolonialwirtschaftlichen Gesichtspunkten entspringen, den wirtschaftlichen Interessen dieser Länder aber keineswegs entsprechen. Vielmehr *gehen die Linien der wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten und die ihrer politischen Vereinbarungen weit auseinander.* Eine ruhige sachliche Ueberlegung wird darum allen Staaten beweisen, dass ein Handelskrieg den Interessen aller Länder widerspricht, und für ihre wirtschaftliche Zukunft geradezu verhängnisvoll werden könnte.

«Mitteleuropa».

Das Schlagwort von «Mitteleuropa», das alle Länder von der Ostsee bis zum Persischen Golf, vielleicht auch die Nordländer und die Schweiz umfassen soll, hat eine Zeitlang während des Krieges eine grosse Rolle gespielt. Die dahin zielenden Bestrebungen in Oesterreich und in Deutschland datieren aber nicht erst seit dem Kriegsausbruch. Im schon erwähnten Sammelwerke des Vereins für Sozialpolitik sagt Spiethoff offen: «Die Begründung eines wirtschaftlichen Einflussgebietes von der Nordsee bis zum persischen Meerbusen ist seit beinahe zwei Jahrzehnten das stille, unausgesprochene Ziel der deutschen Aussenpolitik.» Das stimmt, und jeder Kenner der deutschen Politik, insbesondere der Geschichte der Bagdadbahn, wird dies voll bestätigen. Allein, stehen wirklich Interessen der Gesamtheit dahinter? Läuft die Richtung der Politik mit der Linie der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zusammen? Man missverstehe mich nicht. Sicher sind viele und mächtige Unternehmergruppen an dieser Politik stark interessiert; allein fördert oder wird diese Politik in der Zukunft die Volkswirtschaft im *ganzen* fördern? Wenn einzelne Unternehmer noch so grosse Gewinne daraus ziehen, so ist es dennoch nicht ausgeschlossen, dass der Gesamteffekt dieser Politik, selbst wenn wir von den unheimlichen Folgen des jetzigen Krieges absehen, der doch ebenfalls auf Kosten dieser Politik zu setzen ist, für die deutsche Volkswirtschaft ein negativer bleibt.

Es ist schon beachtenswert, dass die wärmsten Befürworter von «Mitteleuropa» politisch-militärstra-

tegische und fast gar keine wirtschaftlichen Gründe zugunsten dieses Gebildes anführen. So sagt Spiethoff: «Die von Deutschland in den letzten Jahren geführte Auslandpolitik, die aufgenommenen Feindschaften und die gebrachten Opfer mussten als sinnlos erscheinen, wenn nicht gemeinsam mit der Donaumonarchie und dem türkischen Reich jener *Machtkreis* begründet würde, der zur Behauptung gegenüber den Weltmächten nötig ist.» Er möchte, dass der Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht als Geschäft aufgefasst wird. Ebenso Naumann in seiner Schrift: «Mitteleuropa.» Dieser erzählt uns, dass der deutsche Unternehmer zwar die Annäherung an Oesterreich-Ungarn wünsche, als Geschäftsmann aber bisweilen offen sage: Gott behüte mich vor meinen Freunden! «Das letzlich Entscheidende», antwortet ihm darauf Naumann, «ist nicht, welcher Vorteil oder Nachteil diese oder jene Gruppe erhofft oder befürchtet, sondern ob man die *Staatserhaltung der Doppelmonarchie will oder nicht.*» Ob aber ein politisches Bündnis unbedingt durch ein wirtschaftliches Sonderabkommen unterstützt werden soll und kann, ob nicht umgekehrt gerade eine solche wirtschaftliche Vereinigung die politische Freundschaft gefährden müsse, auf diese Frage gibt uns Naumann keine überzeugende Antwort. Er appeliert an den «Geist des Krieges». «Nach dem Kriege kommt dann sehr bald die Alltagsseele wieder aus ihrem Versteck heraus, und mit der Alltagsseele lässt sich Mitteleuropa nicht machen.» Wie kann man aber dann wünschen, dass «Mitteleuropa» als eine dauernde Erscheinung bleibe, wenn es für die «Alltagsseele» unerträglich ist? Heisst es nicht, wichtige wirtschaftliche Interessen einer politischen Wahnidee zu opfern? Wir unsererseits wollen nicht an die

«Kriegsseele» appellieren, sondern die «Logik der wirtschaftlichen Notwendigkeiten» zur Darstellung bringen, von der ausgehend, Prof. Fr. Eulenburg und die meisten anderen Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik zur Ablehnung von «Mitteleuropa» gekommen sind. *)

Naumann, Schmoller und viele andere Befürworter von «Mitteleuropa» berufen sich stets auf das Beispiel des deutschen Zollvereins von 1832. Indes steht dieses Beispiel allein als eine Ausnahme, nicht als eine Regel in der Geschichte. «Der Grund», sagt J. Jastrow, «weswegen in den 20er und 30er Jahren in Deutschland gelang, was an keiner andern Stelle in der Welt gelungen ist, liegt auf der Hand. Der Zustand Deutschlands war objektiv für eine bundesstaatliche Gemeinschaft reif.» Denn damals bedeutete die Schaffung des Zollvereins die Ausdehnung des innern Marktes, der für alle bestehenden Unternehmungen Raum genug bot. Heute lassen sich die Unternehmungen so rasch ausdehnen, dass sie jeden noch so grossen Markt versorgen können. Die unter dem Schutze der Zollmauern entstandenen Betriebe müssen dann untergehen. Dem werden sich aber ihre Besitzer stark widersetzen, und der Sekretär der Brünner Handels- und Gewerbekammer, Regierungsrat Dr. *R. Mayer*, stellte in der Neuen Freien Presse vom 18. Mai 1915 fest, dass in Oesterreich keine massgebende Person daran denke, die Zollgebiete restlos ineinander aufgehen zu lassen. Also bleibt eine Zwischenzolllinie; die Unternehmungen diesseits und jenseits der Linie entwickeln sich, arbeiten für den

*) Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus, sagte Max Weber in der Sitzung des Ausschusses des Vereins f. Sozialp. am 6. April 1916, sind alle mit Eulenburg und Diehl einverstanden.

eigenen Markt und suchen sich auch im bevorzugten Nachbarlande Absatz, d. h. machen den Unternehmern des betreffenden Landes Konkurrenz, vielleicht infolge des Ausfalles an sonstigen Märkten sogar erbitterte, bis aufs Messer gehende Konkurrenz. Und diese soll die politische Freundschaft der Länder festigen?! Wäre man dahin übereingekommen, die Zollgrenzen zwischen den Ländern völlig zu beseitigen, so hätte sich vielleicht mit der Zeit eine Arbeitsteilung herausgebildet, die die Staaten ganz, auch politisch ineinander aufgehen lassen würde. Dies wünscht man indes am allerwenigsten; der geplante Kompromiss aber schadet und nützt gar nichts. Denn die allgemeine Entwicklung dieser Länder hat sie nicht *zu-einander-*, sondern *auseinander* geführt.

Das geht aus der Handelsstatistik deutlich hervor. So war Oesterreich-Ungarn an der Einfuhr Deutschlands 1904 mit 10,7 % und 1913 mit 7,7 %, an dessen Ausfuhr mit 11 % und 10,9 % beteiligt, während umgekehrt Oesterreich-Ungarn zwar im steigenden Masse Waren aus Deutschland erhält, dorthin aber relativ immer weniger an seinen Waren absetzen kann. Von der Einfuhr Oesterreich-Ungarns entfielen auf Deutschland 1904 37,3 % und 1913 40,1 %, von der Ausfuhr 46,0 % und 40,1 %. Dabei est es höchst charakteristisch, dass Oesterreich-Ungarn in erster Linie für seine Fabrikate andere Märkte als Deutschland aufsuchen muss. Gegenüber der mächtigen, vielseitig entwickelten deutschen Industrie ist die Oesterreich-Ungarns nicht konkurrenzfähig. Sie schaut darum nach dem Balkan; ein Bund mit Deutschland wird aber ihr selbst diesen Markt streitig machen. Keine Redensarten von der Abgrenzung des Absatzgebietes auf dem Balkan helfen hier. Ferner arbeitet auch Oesterreich-

Ungarn in steigendem Masse für England und Frankreich, sowie Russland und Italien, die entweder nur Spezialindustrien oder überhaupt wenig entwickelte Industrien haben.

Das gleiche lässt sich auch von Bulgarien sagen. Soweit Bulgarien eine Industrie entwickelt, arbeitet sie für den Balkan oder überhaupt für den Weltmarkt, nicht aber für Deutschland oder Oesterreich-Ungarn.

Die Einfuhr Deutschlands aus Bulgarien stellte sich 1904 auf 0,2% und 1911 auf 0,1% der Gesamteinfuhr; die Ausfuhr dorthin betrug 1904 0,2% und 1911 0,03% der Gesamtausfuhr. Nach der bulgarischen Statistik hat sich die Einfuhr aus Deutschland von 1896/1900 bis 1912 verfünffacht, die Ausfuhr dorthin fast verdreifacht. Betrachtet man aber den Handel Bulgariens auch mit Oesterreich-Ungarn und der Türkei, so ergibt sich, dass dieser in der erwähnten Periode sich in der Einfuhr zwar verdreifacht, in der Ausfuhr aber nur wenig erhöht hat, von 1906/1910 bis 1911 ist die Einfuhr aus diesen Ländern von 57% gar auf 52,2% der Gesamteinfuhr, die Ausfuhr von 46,8% auf 33,9% (hauptsächlich eine Folge der Verminderung der Ausfuhr nach der Türkei von 27,5 auf 15,8%) des Gesamtexports gesunken.

Der Handel Deutschlands mit der Türkei entwickelte sich sehr langsam. Die Einfuhr erhöhte sich von 1904 bis 1913 von 43,4 Millionen auf 74 Millionen Mark und die Ausfuhr von 75,3 auf 98,4 Millionen Mark. Ebenso stieg die Einfuhr Oesterreich-Ungarns aus der Türkei bloss von 44,4 auf 67,7 Millionen Kronen und die Ausfuhr von 91,4 auf 109,3 Millionen Kronen.

Dem gegenüber verbanden sich all diese Länder immer mehr mit den Staaten, mit denen sie jetzt Krieg führen.

Um unsere Darstellung nicht allzusehr zu komplizieren, wollen wir uns nur auf den Handel mit den wichtigsten Ländern beschränken, nämlich auf den mit England, Frankreich, Italien und Russland, mit denen die weitaus grössten Handelsbeziehungen bestehen. Es stellte sich nämlich in Prozenten der Gesamteinfuhr oder Ausfuhr des betreffenden Staates:

	Deutschland				Oesterreich-Ungarn			
	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr		Ausfuhr	
	1904	1913	1904	1913	1904	1913	1904	1913
	%	%	%	%	%	%	%	%
England	14,0	8,1	18,7	14,2	7,6	6,4	8,7	9,7
Frankreich	6,2	5,4	5,2	7,8	3,3	3,3	3,0	2,9
Russland	11,9	13,2	5,9	8,7	5,8	3,5	3,4	3,7
Italien	2,8	3,0	2,7	5,3	5,1	5,0	7,5	7.8
Zusammen	34,9	29,7	32,5	36,0	21,8	19,2	22,6	24,1

Daraus geht hervor, dass die Zentralmächte zwar in ihrer Einfuhr von dem «Vierverband» anscheinend unabhängiger geworden sind, in ihrer Ausfuhr aber immer mehr auf diese angewiesen sind. Dabei muss noch folgendes bemerkt werden: die starke Verminderung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England ist in Werklichkeit bloss darauf zurückzuführen, dass der deutsche Ueberseehandel immer mehr ein direkter wird, d. h. nicht über England geht und so in der Statistik nicht mehr als Handel mit England erscheint. Der eigentliche Handel mit England hat sich wohl nicht schlechter als der Gesamthandel Deutschlands entwickelt. Ferner müsste man, um ein richtigeres Bild zu erhalten, noch Deutschlands Handel mit Belgien und Holland berücksichtigen, die häufig den Handel mit England und Russland vermitteln. An der Gesamteinfuhr Deutschlands war Belgien 1904 mit 3,4% und 1913 mit 3,2% und an der Gesamtausfuhr mit 5,2% und 5,5% beteiligt; für Holland sind die

entsprechenden Zahlen 3,2 und 3,1 %, sowie 7,9 und 9,6 %. Mindestens die Hälfte der Ausfuhr nach Belgien und Holland ging nach England.

Der Handel Deutschlands mit den Ländern, mit denen es sich jetzt im Kriege befindet, stellte sich 1913 (in Millionen Mark:)

	Einfuhr	Ausfuhr
England und Kolonien	2090.7	1849.0
Frankreich » »	664.5	805.1
Marokko	9.7	13.2
Italien	317.6	393.4
Russland und Finnland	1469.8	977.9
Belgien und Kongo	355.1	553.0
Japan	46.6	122.7
Serbien	10.5	19.4
Rumänien	79.8	140.0
Portugal mit Kolonien	43.4	65.9
Aegypten	118.4	43.4
Zusammen	5206.2	4983.0
Ueberhaupt	10770.4	10097.9
In % der Ein- und Ausfuhr	48 %	48 %

Es geht daraus ohne weiteres hervor, dass Deutschland auf den Handel mit diesen Ländern selbstredend nicht verzichten kann.

Für Oesterreich-Ungarn fällt der Handel mit diesen Ländern relativ weniger ins Gewicht; immerhin exportiert es in steigendem Masse gerade nach diesen Ländern seine *Fabrikate*, und dieser Export ist doch für das Wirtschaftsleben ausschlaggebend. Umgekehrt wird die Konkurrenz der deutschen Industrie am meisten gefürchtet, und im grossen und ganzen sind die massgebenden Industriellen Oesterreichs und noch mehr Ungarns *) gegen die Zollannäherung an Deutsch-

*) In Ungarn besteht überhaupt eine starke Strömung für die Schaffung einer Zolllinie zwischen Ungarn und Oesterreich. Unter anderm sprach sich dafür auch der Präsident der ersten ungarischen Gewerbebank, Hofrat *Franz Vas*, in der Frankf. Zeitung vom 25. November 1915 aus. Das Handelsabkommen zwischen Oesterreich und Ungarn ist nun auf 20 Jahre verlängert worden; Einzelheiten darüber sind indes noch nicht bekannt gegeben.

land. Der Korrespondent der Frankfurter Zeitung konstatiert (am 1. Mai 1915), dass die Eisen- und Maschinenindustrie Gegner von «Mitteleuropa», während die Verarbeitungsindustrie dafür eintritt, und ein «sehr mächtiger Bankleiter» in Oesterreich sagte dem Handelsredakteur der gleichen Zeitung, A. Feiler: «Sie können jede Wette eingehen, dass alles schliesslich doch auf einen Handelsvertrag hinausläuft.» (Siehe die Nummer vom 23. Mai 1916.) Anderseits schrieb der Direktor der Deutschen Bank, *A. v. Gwinner*, am 21. Dezember 1915 an die Neue Freie Presse (erschienen am 25. Dezember 1915), dass *«Deutschlands hochentwickelte Industrie nicht vertragen kann, sich durch einseitige Einräumung von Vorzugszöllen an die nächsten Freunde mit der ganzen Welt zu verzanken.»*

So also liegen die Verhältnisse, wenn man sie vom Standpunkte der geschichtlichen Entwicklung betrachtet: die Zentralmächte sind mit der Zeit nicht enger aneinander gewachsen, sondern vielmehr immer weiter auseinander gegangen und haben sich mit dem Weltmarkt verbunden. Denn die Industrie ist den Rahmen des eigenen Staates schon längst entwachsen, sucht und findet überall Verbindungen, die jetzt allerdings zerrissen sind, die aber nach dem Kriege früher oder später wiederum hergestellt werden müssen.

Die wirtschaftlichen Aussichten «Mitteleuropas».

Kann es aber in Zukunft anders werden? Lässt sich durch ein enges wirtschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und den Zentralmächten, Bulgarien und der Türkei

anderseits eine Ersatz für den wegfallenden Weltmarkt schaffen, ja, gar «Mitteleuropa» wirtschaftlich unabhängig machen?

Auf die zahlreichen kulturellen, sozialen und politischen Schwierigkeiten einer wirtschaftlichen Hebung Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und insbesondere der Türkei soll hier gar nicht eingegangen werden. Wir wollen nicht davon sprechen, dass wir hier mit einer sehr verschiedenartigen, teilweise noch analphabetischen oder gar halbzivilisierten Bevölkerung zu tun haben, die unter einem unheimlichen Steuerdruck schmachtet, in Oesterreich-Ungarn und in der Türkei noch in feudalen Verhältnissen lebt, und in der Türkei gar sichtbar ausstirbt. Nur einige allgemeine wirtschaftliche Erwägungen können hier angeführt werden, die auf unangefochtenen und unanfechtbaren Untersuchungen basieren.

Was ein Wirtschaftsbündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn betrifft, so muss man sich zunächst vergegenwärtigen, dass, wie die politischen Verhältnisse heute liegen, die Donaumonarchie wahrscheinlich selber in zwei, drei oder vielleicht gar vier Wirtschaftsgebiete mit eigenen Zolllinien oder eigenen Wirtschaftsgesetzgebung zerfallen wird. Galizien ist schon «autonom» und wird wohl ebenso wie Ungarn danach streben, eine selbständige Industrie zu schaffen. Möglich, dass sich auch noch eine «südslavische autonome Provinz» herausbilden werde. Auf jeden Fall haben wir hier mit starken zentrifugalen wirtschaftlichen Bestrebungen zu tun, die sich heute nicht nur der Bildung einer Zollunion widersetzen, sondern die leicht diese sprengen könnte, falls sie dennoch gebildet würde. Abgesehen davon, hat sich die deutsche Industrie in Oesterreich-Ungarn schon eine solch breite und

feste Position erworben, dass sie selbst von einer Union gar nichts gewinnen könnte. Das ist von Prof. Eulenburg in so überzeugender Weise dargelegt worden, dass niemand es versuchen konnte, seine Ausführungen ernstlich zu bestreiten. Wir geben hier das Resumé seiner Darlegungen, die A. Feiler gemacht hat, wieder. Danach stellen sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wie folgt:

Vor dem Kriege stammte von der Einfuhr Oesterreich-Ungarns an industriellen Rohstoffen, Halb- und Ganzfabrikaten gerade die Hälfte aus Deutschland, nämlich von 2483 Millionen Kronen deren 1246. Und zwar war das Bild für die verschiedenen Industrien folgendes:

	Einfuhr (in Mill. Kronen)		
	überhaupt	aus Deutschland	in Prozent
I. Elektrotechnik . . .	37.4	34.2	92,4
Literatur und Kunst	63.6	57.4	90,2
Brennstoffe	278.9	223.2	80,0
Papierindustrie . . .	53.4	40.3	75,5
Eisenindustrie	85.0	63.4	74,6
Keramische Industr.	33.0	23.3	70,6
Maschinen und Apparate	215.9	144.0	66,8
Leder- und Kautschukindusterie.	188.9	123.7	65,6
II. Chemische Industrie	117.1	70.0	59,8
Holz- u. Schnitzstoffe	67.8	35.7	52,6
Metallverarbeitung.	166.9	85.3	51,0
Edelmetalle	60.1	29.0	48,3
Nahrungsmittelgew.	62.6	19.9	31,8
Mineralien	86.3	24.7	28,6
Textilindustrie . . .	905.5	255.9	28,3
Oele und Harze . .	61.5	16.2	26,3

In gewissen Industriegruppen, wohl fast allen der ersten Reihe, würde danach von weiterer Verdrängung der fremden Konkurrenz selbst bei voller Zollunion kaum die Rede sein können. Von den 956 Millionen Kronen dieser Gesamteinfuhr

liefert Deutschland bereits 711 Millionen, der Rest entfällt vor allem auf Rohstoffe, die Deutschland gar nicht besitzt, oder auf Spezialartikel, für die andere Länder eine gewisse natürliche Ueberlegenheit mitbringen. Bei der zweiten Reihe steht es scheinbar anders, da liefert Deutschland von 1528 Millionen Kronen nur 537. Aber in Wirklichkeit besteht auch da der bei weitem grösste Teil der nicht aus Deutschland stammenden Einfuhr aus unentbehrlichen Rohstoffen, die Deutschland überhaupt nicht liefern kann: von dem gesamten Import der österreichisch-ungarischen Textilindustrie entfallen nicht weniger als 87 Prozent auf Rohstoffe, und auch von dem Import der andern Industrien sind noch mindestens 220 Millionen Kronen Rohstoffe, die Deutschland nicht besitzt, verschiedene Erze und Erden, Chemikalien, Gummi und Harze, vegetabilische Farb- und Gerbstoffe, Drechsler- und Schnitzstoffe usw. Es bleiben dann noch etwa 200 Millionen Kronen fremde Halb- und Ganzfabrikate übrig. Und das sind in der Hauptsache auch wieder Spezialartikel, in denen ein fremdes Land besondere Fertigkeiten besitzt und Deutschland wohl nicht mitkonkurrieren kann, schwer entbehrliche Halbfabrikate zur Weiterverarbeitung oder viel begehrte Luxus-Artikel. Ein Teil dieser ganzen fremden Industrie-Einfuhr ist zollfrei; bei einem andern Teil spielen die Zölle gar keine Rolle. Und die vollständige Ausschaltung jeder fremden Industrieeinfuhr nach Oesterreich-Ungarn ist weder möglich, noch könnte der dortige Verbraucher eine solche Monopolstellung des deutschen Lieferanten wünschen.

Aus dieser Untersuchung Eulenburgs ergibt sich zunächst mit Deutlichkeit das eine, dass nämlich, «soweit *die Verdrängung fremder Konkurrenz in Frage kommt, sich die Vorzugsbehandlung für die deutsche Industrie als eine grosse Illusion erweisen und ihr kaum nennenswerte Vorteile bringen würde.*»

Es bleibt also nur das Moment der *Arbeitsteilung* und der *Intensivierung* des Inlandsmarktes. In der Sitzung des Ausschusses des Vereins für Sozialpolitik vom 6. April 1916 stellte Eulenburg fest, dass «es gar keine Industrie von grossem Belange gibt, in der Oesterreich eine Spezialisation so vornehmen könnte, dass sie durch die blosse Angliederung an uns — nicht an den übrigen Weltmarkt — rentabel würde. Bei uns

sind ja alle Industriezweige hinreichend besetzt und spezialisiert, so dass für die österreichische Industrie dadurch gar kein Platz zuwächst.» Und A. Feiler bestätigt, dass man in den Kreisen der österreichischen Eisen- und Maschinenindustrie befürchtet, dass die Spezialisierung möglicherweise einfach so vor sich gehe, dass die eigentliche Grossindustrie, wie Eisen, Eisenverarbeitung, Maschinen usw. nach Deutschland wandere, während Oesterreich die Arbeit für den Schmuck des Lebens, für Geschmack, Mode, Luxus behielte. Anderseits will die deutsche Eisenindustrie nicht die hohen Zölle, die Oesterreich hat (Fr. Ztg. vom 15. Mai 1915). Eine Vereinigung mit Zwischenzolllinie führt aber gar nicht zur Spezialisation, vermag noch weniger die produktiven und Konsumtionskräfte des Landes zu heben, es sei denn, dass die Zollsätze bedeutend herabgesetzt, die gesamte Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik dieser Länder ganz anders orientiert, nicht mehr in absolutistisch-feudalen, sondern im freiheitlichen Volksinteresse geleitet wird. Da heisst es aber eben damit anfangen, und nicht vom falschen Ende beginnen. Wenn diese Reformen durchgeführt sein werden, wird Oesterreich leicht eine mächtige Industrie entwickeln können, auch wenn, oder richtiger eben dann, falls ein Zollbündnis mit Deutschland nicht eingegangen wäre. Allein die Oesterreicher glauben an diese «Erneuerung Oesterreichs» von sich aus gar nicht. In der Sitzung des Ausschusses des Vereins für Sozialpolitik gab L. Hartmann als Grund an, warum die Oesterreicher die Annäherung an Deutschland wünschen, damit Deutschland Deutsch-Oesterreich in «Entreprise» nehme. Denn ohne dies geht die Sache nicht. So pessimistisch sind wir Aussenstehenden denn doch nicht...

Dass Bulgarien, selbst wenn es nach diesem Kriege etwas vergrössert hervortreten sollte, einen irgendwelchen nennenswerten Markt in der nahen Zukunft für Deutschland bieten wird, ist natürlich nicht anzunehmen. Deutschland exportierte dorthin 1913 für 30,3 Millionen Mark Waren; Oesterreich-Ungarn für 29,8 Millionen Kronen. Die Oesterreicher sind schon stark beunruhigt, dass Deutschland ihnen den bulgarischen Markt streitig machen wird. *) Daraus geht schon hervor, dass sich der Markt Bulgariens im allgemeinen recht wenig ausdehnungsfähig zeigt, wenn der deutsche Absatz auf Kosten des österreichischen vor sich geht. Im allgemeinen wird sich später einmal Bulgarien sicherlich zu einem kräftigen Lande entwickeln und einen bedeutenden Markt darstellen; vorläufig ist es aber mit Schulden und Steuern stark überlastet, und unter den Wirkungen dieses Krieges wird es noch sehr, sehr lange zu leiden haben.

Noch weniger günstig sind die Aussichten auf einen Export nach der Türkei. Selbst solche «Türkophilen» wie *R. Junge* halten es für notwendig, vor allzu grossen Illusionen in dieser Beziehung zu warnen. So schreibt R. Junge in der Frankfurter Zeitung vom Juni 1916:

Besonders wenig geklärt und zum Teil phantastisch sind die Erwartungen, welche in manchen Kreisen an den *deutschen Export von Industieprodukten nach der Türkei* geknüpft werden. Wenn man die Dinge jedoch nur einigermassen eingehender hetrachtet, so muss sofort bereits das eine klar werden, dass die heutige noch so schwache türkische Wirtschaft vorläufig *überhaupt gar nicht kaufkräftig* genug für einen für *deutsche Verhältnisse wirklich ganz grossen deutschen Export sein kann,* obwohl natürlich auch hier absolut genommen schon ganz erhebliche Beträge alsbald erreicht werden können. Dazu kommt aber zweitens noch, dass wir Deutschen der Türkei

*) Balkan und naher Orient, 14 Vorträge, herausgegeben von Dr. L. C'Wiklinski, Wien und Leipzig, 1916, S. 74.

nach dem *Kriege kein allgemeinwirtschaftliches Monopol, keine sozusagen deutsche Herrschaft oder Bevormundung aufdrängen können und nach den Prinzipien,* die unser ganzes Verhältnis zur Türkei bestimmen, auch niemals wollen. Wir wollen der Türkei beistehen, türkisch zu werden, nicht deutsch und auch nicht erzwungenerweise rein deutsch-türkisch. Wir werden erst später durch unsere Tüchtigkeit und durch die natürliche Notwendigkeit unseres politischen Bundes vielleicht auch eine gegenseitig gänzlich geschlossene, von feindlichen Mächten völlig unabhängige Friedensversorgung erreichen können.(?) Vorläufig jedoch wird noch nicht einmal die ganze, heute wie gesagt noch für unsere Verhältnisse geringe Kaufkraft der Türkei uns zugute kommen. Wir gelangen so zu einem weiteren Leitsatz unserer Untersuchungen, dessen allgemeine Beherzigung unserer Wirtschaft vor verfehlten, das deutsche Volksvermögen unnütz schädigenden Spekulationen bewahren möge, nämlich dem, dass *die Türkei uns in absehbarer Zeit keinen irgendwie genügenden Ersatz für die Gesamtheit etwa verlorener grosser Absatzgebiete gewähren kann, und dass in jedem Falle auch unser Export in die Türkei einen Wechsel auf langes Ziel darstellt.*

R. Junge drückt sich natürlich sehr vorsichtig aus, wenn er davon spricht, dass die Türkei keinen Ersatz für die Gesamtheit etwa verlorener grosser Absatzgebiete gewähren kann. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Ein Land mit einer bettelarmen, halbwilden, versklavten und aussterbenden Bevölkerung kann selbstverständlich nicht einen eventuellen Ausfall an Absatz nach Kulturländern ersetzen. Nach der Türkei mit etwa 17 Millionen Einwohnern führte Deutschland 1913 für 87,5 Millionen fertige Waren aus, nach der Schweiz mit weniger als 4 Millionen Einwohnern für 338,4 Millionen, nach Belgien für 277,7 Millionen Markt aus. Im letzten Jahrzehnt hat sich die deutsche Ausfuhr nach der Türkei bloss um 23,1 Millionen Mark oder um 30,7 % erhöht, die nach der Schweiz ist aber um 216,3 Millionen Mark oder um

67,6 %, die nach Frankreich um 516 Millionen oder um 188 % gestiegen... Irgend einen Vergleich mit Kulturländern hält die Türkei natürlich nicht aus. Es ist vielmehr überhaupt recht zweifelhaft, ob und inwieweit sich die Türkei werde entwickeln können. Auf jeden Fall wird sie insbesondere für die hochqualifizierten Waren Deutschlands noch lange nicht einen bedeutenden Absatzmarkt bieten können.

Ueber den wirtschaftlichen Wettbewerb in der Türkei vor dem Kriege schreibt K. Wiedenfeld im schon mehrfach angeführten Sammelwerke des Vereins für Sozialpolitik:

«In den derben Bauernwollwaren, den sogenannten Manchestergoods, steht in der Türkei England scharf im Vordergrund; daneben kommt noch Italien und etwas auch Holland in Betracht, während Deutschland völlig ausfällt. Erst bei feineren und gut gefärbten Geweben, bei denen der Wert zum grossen Teil in der wechselnden Bemusterung liegt, rückt Deutschland mit einem gewissen Uebergewicht in den Wettbewerb ein. Ebenso nehmen wir mit den wertvollen Wollgeweben in der türkischen Einfuhr eine wichtige Stellung ein, welche die Position Englands und auch Oesterreichs wohl überragen dürfte. Bei Eisenwaren steht jetzt Deutschland insoweit an erster Stelle als die Lieferung von Eisenbahnmaterial in Betracht kommt; im übrigen aber beherrscht *Belgien* im wesentlichen den türkischen Markt... Zucker endlich kommt nur zum geringen Teil aus Deutschland; Oesterreich und Russland sind schon durch ihre geographische Lage frachtlich günstig gestellt, wie auch Russland den grössten Teil der Mehleinfuhr aus eben diesem Grunde und unterstützt durch die Geringwertigkeit dieser Qualitäten zu liefern pflegt.»

Wir stossen hier auf die gleiche Erscheinung, der wir schon bei der Behandlung der Kolonialfrage begegnet sind, nämlich dass sich ein Differenzierungsprozess herausgebildet hat, dass Deutschland nur bestimmte Warensorten nach solchen Ländern liefert, auf den anderen Gebieten aber das Feld räumt. Dass die ein-

zelnen Kaufleute damit unzufrieden sind, ist richtig; für die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen ist aber dieser Differenzierungsprozess von grossem Nutzen gewesen. Sollte Deutschland aber nach dem Kriege danach streben, den gesamten Bedarf der Türkei an fremden Waren zu decken, also auch Ware niedriger Gattung zu liefern, so würde es für Deutschland sicherlich keinen Fortschritt, sondern vielmehr einen verhängnisvollen Rückfall bedeuten. Deutschlands industrielle Grösse basiert eben auf Qualitätsarbeit. Soll Deutschland in der Zukunft andere Wege einschlagen? Aber gerade für Qualitätswaren kann man den Markt in Kulturländern nicht entbehren. Das erklärt uns, warum die deutsche Geschäftswelt «Mitteleuropa» recht kühl gegenübersteht. Schrieb doch der Generaldirektor eines der bedeutendsten Montanunternehmen Deutschlands, der «Phönix», *W. Benkenberg*, in der «Neuen Freien Presse» vom 23. April 1916, dass kein Anlass vorhanden sei, übereilt ein Wirtschaftsbündnis zu schliessen. Denn «beide Teile würden Opfer bringen, ohne dass etwas Wesentliches erreicht wäre, ausser einer Verärgerung der übrigen Absatzländer, die wieder geeignet ist, unangenehme Rückwirkungen bei den nächsten Zollverhandlungen hervorzurufen . . .» Was Bulgarien und die Türkei betrifft, so, meint er, werden sie «auf *Jahrzehnte hinaus nur einen beschränkten Markt für Industrieerzeugnisse bieten*», d. h. diese Märkte kann man heute kaum in die Rechnung stellen. So urteilen Praktiker. Deshalb hatte der preussische Handelsminister Sydow sicherlich Recht, als er im Abgeordnetenhause am 19. Februar 1916 sagte, dass die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn so geführt werden müssen,

„*dass dadurch unserem Handel und unserer Industrie nach*

dem Kriege der Verkehr mit den Neutralen und mit den uns jetzt noch feindlichen Staaten nicht erschwert wird. Wir werden für unsere Industrie und unsern Handel den Weltmarkt nicht entbehren können."

Der Krieg hat bei vielen Menschen selbst Ereignisse der letzten Jahre aus dem Gedächtnis verschwinden lassen. Und doch ist es gerade nicht überflüssig daran zu erinnern, dass vor dem Kriege zwischen den deutschen und österreichischen Kaufleuten auf dem Balkan ein sehr heftiger Konkurrenzkampf getobt hat. Im Sammelwerke «Die Balkanfrage», das kurz vor dem Kriegsausbruch bei Dunker und Humblot erschienen ist, erzählt *Dr. W. Bajkitsch* darüber manches recht Interessante. Er führt als Beweis für den scharfen Wettbewerb zwischen Deutschland und Oesterreich auf dem Balkan die Angriffe des Handelsagenten O. Kessler und der «Vossischen Zeitung» gegen Oesterreich an, erwähnt die Affäre mit dem deutschen Konsul in Belgrad, der dort den deutschen Handel unterstützte und dafür seinen Posten einbüsste u. a. m. Es ist auch ganz natürlich, dass der einzelne deutsche Kaufmann oder Industrielle sich nicht aus politischen Rücksichten werde das Geschäft nehmen lassen. Ob dieser Wettbewerb im allgemeinen Interesse geboten ist oder nicht, was kann das den Betreffenden kümmern. Nun stelle man sich jetzt die Sache vor, wenn beide Mächte so oder so auf «Mitteleuropa» beschränkt sind. Welch heftiger Konkurrenzkampf um den engen Markt dann erst ausbrechen müsse! Sicherlich wird darob jede politische Freundschaft in die Brüche gehen. Wahrhaftig einen schlechten Dienst erweist man den Zentralmächten, wenn man beide wirtschaftlich zusammenbinden will!...

Mit der «mitteleuropäischen» Idee werden noch allerhand andere Illusionen verbunden. So wird be-

hauptet (auch Junge), dass «Mitteleuropa» die Zentralmächte wirtschaftlich unabhängig machen könnte. Dass es heute, wenn «Mitteleuropa» faktisch besteht, nicht der Fall ist, ist allgemein bekannt : niemand wird doch behaupten, dass «Mitteleuropa», oder der Vierbund, ohne Not den Weltkrieg durchhalten kann. Vielleicht könnte es aber in der Zukunft anders werden? Dies glaubt kein Geringerer als Junge.

In dem schon angeführten Sammelwerke des Vereins für Sozialpolitik sagt über die Aussichten der *Getreideversorgung* aus eigenem Boden ein warmer Advokat «Mitteleuropas», *Spiethoff*, folgendes:

Die landwirtschaftliche Ausfuhr Oesterreich-Ungarns genügt entfernt nicht dem deutschen Einfuhrbedarf, und *dies bleibt bestehen, auch wenn der Zollverband im Balkan- und kleinasiatischen Gebiet vergrössert würde.* Das gilt wohl für alle absehbare Zeit, denn in dem Masse, wie die landwirtschaftliche Ueberschusserzeugung dieser Gebiete wächst, nimmt auch die Bevölkerung und der Verbrauch auf den Kopf in den Bedarfsgebieten zu.

Er folgert daraus, dass die innern Marktpreise auch in der Zukunft auf der Grundlage der zum *höchsten* Zoll eingeführten Teilmenge gebildet werden.

Und Professor J. Esslen meint im selben Sammelwerk, dass die deutschen Landwirte eine Konkurrenz Oesterreich-Ungarns gar nicht zu befürchten haben. Denn,

wenn die österreichisch-ungarische Landwirtschaft überhaupt ihre Getreideerzeugung in absehbarer Zukunft so wird vermehren können, dass sie davon wieder beträchtliche Mengen nach dem Deutschen Reiche auszuführen vermag, so wird es jedenfals nicht zu Preisen geschehen, die irgendwie hinter den deutschen zurückstehen. Hat doch neuerdings Wien Brotgetreidepreise, die hinter denen von München oder Berlin nicht zurückbleiben, sondern sie sogar in manchen Jahren übertreffen.

So standen die Weizenpreise 1909 bis 1913 in Berlin auf 211, in München auf 226 und in Wien auf 223 Mark pro Tonne.

Sogar der Budapester Weizenpreis, der sich im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1908 um 25 Mark unter dem Berliner Durchschnitt gehalten hatte, näherte sich diesem 1909 bis 1913 bis auf 4 Mark an.... Tatsächlich ist denn auch an die Stelle der überwiegenden Einfuhr an Brotgetreide aus Oesterreich-Ungarn in den letzten Jahren eine *überwiegende Ausfuhr dorthin aus dem Deutschen Reiche* getreten, begünstigt durch die bei der Ausfuhr gewährten deutschen Einfuhrscheine.

Esslen geht dann noch auf die Frage ein, inwieweit sich die Ernteerträge in Oesterreich-Ungarn heben lassen, und kommt auch in dieser Hinsicht zu recht pessimistischen Schlussfolgerungen. Er verweist auf die ungünstige Agrarverfassung, die dort noch halbfeudalen Charakter trägt, auf die mangelhafte Volksbildung (16,5 Prozent der über 10 Jahre alten Bevölkerung Oesterreichs konnte weder lesen noch schreiben); falls diese Momente schliesslich überwunden werden sollten, was naturgemäss sehr langer Zeit bedarf, müsse sich aber gleichzeitig auch der Bedarf der Bevölkerung vergrössern, der heute, insbesondere in Galizien und Ungarn, sehr gering ist. «Die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter in Ungarn, Galizien usw. ist heute höchst elend.» Schliesslich meint er, dass die klimatischen Verhältnisse einer Ertragssteigerung in Ungarn im Wege stehen. So kommt er zum Ergebnis, *«dass der handelspolitische Anschluss Oesterreich-Ungarns keine Verbilligung und keine Sicherung unserer Volksernährung herbeizuführen geeignet wäre».*

Dass die Hinzuziehung Bulgariens nicht viel an dieser Lage der Dinge ändern kann, liegt auf der Hand. Grosse Hoffnungen werden hingegen auf die Türkei gesetzt. Einmal glaubt man, dass die Türkei ein Kolonisationsgebiet darstelle; anderseits erhofft man, dass sie vielleicht gar zur Kornkammer Zentraleuropas werden könnte. In beider Hinsicht wird man schweren En-

täuschungen erleben. Die wirklich guten Kenner der Türkei urteilen in dieser Beziehung ganz anders. Professor *D. A. Philippson*, der bekannte Geograph, der noch kurz vor dem Kriege eine Forschungsreise durch die Türkei vorgenommen hatte, schrieb im «Berliner Tageblatt» vom 29. Juni 1916 anlässlich der Frage, ob man die Ostjuden in der Türkei ansiedeln kann:

Die Türkei hat einen Flächeninhalt von 1,8 Millionen Quadratkilometern, ist also dreimal so gross wie das deutsche Reich und hat nur 21 Millionen Einwohner, also weniger als ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands. Während in diesem jetzt 120 Einwohner auf einen Quadratkilometer kommen, so in der Türkei nur 12. Wer aber daraus schliessen möchte, dass in der Türkei noch Platz für unermessliche Scharen von Menschen sei, begeht einen grossen Fehler. Denn nicht die Fläche allein ist massgebend für die Volkszahl, die in einem Lande leben kann, sondern auch die Beschaffenheit des Bodens und die wirtschaftliche Entwicklungsstufe des Landes. Zunächst ist zu bedenken, dass die grosse Volksdichte in Deutschland und den andern westeuropäischen Kulturländern erst die Folge der modernen industriellen Entwicklung ist, die für die Türkei noch für lange nicht in Betracht kommt. Noch vor hundert Jahren wohnten in Deutschland kaum über 50 Menschen auf den Quadratkilometer! In der Türkei haben wir für unsere Frage zunächst Arabien aus natürlichen und politischen Gründen ganz auszuschalten. Es bleiben 1,3 Millionen Quadratkilometer, 20 Millionen Einwohner (15 auf ein Quadratkilometer).

Dieses Gebiet aber zerfällt in zwei Teile mit ganz verschiedenen Siedelungsbedingungen. In dem einen Teil ist der *Ackerbau ohne künstliche Bewässerung* möglich. Dieses Gebiet umfasst die nördlichen, westlichen Teile Kleinasiens und den grössten Teil Syriens. Es sind etwa 400,000 Quadratkilometer mit rund zwölf Millionen Einwohner. Grosse Teile dieser Länder sind von unfruchtbaren, zum Teil wilden Gebirgen erfüllt. Die Volksdichte, dreissig Einwohner auf ein Quadratkilometer, entspricht ungefähr derjenigen von Palästina, überhaupt, wie wir gesehen haben, derjenigen ähnlicher Mittelmeerländer, d. h. diese Teile der Türkei sind im grossen und ganzen bereits so dicht bevölkert, als es ihrer Ernährungsmöglichkeit bei dem

heutigen Wirtschaftszustande entspricht. Es ist ausgeschlossen, dass in diesen Ländern eine so dichte ackerbauende Bevölkerung leben könnte wie in Deutschland vor hundert Jahren. Das verbietet die geringe Ausdehnung des anbaufähigen Bodens, welche die Folge sowohl der gebirgigen Natur und als des Mittelmeerklimas ist, welches letztere eine ausgibige Verwitterung verhindert; in Deutschland dagegen ist die Hälfte des Bodens angebaut! Fast alle besseren Böden in diesen Teilen der Türkei sind schon in Kultur und in festen Händen. Wohl gibt es noch anbaufähigen Boden, der noch brach liegt oder nur als Weide benutzt wird, aber er ist meist minderwertig, und er ist in zahllose Flecken zerstreut, bildet keine grössern zusammenhängende Flächen. Wenn er auch vielleicht noch einige Millionen Menschen mehr ernähren könnte, so ist es doch im Zeitraume einiger Jahre nicht möglich, diese zahllosen Parzellen ausfindig zu machen, anzukaufen und mit fremden Einwanderern zu besiedeln; das geht eben nur, wenn grössere zusammenhängende Flächen für die Ansiedlung grösserer Gruppen zur Verfügung stehen. Auch kann sich durch Verbesserung der Wirtschaftsmethoden die Bevölkerung noch verdichten; aber das kann nur durch allmähliche, viele Jahrzehnte beanspruchende Entwicklung von Innen heraus geschehen, durch kulturelle Hebung der ganzen Bevölkerung, bessere Verkehrswege, politische Reformen usw., es ist aber unmöglich zu erreichen durch kurzfristige Verpflanzung ungeübter Leute aus der Fremde, die selbst erst lernen sollen, in die unvollkommenen, äusserst schwierigen und dabei sehr konservativen wirtschaftlichen Verhältnisse des Orients hinein.

Der zweite, grössere Teil der Türkei besteht aus Gebieten, wo, mit Ausnahme einiger feuchterer Gebirge, der Ackerbau infolge zu geringer Regen nur *durch künstliche Bewässerung* möglich ist; es sind Landschaften der grossen Wüsten- und Steppenregion. Dazu gehören das Innere von Kleinasien und Armenien, Teile Syriens und fast ganz Mesopotamien; zusammen etwa 900,000 Quadratkilometer mit nur 8 Millionen Einwohnern, also nur 9 Einwohnern auf einen Quadratkilometer. Hier ist naturgemäss das anbaufähige Land noch viel beschränkter, und ungefähr alles Land, das mit den heutigen Bewässerungsanlagen in ihrem gegenwärtigen Zustand bewässert werden kann, wird auch angebaut. Nur in Armenien dürfte eine gewisse Menschenleere bestehen. Dieses Hochland mit

seinen sehr kalten Wintern, mässig heissen Sommern, ähnelt in seinen Temperaturverhältnissen dem westlichen Russland; hier wäre die Natur des Landes wohl noch am ehesten geeignet für die Ansiedlung russisch-polnischer Juden. Aber dem steht die Verschlossenheit des Landes für den Verkehr, der Mangel an Strassen und Eisenbahnen, vor allem aber die politische Unsicherheit entgegen.

Im Innern Kleinasiens kann das bewässerte Land hier und da noch weiter ausgedehnt werden, wie es zum Beispiel bei Konia durch die anatolische Bahn neuerdings geschehen ist. Aber im ganzen dürfte dort durch kostspielige neue Bewässerungsanlagen der Steppe doch nur Ansiedlungsraum für eine bescheidene Anzahl Menschen abgewonnen werden können, die für die Millionen osteuropäischer Juden nicht ins Gewicht fällt. Wasser und anbaufähiger Boden finden sich dort eben nur in beschränkter Ausdehnung zusammen.

Etwas mehr liegt diese Möglichkeit, durch neue Bewässerungsanlagen neue Anbauflächen zu gewinnen, in Obermesopotamien längs der Flüsse vor. Vor allem aber in Untermesopotamien, dem Irak, dem alten *Babylonien.* Dort wartet eine ungemein fruchtbare Schwemmlandsebene von der Grösse etwa von Bayern und Württemberg zusammen, die im Altertum und in der Kalifenzeit eine dichtgedrängte, hoch kultivierte Bevölkerung trug, jetzt aber fast ganz, teils von trockenen Steppen, teils von Sümpfen eingenommen ist, der Wiederbelebung durch *Erneuerung der Wasserbauten.*

Es ist nicht zu leugnen, dass hier, wenn die grossartigen Bewässerungsanlagen, wie sie besonders *Willcox* vorgeschlagen hat, fertig ausgeführt sind, eine Bevölkerung von mehreren Millionen Seelen in Wohlstand wird leben können. Aber... erstens bilden die Wasserbauten, welche die Ebenen Babyloniens wieder anbaufähig machen sollen, ein ungeheures Werk, weit schwieriger als die Berieselung Aegyptens, und erfordern solche gewaltige Kapitalien, dass man sich vergeblich fragen muss, woher diese Kapitalien nach dem furchtbaren Weltkrieg kommen sollen. Auf alle Fälle wird das Riesenwerk lange Jahre bis zur Vollendung erfordern...

Noch schlimmer ist es, dass das *Klima* Babyloniens eine Ansiedelung von Ackerbauern, *die an ein nördliches Klima gewöhnt sind, überhaupt nicht erlaubt.* Ganz Mesopotamien gehört zu den *sommerheissesten Ländern der Erde!* Die Mitteltempera-

tur des Juli ist 34 Grad (in Warschau 18,8 Grad) und übertrifft die Mitteltemperatur des Juli in Syrien und Kleinasien (etwa 27 Grad), die doch auch schon hoch genug ist, und zwar höher als die Mitteltemperatur der meisten Tropengegenden, um 7 Grad, die des hochgelegenen Jerusalem (23 Grad) sogar um 11 Grad! Temperaturen von 50 Grad Celsius im Schatten, die höchsten Temperaturen, die überhaupt auf der Erde vorkommen sind keine Seltenheit, während in den Mittelmeerländern 40 Grad als Höchsttemperatur meist nicht erreicht wird. Man nehme dazu die starke Feuchtigkeit, die sich aus den Bewässerungsanlagen entwickeln wird — dann kommt man zu dem Schluss, dass nordische Menschen es sehr schwer dort im Sommer aushalten werden, dass es aber undenkbar ist, dass sie dabei Landarbeiten verrichten sollen... Diese klimatischen Bedenken treffen nicht nur auf Babylonien, sondern auch auf Obermesopotamien zu.

Mir scheint überhaupt, die Frage, woher man geeignete Ansiedler bekommen soll, die grösste Schwierigkeit zu sein, die der Wiederbelebung Babyloniens entgegensteht. Es werden nur solche Leute dafür geeignet sein, die an ein derartiges Klima akklimatisiert sind; die einheimische Bevölkerung aber ist zu geringzählig, um in kürzerer Zeit durch Vermehrung die nötige Zahl von Ansiedlern für das Neuland stellen zu können. Es kämen dann nur noch Ansiedler aus Oberägypten und Nordindien in Betracht, Ländern mit ähnlichen Sommertemperaturen wie Mesopotamien.

Dass die Kolonisierung der asiatischen Türkei durch Europäer so gut wie unmöglich ist, beweist der Misserfolg der jüdischen, mit grossen Geldmitteln unternommenen Kolonisation Palästinas. Wie aus den Angaben Dr. L. Schulmanns («Zur türkischen Agrarfrage, Weimar 1915, S. 76») hervorgeht, sank die Rentabilität der jüdischen Kolonien in den letzten Jahren vor dem Kriege rasch und sehr bedeutend, so dass es schwer fällt, die gegründeten Kolonien aufrechtzuerhalten.

Ueber den Ackerbau in der Türkei schreibt noch *E. Banse*, der bekannte Orientforscher, in der «Deutschen Rundschau» (November 1916) wie folgt:

Der Ackerbau in der Türkei unterscheidet sich, infolge seiner völlig anderen *klimatischen Bedingungen,* nach Betrieb und Aussichten durchaus von demjenigen unserer Breiten. In Mitteleuropa erledigt sich die ländliche Arbeit durch Säen (Düngen) und Ernten, zwei ziemlich voneinander getrennte Tätigkeiten, zwischen denen der Bauer die Befruchtung der Ernte durch die meist regelmässig einsetzenden Regen abwartet. In der Türkei dagegen schiebt sich zwischen die beiden Phasen des Vorbereitens und des Vollendens noch eine dritte, und das ist die *an Arbeit mühsamste, an Enttäuschungen reichste,* nämlich die künstliche Bewässerung zum Ersatz der gewöhnlich fehlenden Niederschläge. Dabei ist es, wenigstens in den bergigen Strichen, durchaus nicht eine an sich zu geringe Menge der Regenmassen, deren Lücke ausgefüllt werden muss, sondern der Fehler liegt in der ungünstigen Verteilung der Niederschläge über das Jahr. Die Durchfeuchtung des Bodens tritt in einer fest abgegrenzten Regenperiode ein, im Winter oder Frühling, wenn die Saat noch sehr jung oder überhaupt noch nicht gelegt ist — die nun folgenden Monate des Wachsens und Reifens aber fallen unglücklicherweise mit der Trockenzeit zusammen, während deren nur in wenigen Teilen der nördlichen Türkei (Lasistan) und in Gebirgstälern des schon tropischen Yemen Wasser in die Krume kommt.»

«Ist der orientalische Bauer dem unsern gegenüber schon durch die Notwendigkeit der künstlichen Bewässerung im Nachteil, so treten ihm noch mancherlei andere Hindernisse in den Weg. An Dung fehlt es fast vollkommen, da Viehzucht grösseren Massstabes nur in Gebieten betrieben wird, die fern von der Scholle liegen. Einer Erschöpfung des Bodens sucht man durch öftere Brache entgegen zu wirken, zur Beschaffung künstlicher Düngmittel fehlt es an Geld. Eine gefährliche Plage des Landmanns sind, ausser den besonders im Norden gefürchteten Dürreperioden, die Heuschrecken, deren Millionenschwärme alljährlich weite Länderstrecken durch Abfressen der Saat heimsuchen. Dass sie haufenweise gesammelt und verzehrt werden, ist schliesslich nur ein magerer Ersatz für die von ihnen verursachten Verluste.»

Banse weist dann darauf hin, dass die europäischen Ackergeräte für die dortigen Verhältnisse unpassend

sind. Die europäischen Pfluge reissen den sandigen Oasenboden so tief auf, dass die versalzte Unterschicht zu Tage kommt und die Kulturen verkümmern. Ferner schildert er die Schwierigkeiten der Bodenbestellung in den Tälern, wo weitgehende Anlagen zur Entsumpfung notwendig sind. Auch die Gefahr der Trockenversandung und Versalzung droht den Flussebenen, was man besonders bei der babylonischen Tiefebene mit ihrem manchmal wüstenhaften Aspekt beobachten kann.

Speziell über die Aussichten der Bewässerungsanlagen schreibt Banse in seinem grossen Werke: «Die Türkei», Braunschweig 1915, Seite 290, wie folgt:

«Leider hat die kritiklose Uebertragung und Auffassung alter Schriften in den vergangenen achtziger Jahren dazu geführt, die Grösse der anbaufähigen Ländereien Babyloniens masslos zu überschätzen. Man hatte den Flächeninhalt des Alluviums auf 245,000 Quadratkilometer berechnet, von denen 120,000 Quadratkilometer bebaubar seien und jährlich Ernten im Werte von 2 Milliarden Mark ergeben müssten. Man übersah aber völlig, dass das ganze Alluvialgebiet tatsächlich überhaupt höchstens 100,000 Quadratkilometer gross ist, und hatte aus Versehen das gesamte Areal des benachbarten Zagrosgebirges mitgerechnet. In Wirklichkeit dürften im Irak niemals mehr als 20,000 bis 25,000 Quadratkilometer Ackerland gewesen sein. Diese schweren Irrtümer waren, soviel ich weiss, der Hauptanlass, dass von deutscher kapitalistischer Seite an die Ausführung der Bagdadbahn herangetreten wurde, welche eines jener vorderasiatischen Eisenbahnprojekte ist, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auftauchten. Leider beeinflussten sie die öffentliche Meinung in dem Sinne, dass diese mit überschwenglichen Erwartungen an ein Unternehmen herantritt, welches zwar durchaus gesund ist, das aber der Natur jener Länder nach nicht geeignet erscheint, übertriebene Hoffnungen zu erfüllen. Haben doch die sorgfältigen Untersuchungen des englischen Wasserbauingenieurs Willcoxs in den letzten Jahren dargetan, dass auf länger hinaus an die ackerbauliche Erweckung von mehr als 14,000 Quadratkilometer nicht zu denken ist.»

Dass die Lage der türkischen Bauern heute überaus schlecht ist, ist allgemein bekannt, wenn man sich auch die Tiefe des Elends nicht leicht vorstellt, in dem die türkischen Fellachen versunken sind. Auf der allgemeinen feudalen Grundlage erhebt sich ein militärkapitalistisches Gebäude und drückt den ausgesogenen Bauer zu Boden. Alle Kenner der Türkei sind einer Meinung, dass ohne eine gründliche soziale Reform, eine Bauernbefreiung und einen weitgehenden Umbau des Steuersystems, das heute fast ausschliesslich auf den Ertrag der bäuerlichen Arbeit basiert, ein wirtschaftliches Fortschreiten der Türkei nicht denkbar ist. Ist es aber zu hoffen, dass die Türkei gerade nach diesem verheerenden Krieg diese Roformen durchführen wird?

In seinem schon erwähnten, sehr instruktiven Aufsatze zeigt K. Wiedenfeld die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Erneuerung der Türkei und meint dabei, dass das Osmanenreich überhaupt weder staatlich noch wirtschaftlich zu anderen als zu Realsteuern (d. h. in der Hauptsache Grundsteuern) reif ist.

Ferner berührt K. Wiedenfeld die Frage der persönlichen Sicherheit, die Grundlage der Wirtschaft. Bekanntlich liessen vor dem Kriege die Verhältnisse in der Türkei gerade in dieser Beziehung vieles zu wünschen übrig. Wiedenfeld meint:

> Jetzt ist dort (in der Asiatischen Türkei) das wirtschaftliche Leben zum grossen Teil gerade für die landwirtschaftliche Bevölkerung ins völlig Ungewisse gestellt. Sie weiss nie, inwieweit sie wird ernten können, was sie gesät hat. Mehr zu säen, als dem notwendigsten Bedürfnis entspricht, und dadurch etwa Gelegenheit zu Ersparnissen zu bekommen, ist für sie geradezu gefährlich.... Hierin Abhilfe zu schaffen, wird der Türkei in Zukunft durch die Eisenbahnen ganz wesentlich erleichtert werden.

Sicher, aber die Bahnen kommen ja nicht von heute auf morgen. Schliesslich sind die Bahnen auch kein Allheilmittel.

«Auf absehbare Zeit», sagt Wiedenfeld weiterhin, «wird wohl nicht daran gedacht werden können, die räuberischen Nomadenstämme etwa durch Sesshaftmachung von ihrem Handwerk abzubringen. Das würde eine völlige Entwaffnung zur ersten Voraussetzung haben und ausserdem eine so tiefgehende Umwälzung im Gefühlsleben der betreffenden Bevölkerung bedeuten, dass der Uebergang zu neuen Wirtschaftsformen, wenn überhaupt, so jedenfalls nur ausserordentlich langsam sich vollziehen kann. Das Verlockende einer wirtschaftlichen Besserstellung, wie sie durch die Eisenbahn in Aussicht genommen werden kann, darf nach dieser Richtung nicht überschätzt werden....»

Schliesslich behandelt Wiedenfeld noch den wundesten Punkt der ganzen Frage — den Mangel an Arbeitskräften. Die Bevölkerung der Türkei nimmt zusehends ab, ist, insbesondere in Kleinasien, stark verseucht.

Der Menschheitsseuche, der Syphilis, hier Herr zu werden, ist eine wahre Herkulesarbeit und jedenfalls so lange eine kaum lösbare Aufgabe, als nicht ein dichteres Eisenbahnnetz die wirksamsten modernen Heilmethoden auszubreiten erlaubt.

Dass die Verhältnisse nach diesem blutigen Kriege besser werden, wird auch ein Optimist nicht leicht behaupten wollen. Auf jeden Fall hat sicherlich R. Junge Recht, wenn er sagt, dass die Türkei Deutschland «wahrscheinlich niemals, oder doch auf lange Zeit hinaus nicht mit wirklich grossen Mengen von Brotgetreide» werde versorgen können (Frankf. Ztg. vom 4. Juni 1916).

Ueber die Aussichten des Bergbaues in der Türkei urteilt Banse im schon erwähnten Aufsatze in der «Deutschen Rundschau» wie folgt:

«Im Bergland des Nordens», sagt er, «wo Störungen mannigfacher Art die Eingeweide der Erdrinde aufgewühlt

und blossgestellt haben, ist der Mineralreichtum grösser als im glatteren Süden, dessen Gesteinschichten auf weite Strecken gleich bleiben. Aber man muss, gegenüber manchen oberflächlichen Darstellungen, betonen, dass es den Anschein hat, als ob der Bergbau in keinem einzigen Teile der Türkei Aussicht hat, jemals eine ausserordentliche Bedeutung zu erlangen. Erstaunliche Ueberraschungen sind in so alten Kulturländern, die schon in der Vorzeit Bergbau trieben und manche Fundstelle längst erschöpft haben, nicht leicht zu erwarten. Doch ist nicht zu leugnen, dass durch Anwendung wissenschaftlicher Förderungsweise und durch Transporterleichterungen mit Bahnen manchenorts noch schöne Gewinne erzielt werden können. Die grösste Mannigfaltigkeit an Mineralien besitzt das Ostpontische Waldland, doch scheinen diese Vorkommen nirgends bedeutend zu sein....»

«Empfindlicher als der geringe Reichtum all dieser Vorkommen ist zweifellos der unbefriedigende Besitz an beiden mannigfachen Rohprodukten der modernen Technik, dem täglichen Brot unserer Zivilisation — an Kohle und Eisen. Nur an drei Stellen des weiten Reiches wird Steinkohle abgebaut, und bloss an einer einzigen ist die gewonnene Menge von mehr als lokalem Belang. Dies ist das an Kreidegebirge gebundene Kohlenlager von Eregli und Songuldak in Paphlagonien, dessen Jahresausfuhr sich auf 800,000 Tonnen beziffert, wogegen die Vorkommen von Selhije bei Kifri in Ostmesopotamien und bei Sana in Südarabien gänzlich in den Hintergrund treten. Von den uns bekanntgewordenen Braunkohlflözen ergeben nur Siban Maden im armenischen Taurus und Manschilik in Mysien einige Ausbeute, während die übrigen ganz unbedeutend zu sein scheinen. Auch von den Ergebnissen der Eisenvorkommen ist kein besonderes Aufheben zu machen. Im ostpontischen Gebirge sind zahlreiche uralte Eisenminen bekannt; das Eisenerz liegt dort im Bergland oberhalb des Hafenstädtchens Unije in Knollen offen auf der Erde herum.... Im armenischen Taurus wird bei Palu, Siban Maden und bei Tälori Eisen ausgeschmolzen, im Antitaurus ist der Inck Tepessi geradezu ein Berg von Eisen, und im Norden Lykiens wird im Rahat Dag Eisen gewonnen.»

Aehnlich zurückhaltend urteilt auch Philippson über die Aussichten des Bergbaues. Optimistischer ist

Junge, der meint, dass «die Frage des Rohstoffbezuges aus der Türkei von ganz besonderer Bedeutung werden kann». Aber auch er warnt vor überspannten Hoffnungen und nennt die Frage «unserer ganz grossen Rohstoffversorgung aus der Türkei...» «ein Wechsel auf langes Ziel». Wiederum übertreibt Junge. Der ottomanische Regierungsrat, *P. A. Krause*, sagt in seiner Schrift «Die Türkei» (Leipzig und Berlin, 1916) über das gleiche Thema folgendes:

« Während der langen Jahre, in denen ich Anatolien in allen Richtungen durchstreifte, habe ich den geologischen und mineralogischen Verhältnissen des Landes ganz besonderes Interesse gewidmet und habe auch auf verschiedene Mineralien: Mangan, Chrom, Borazit, Kohle, Kupfer und Blei selbst jahrelang geschürft, bevor ich wieder in den Regierungsdienst eintrat.... Ich habe mir aber in dieser Zeit nicht die Ueberzeugung bilden können, als sei Kleinasien ein in bezug auf Mineralschätze besonders reich ausgestattetes Land.... Kleinasien ist zwar in einigen Teilen stark mineralisiert, aber die Mineralisierung ist in zahlreiche, nur in seltenen Fällen abbauwürdige Aederchen zersplittert. Es fehlt mit wenigen Ausnahmen an grossen Erzkonzentrationen, an Spaltenfüllungen.... Anatolien verdankt meiner Ansicht nach den Ruf seines Mineralreichtums in der Hauptsache dem Altertum, wobei man sich vor Augen halten sollte, wie vollständig sich seit jenen Zeiten die den Wert bestimmenden Verhältnisse, nämlich die Gestehungskosten und andererseits die Kaufkraft der Metalle geändert haben.... »

Und er meint ebenfalls, wie Banse, dass die Türkei gerade in dieser Beziehung genügend erforscht ist,

« dass auf dem altklassischen Boden Kleinasiens seit Jahrtausenden denkende und strebsame Menschen wandeln, die, mit wohlfeileren Gewinnungsmethoden, als es die unseren sind, ausgerüstet, für das Vorkommen und die Verwertung der damals noch viel wertvolleren Metalle aber sicher ein ebenso scharfes Auge besassen wie wir. Ich glaube daher nicht, dass auf dieser Linie in Kleinasien noch grosse Entdeckungen gemacht werden. »

Hingegen sollten die Erdölschätze Mesopotamiens bedeutend sein und werden auch grosse Bedeutung für jene Gegend erlangen.

Der wirtschaftlichen Erneuerung der Türkei stehen aber auch noch finanzielle Schwierigkeiten im Wege. Die Türkei war schon vor den letzten Kriegen mit Schulden überlastet, vermochte nur etwa 10 % ihrer Ausgaben für Kulturzwecke freizustellen. Wie wird es nun jetzt werden? Woher will sie noch das Geld für wirtschaftliche Unternehmungen erhalten?

Sehr grosse Hoffnungen werden auf die Bahnen gesetzt. Da tritt aber wiederum der Wunsch als Vater des Gedankens auf. Selbst wenn die Bagdadbahn vollendet wird, so kann sie weder Menschen noch Güter aus der Erde stampfen. Damit soll natürlich nicht bestritten werden, dass dieser Bahn unter Umständen eine grosse Bedeutung für den Innenverkehr zukommen könnte. Eine Illusion ist es nur, wenn man glaubt, dass sich mit ihrer Hilfe ein Gütertransport aus Deutschland nach der Türkei ermöglichen werde. Das ist durchaus falsch. Die Massengüter werden nach wie vor den Seeweg nehmen. Aber auch für den lokalen Verkehr kann eine Bahn nur dann von Nutzen werden, wenn ein solcher wirklich *vorhanden* ist, also wenn die Wirtschaft des betreffenden Gebiets in Entwicklung begriffen ist. Sonst bleibt die Bahn nur eine schwere Last für den Staat.

Kurz, Aussichten auf wirtschaftliche Selbständigkeit «Mitteleuropas» gibt es keine; alle solche Hoffnungen sind Kriegsillusionen, Phantome, hinter denen sich absolut nichts Reales verbirgt.

Der Wirtschaftsbund des Zehnmächteverbandes.

In der jetzigen unheimlichen Kriegszeit argumentiert man nicht mit Tatsachen und logischen Schlussfolgerungen, sondern man treibt Bluffpolitik und sucht durch Trugbilder aller Art die Massen zu suggestieren. Sachlich, wirtschaftlich zu denken, hat man verlernt. Es ist darum notwendig, immer wieder das Abc der Volkswirtschaftslehre zu wiederholen, die völlig unbestreitbaren Tatsachen nochmals festzustellen, obschon sie vor dem Kriege beinahe als Allgemeingut galten. Wieviel wurde davon gesprochen, dass der ganze Krieg nur angezettelt wurde, um den deutschen Handel zu vernichten. Und doch ist es so augenscheinlich, dass ein kurzer Krieg wirtschaftlich so mächtige Länder wie Deutschland in ihrem Vorwärtsschreiten nicht aufhalten kann; ein langer Krieg schwächt aber alle an ihm beteiligten Staaten, vielleicht ruiniert er gar diese. Ebenso erweist sich als ein leeres Phantom das Geschrei, dass sich England, Frankreich oder Russland zu Riesenmächten auswachsen und dass Deutschland allein und klein bleibe. Wir haben schon gesehen, dass die Entwicklung nicht zur Zusammenfassung dieser Länder, sondern vielmehr zum Selbständigwerden der Kolonien führt. Aber auch in dem Falle, wenn es anders kommen sollte, was würde dies wirtschaftlich bedeuten? Haben wir nicht gesehen, dass gerade diese Anlehnung an ein grosses Kolonialreich den Verfeinerungsprozess in manchen englischen und französischen Industriezweigen aufhält? Abgesehen davon, hat Eulenburg sehr Recht, wenn er sagt, dass «es sich wohl

für Deutschland und die übrige Welt durch den Zusammenschluss des britischen Weltreiches um eine Verschiebung, aber um keinen Verlust handeln dürfte». Denn «entweder — oder. Was England in den Kolonien gewinnen sollte, das würde es entsprechend an anderer Stelle verlieren. Wir würden uns dann ohne Mühe auf die Posten setzen, die England verlassen hat» («Die Neue Rundschau», September 1916, 1173).

Und das trifft nicht nur für den Fall des Zusammenschlusses des englischen Reiches, sondern auch für den eines eventuellen Wirtschaftsbundes der zehn Mächte zu, wie er von der Pariser Wirtschaftskonferenz geplant ist. Wir haben schon gesagt, dass Deutschland allein von diesen Ländern für 5206 Millionen Mark Waren kauft und ihnen für 4983 Millionen Mark seine Erzeugnisse verkauft. Wer soll diese Menge Waren an seiner Stelle liefern oder kaufen? Gewiss nicht Portugal, auch nicht Japan, Russland oder Frankreich und Italien mit ihren nur schwach entwickelten Industrien. Dabei entbehren all diese Länder der Grundlage der modernen Industrie, der Kohle, so dass sie auch in der Zukunft keine allzu grossen Industrien haben werden. Verbleibt also allein England, dessen Industrie die Mächtigste im Zehnländerbunde ist! Allein, da trifft das Gesetz der Kapazität zu. Wie soll denn ein Volk von 45 Millionen die Arbeitsleistung noch eines solchen von beinahe 70 Millionen mit übernehmen können?

«Wenn England ausser seiner bisherigen Ausfuhr nach den Ländern der Entente auf Kosten Deutschlands noch *mehr* ausführen soll; dann muss es eben von seinem sonstigen Industrieexport entsprechend mehr aufgeben. Will es mehr Stahlerzeugnisse herstellen und ausführen, die bisher in einer gewissen Arbeitsteilung aus Deutschland stammen, dann wird es auf die Produkte der Textilwaren mehr verzichten und von

ihnen weniger ausführen müssen. Dasselbe gilt bezüglich der chemischen Industrie, der Spielwaren- und Lederfabrikation, in denen Deutschland eine natürliche Ueberlegenheit besitzt. *Oder* aber England führt wirklich in die bevorzugten Länder der Entente künftig mehr Produkte aus als bisher. Nun dann muss es eben auf andere Länder verzichten. Denn seine Produktionsmöglichkeit ist eine beschränkte. Es besitzt keine proletarische Reservearmee, die es in die Industrie stecken könnte *), keine eigenen wertvollen Rohstoffe, die es sich allein vorzubehalten vermöchte. Es ist in allen diesen Beziehungen durchaus beschränkt und auf fremde Einfuhr angewiesen. Zum mindesten aber braucht eine solche Erhöhung der Leistungsfähigkeit geraume Zeit, bevor sie sich durchsetzen vermöchte. Ein Wettkampf hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er auf beiden Seiten gleichzeitig angetreten werden kann» (Eulenburg, ebenda, S. 1162).

Aehnlich urteilt ein anderer guter Kenner der wirtschaftlichen Beziehungen, P. Jacobs in Schmollers Jahrbuch, indem er die Unmöglichkeit der Verdrängung des deutschen Handels feststellt.

«Der Durchführung» sagte er «eines derartigen Planes (der dauernden Niederhaltung der deutschen Industrie) stellt sich der Umstand entgegen, dass die Oekonomie in Produktion und Absatz in den einzelnen Ländern durch natürliche, von der menschlichen Einwirkung unabhängige Bedingungen, wie Bodengestaltung, Rohstoffvorkommen, geographische Lage usw. bestimmt wird und durch einen langfristigen innerlichen Entwicklungsprozess allmählich entstanden ist. Sie lässt sich mit einer gewissen Leichtigkeit auf einzelnen Gebieten mit besonders günstigen Verhältnissen schnell weiterbilden; nie wird es aber möglich sein, eine Volkswirtschaft in allen Teilen plötzlich wesentlich zu forcieren. Dazu würden ausser den natürlichen Bedingungen Menschen, Maschinen und Geld fehlen, die auch durch die sorgfältigste Organisation nicht aus dem Boden gestampft werden können.» (S. 214/15).

Dann beweist Jacobs, dass England gar nicht fähig ist, Deutschland aus dem Produktionsprozess auszuschalten.

*) Das trifft nicht ganz zu, da die Auswanderung aus England vor dem Kriege sehr gross war. *M. N.*

«Infolge ihrer hohen Produktionskosten kann die englische Volkswirtschaft mit denen der andern Länder erfolgreich konkurrieren, wenn sie die hochwertigsten Fabrikate liefert. Gerade auf die Herstellung der Fertigfabrikate ist die englische Volkswirtschaft eingestellt; ihre Arbeitsbilanz verlangt, dass die verfügbaren Hände und Köpfe sich vornehmlich mit der Verfeinerung von vorgearbeitetem Material beschäftigen. Wenn England also das, was es bisher aus Deutschland an Halbfabrikaten der Eisenindustrie, Teerfarben usw. erhalten hat, selbst herstellen oder aus andern Ländern beziehen wollte, so müssten im ersteren Falle der englischen Verfeinerungsindustrie Arbeitskräfte entzogen und diese einer weniger subtilen Beschäftigung zugeführt werden, die weniger lohnend ist und die Konkurrenzfähigkeit der grossbritannischen Industrie herabdrücken würde. Ferner würde dabei die englische Arbeitsbilanz und dadurch die englische Volkswirtschaft aus dem Gleichgewicht kommen. Es bliebe also nur noch der zweite Weg offen. Doch auch dieser ist für England nicht gangbar, denn erstens erscheint es mehr als fraglich, ob ein anderes Land die bisherigen deutschen Lieferungen überhaupt an England ausführen kann. Zweitens müssten aber — das Unwahrscheinliche zugunsten Englands angenommen — für derartige Lieferungen wesentlich höhere Preise und Frachten angelegt werden als bei einem Bezuge aus Deutschland, wodurch ebenfalls die englische Konkurrenzfähigkeit gemindert werden würde.»

Was besagt gegenüber diesen Tatsachen der Hinweis darauf, dass der oder jener Händler sich durch die deutsche Konkurrenz bedroht oder selbst aus seinem eingesessenen Orte verdrängt fühlt: *die Grundtendenz der wirtschaftlichen Entwickelung solcher Länder mit differenzierter Verfeinerungsindustrie ist eben die Zusammenarbeit mit den anderen Kulturländern, von denen sie sich gar nicht abschliessen können.*

Aehnliche Ausführungen kann man noch bei G. Gothein, «Deutschlands Handel nach dem Kriege» (Tübingen, 1916) finden. Es sei dann noch auf die Bemerkung des Direktors der Deutschen Bank in Berlin, *von*

Gwinner, in der «Neuen Freien Presse» vom 25. Dezember 1915 hingewiesen, wo es heisst:

«Es ist mir nicht bange davor, dass uns auch das feindliche wie das unfreundliche Ausland nach dem Kriege seine Waren gern verkaufen und auch die unsrigen beziehen wird, wenn sie *besser und billiger bei uns als anderswo zu haben sind.* Geschäfte werden nicht aus Sentimentalität gemacht; da entscheidet das Interesse, wenigstens auf die Dauer.

Das trifft sicherlich zu. Man darf niemals vergessen, dass die wirtschaftlichen Angelegenheiten vorläufig noch eine Sache des Privatmanns bleiben, der sein Interesse in erster Linie wahrt. Wenn der Staat Massnahmen trifft, die dieses Interesse schädigen, wird er die Bevölkerung bald gegen sich haben, und früher oder später diese aufgeben müssen.

Forscht man der Entwicklung des Handels der Ententeländer nach, so kann man genau beobachten, dass er gerade im Gegensatz zu den politischen Sympathien oder Antipathien seine eigenen Wege geht. Die Beziehungen Frankreichs und Italiens zu Deutschland waren im letzten Jahrzehnt sehr rege, haben sich besser entfaltet als die zu England. Umgekehrt zeigt die englische Statistik ein rasches Anwachsen der Handelsbeziehungen zu den Ententeländern, woraus wohl zum Teil das Bestreben herrühren mag, diese auch nach dem Kriege an sich fester zu binden. Immerhin sind die Beziehungen zu Deutschland so bedeutend, dass ihre Beeinträchtigung für das englische Wirtschaftsleben sehr empfindlich werden muss.

Ss stellte sich die *Einfuhr* Frankreichs in Mill. Fr.:

	Insgesamt	Deutschland	Oesterreich-Ungarn	England	Italien	Russland
1904	4502.3	428.9	68.3	523.9	151.3	213.4
1913	8421.3	1068.8	103.5	1115.1	240.5	458.1
Zunahme in %	87	149	51.9	113	59	115

Die *Ausfuhr* betrug in Millionen Franken:

	Insgesamt	Deutschland	Oesterreich-Ungarn	England	Italien	Russland
1904	4451.0	555.3	37.1	1217.1	190.1	42.4
1913	6880.2	866.8	43.8	1445.9	305.8	83.3
Zunahme in %	54.5	56.1	18.1	18.8	60.9	96.7

Am bedeutendsten sind zwar die Handelsbeziehungen Frankreichs zu England, diese entwickelten sich aber, was die Ausfuhr Frankreichs nach England betrifft, nicht so rasch, wie die mit Deutschland. Relativ noch schneller ist die Ausfuhr Frankreichs nach Russland und Italien gewachsen. Der Export nach Russland ist aber absolut gering; der Export nach Italien ist ebenfalls nicht gross und schwankt von Jahr zu Jahr; dabei ist die Zunahme der letzten Jahre wohl auf den Kriegsbedarf Italiens zurückzuführen.

Der Handel *Italiens* entwickelte sich wie folgt (in Prozenten der Gesamtein- und Ausfuhr):

Einfuhr:

	Deutschland	Oesterreich-Ungarn	England	Frankreich	Russland
	%	%	%	%	%
1901/05	12,6	9,4	15,56	14,06	9,28
1908/12	16,7	9,1	15,6	9,5	6,4
1913	16,8	7,3	16,2	7,8	6,5

Ausfuhr:

	Deutschland	Oesterreich-Ungarn	England	Frankreich	Russland
	%	%	%	%	%
1901/05	14,93	9,11	14,93	11,65	0,8
1908/12	14,4	8,5	9,7	10,22	2,40
1913	13,67	8,8	10,37	9,21	2,43

In der Ein- wie in der Ausfuhr Italiens nimmt Deutschland eine hervorragende Stellung ein, wobei aber auch Italien sich immer mehr mit dem Weltmarkt verbindet, wohin es seine Fabrikate absetzt.

Der Handel Englands stellte sich in Millionen Pfund:

Generalimport:

	Deutschland	Oesterreich-Ungarn	Frankreich	Italien	Russland
1904	49.51	6.74	44.8	5.94	32.98
1913	80.41	7.7	46.35	8.13	40.27
Zunahme in %	62	14	3,4	37	22

Spezialimport:

	Deutschland	Oesterreich-Ungarn	Frankreich	Italien	Russland
1904	46.84	6.44	40.07	5.4	31.84
1913	76.18	7.27	40.81	7.34	38.17
Zunahme in %	62,7	13	—	36	20

Ausfuhr britischer Waren:

	Deutschland	Oesterreich-Ungarn	Frankreich	Italien	Russland
1904	25.1	1.89	15.19	8.37	8.23
1913	40.68	4.48	28.98	14.61	18.1
Zunahme in %	62	137	90,7	62,6	120

Export fremder Erzeugnisse:

	Deutschland	Oesterreich-Ungarn	Frankreich	Italien	Russland
1904	11.32	0.67	6.38	0.85	7.06
1913	19.82	1.3	11.95	1.01	9.59
Zunahme in %	75	95	87	18,8	35.6

Was Russland betrifft, so exportierte es in erster Linie Getreide, und davon fast 48 % (1906/1910) nach Deutschland. In den letzten Jahren hob sich trotz des neuen Zolltarifs von 1906 dieser Export stark, da er 1901/05 nur 39 % des Getreideexports ausmachte. Von den ausgeführten Holz- und Baumaterialien nahm Deutschland $^1/_3$ auf; von den exportierten Erzeugnissen der Vieh- und Geflügelzucht gingen nach Deutschland 40 %. Ueberhaupt entfiel 1913 auf die Ausfuhr nach Deutschland $^1/_3$ und, wenn man den Export nach Holland mitrechnet, der in Wirklichkeit nach Deutschland geht gar 41,5 %; von der Gesamteinfuhr von 1374 Millionen Rubel kamen 652,5 Millionen über Deutschland, nach der deutschen Statistik allerdings, die sicher zuverlässiger ist, bloss 407,41 Millionen Rubel, auf jeden Fall fast 40 %. Daraus geht ohne weite-

res klar hervor, dass Russland mit seinem Import und Export im hohen Masse auf gutnachbarliche Beziehungen zu Deutschland angewiesen ist.

So schrieb auch Prof. Smirnow in den «Problemen Grossrusslands» (Nr. 2), dass «die Interessen der Ententemächte oft gegensätzlich sind. Ein Zollverband zwischen ihnen ist völlig unmöglich, da er unsere schwache Industrie zu vernichten droht, die gar nicht daran denken kann, den Wettbewerb mit der hochentwickelten Industrie Englands, Frankreichs und selbst Italiens aufzunehmen. Die Frage der Ersetzung eines Marktes durch einen anderen lässt sich nur schwer lösen. So exportierte beispielsweise Russland nach Deutschland eine gewaltige Menge von Getreide, nämlich: $^1/_4$ der Gesamtweizenausfuhr, $^1/_2$ des exportierten Roggens, $^2/_3$ der Gerste und $^1/_3$ des ausgeführten Hafers. Und nun entsteht die Frage: wird Russland diese gewaltige Menge auf den Märkten der Entente absetzen können? Eine spezielle Berechnung ergibt, dass diese Frage nur für Weizen und Hafer bejaht werden kann. Was Roggen und Gerste betrifft, so ist hier die Lage verzweifelt, da das Maximum der Marktkapazität in den Ententeländern für diese Produkte verschwindend gering ist.»

Mit seiner Ansicht steht Prof. Smirnow keineswegs allein, sondern wird von vielen Gelehrten und insbesondere aus den Kreisen der Landwirte unterstützt. Ueberhaupt sind die russischen Agrarier ebenso deutschfreundlich, wie die deutschen Agrarier russenfreundlich sind. In den extremen Kreisen wird bekanntlich von beiden Seiten sogar an einem Separatfrieden gearbeitet. *)

*) Ueber die Diskussion über einen Wirtschaftsbund in den Ententeländern siehe Fr. Kahl «Die Pariser Wirtschaftskonferenz», Jena 1917.

Einen sehr interessanten Artikel brachte neuerdings das «Berliner Tageblatt» (vom 23. Januar 1917), dessen Mitarbeiter *Hans Vorst* eine Reihe von Aeusserungen aus der russischen Presse anführt, die sich gegen einen Wirtschaftskrieg wenden. Er stellt auch fest, dass selbst der Vertreter Russlands auf der Pariser Konferenz den dort gefassten Beschlüssen fast keine Bedeutung zumisst. Er bemerkt dann weiter:

«Der Widerspruch gegen den Handelskrieg würde sich in Russland sicher noch stärker äussern, wenn nicht auch in Deutschland während des Krieges mancherlei Pläne hervorgetreten wären, die man drüben als eine Drohung betrachtet. Bekanntlich verhält man sich auch in Deutschland in Wirklichkeit sehr ablehnend zur Idee des Wirtschaftskrieges nach dem Friedensschluss, und meint nur, sich zur Abwehr der feindlichen Pläne rüsten zu müssen. Es ist interessant, zu sehen, wie auf diese Weise beide Teile den Wirtschaftskrieg als eine «Gegenmassregel» betrachten, die von der anderen Seite provoziert worden sei . . .»

Es wiederholt sich also die Geschichte, die wir vor dem 4. August 1914 erlebt haben, indem die Staaten einander angriffen in der Ueberzeugung, in der «Abwehr» zu handeln . . .

Einige kleine Tabellen sollen noch zur allgemeinen Beleuchtung der engen Verknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen der sich jetzt bis aufs Messer bekämpfenden Staaten angeführt werden. Der Handel *Deutschlands* stellte sich 1913 in Millionen Mark:

Einfuhr:

	Rohstoffe	Halb-Fabrikate	Ganz-Fabrikate	Lebensmittel und Tiere
Oesterreich-Ungarn . . .	318.6	102.7	184.9	221.2
Bulgarien	1.7	—	2.2	4.8
Türkei	41.0	0.8	13.6	18.6

	Rohstoffe	Halb- Fabrikate	Ganz- Fabrikate	Lebensmittel und Tiere
England	274.9	97.4	434.1	69.5
Frankreich	183.5	99.6	190.3	109.8
Russland	524.4	78.6	29.8	791.8
Italien	185.6	9.7	36.7	85.6
Ueberhaupt	4996.5	1264.2	1420.8	3087.1

Ausfuhr:

	Rohstoffe	Halb- Fabrikate	Ganz- Fabrikate	Lebensmittel und Tiere
Oesterreich-Ungarn	314.0	177.7	567.1	45.7
Bulgarien	0.3	0.3	29.3	0.4
Türkei	0.7	2.2	87.5	8.0
England	72.9	121.4	941.4	302.0
Frankreich	115.9	128.1	458.4	87.3
Russland	126.9	91.4	599.8	61.6
Italien	32.4	44.0	304.2	12.6
Ueberhaupt	1299.4	930.4	6786.7	1078.4

Für die Wirtschaft eines Landes ist bekanntlich in erster Linie die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln, dann von Halb- und Ganzfabrikaten, sowie die Ausfuhr von Ganz- und Halbfabrikaten massgebend. An Rohstoffen und Lebensmitteln lieferten nun Deutschland seine Bundesgenossen nur sehr wenig, für 361,3 Millionen und 244,6 gegen 1168,4 und 1056,7 Millionen, die Deutschland aus den Vierverbandsländern erhält, ohne dabei Deutschlands Handel mit den Kolonien dieser Länder zu rechnen. An Fabrikaten exportierte Deutschland allein nach England mehr als nach den verbündeten Ländern zusammen. Im ganzen gingen an fertigen Waren nach Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei für 683,9 Millionen und den Vierverbandsländern für 2303,8 Millionen Mark! Mehr als $^1/_3$ der Gesamtfabrikatenausfuhr nahmen die politischen Gegner Deutschlands auf. Ausserdem gingen fertige Waren nach den übrigen 6 kleinen Staaten, mit denen Deutschland Krieg führt, für 579,5, nach den

englischen Kolonien und Aegypten für 400,6 und nach den übrigen Kolonien und Finnland für 80 Millionen Mark, zusammen für etwas mehr als eine Milliarde Mark. Daraus ergibt sich, dass Deutschland die Hälfte seiner fertigen Erzeugnisse nach den Ländern absetzt, mit denen es jetzt Krieg führt.

Für *England* kommt der Markt der zentraleuropäischen Länder natürlich nicht in dem Masse in Betracht, immerhin ist er von grosser Bedeutung. So stellte sich der Handel Englands ebenfalls 1913 in Millionen Pfund Sterling:

Einfuhr:

	Rohstoffe		Halb- und Ganzfabrikate	
Deutschland	6.85	7.15	52.29	54.22
Oesterreich-Ungarn	0.3		1.93	
Frankreich	6.26	29.07	25.38	30.61
Russland	21.27		1.74	
Italien	1.54		3.49	
Insgesamt fremde Länder	165.71		151.95	
engl. Kolonien	52.07		12.2	
Ueberhaupt	217.78		164.14	

Ausfuhr:

	Rohstoffe		Halb- und Ganzfabrikate	
Deutschland	8.4	9.47	27.01	30.11
Oesterreich-Ungarn	1.07		3.1	
Frankreich	9.48	22.79	17.42	33.76
Russland	5.52		10.17	
Italien	7.79		6.17	
Insgesamt fremde Länder	65.95		237.54	
engl. Kolonien	3.95		173.83	
Ueberhaupt	69.9		411.37	

Deutschland allein nahm also an Fabrikaten ebensoviel auf, als Frankreich und Russland zusammen kauften. Im allgemeinen ist der englische Handel in der Hauptsache Verkehr mit den andern Weltteilen, weniger mit Europa.

Unter allen Kunden Englands für fertige Waren steht Deutschland an dritter Stelle, nach Indien und Australien. Dann folgen erst die Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien, Frankreich, Japan, China usw.

Eine viel bedeutendere Rolle spielen die Zentralmächte im Handel Frankreichs und Italiens. Es stellte sich nämlich dieser in Millionen Franken bei

Frankreich im Jahre 1912

Einfuhr:

	Rohstoffe		Fabrikate	
Deutschland	338.02	395.7	601.88	633.2
Oesterreich-Ungarn	57.68		31.35	
England	605.87	1040.8	398.86	458.9
Russland	299.7		20.8	
Italien	135.26		39.21	
Ueberhaupt	4813.2		1614.21	

Ausfuhr:

	Rohstoffe		Fabrikate	
Deutschland	353.41	361.55	391.79	431.2
Oesterreich-Ungarn	8.14		39.43	
England	282.34	465.7	875.28	1030.5
Russland	21.69		31.70	
Italien	161.76		123.56	
Ueberhaupt	1944.86		3917.94	

Italien im Jahre 1913

Einfuhr:

	Rohstoffe		Halbfabrikate		Fabrikate	
Deutschland	60.78	203.1	151.29	201.0	389.06	442.8
Oesterreich-Ungarn	142.34		49.73		53.72	
Frankreich	53.16	422.5	90.73	196.0	120.01	262.2
England	345.01		98.32		139.01	
Russland	24.34		6.98		3.21	
Ueberhaupt	1391.46		699.64		851.94	

Ausfuhr:

	Rohstoffe		Halbfabrikate		Fabrikate	
Deutschland . .	70.09	120.87	129.04	164.2	38.45	80.9
Oesterreich-Ungarn . .	50.78		35.19		42.50	
Frankreich . .	78.8		65.16		40.69	
England	40.08	123.3	38.85	136.7	109.67	163.1
Russland	4.37		32.73		12.72	
Ueberhaupt . .	360.67		590.44		798.09	

Von den eingeführten Nahrungsmitteln in der Höhe von 702,6 Millionen Lire kamen aus Russland 28,8 % und von den exportierten in der Höhe von 762,4 Millionen Lire gingen nach Deutschland 26,5%.

Abgesehen von England, das im Handel Frankreichs und Italiens eine hervorragende Stellung einnimmt, erweist sich Deutschland als der beste Kunde Frankreichs, und Oesterreich-Ungarn als der beste Käufer von Fabrikaten in Italien. Man sieht daraus, dass es gar nicht denkbar ist, wie diese Länder auf den so notwendigen Warenaustausch miteinander verzichten können.

Der Handel Russlands stellte sich in Prozenten:

Einfuhr:

	Lebensmittel	Vieh	Rohstoffe	Fabrikate
Deutschland	22.9	1.7	44.6	66.5
Oesterreich-Ungarn . . .	2.0	6.2	2.3	3.5
Holland	1.9	—	2.3	—
England	5.7	—	16.7	10.5
Frankreich	6.7	0.4	4.8	2.0
Italien	2.4	—	1.5	0.2

Ausfuhr:

	Lebensmittel	Vieh	Rohstoffe	Fabrikate
Deutschland	29,6	77,2	30,7	7,0
Oesterreich-Ungarn . .	3,8	3,8	5,5	1,6
Holland	15,9	—	7,7	—
England	14,9	4,2	24,3	6,0
Frankreich	6,1	0,1	8,4	1,0
Italien	8,2	0.2	0,8	—

Mehr als alle anderen Ententeländer ist also Russland mit Deutschland wirtschaftlich verbunden, von dem es $^2/_3$ der eingeführten fertigen Waren und fast die Hälfte der nötigen importierten Rohstoffe erhält und bei dem es seinerseits nicht nur den Ueberschuss an Lebensmitteln und Rohstoffen, sondern vor allem auch Vieh absetzt. Als Abnehmer des russischen Viehes kommen die anderen Länder fast gar nicht in Betracht.

Die eindringlichste Kritik der Pariser Beschlüsse vom Juni 1916 ist im Manifest der englischen Freihändler gegeben, das am 8. Juli 1916 in «The Economist» erschien und von folgenden hervorragenden Politikern und Geschäftsleuten Englands unterzeichnet wurde:

S. Arnold, Lord Ashton of Hyde, Sir John E. Barlow, Earl Beauchamp, Sir Hugh Bell, Earl Brassy, J. F. L. Brunner, Viscount Bryce, John Burns, T. Burt, Godfrey Collins, Lord Courtney of Penwith, Lord Eversley, Lord Farrer, C. Fenwick, A. G. C. Harvey, F. W. Hirst, R. D. Holt, E. T. John, Leif Jones, Earl Loreburn, H. W. Massingham, P. A. Molteno, Lord Muir Mackenzie, Sir John Simon, Sir Swire Smith, Lord Weardale und Aneurin Williams.

Nach einer Wiederholung der allgemeinen Gründe für den Freihandel, gibt das Manifest eine Widerlegung der jetzt dagegen erhobenen Einwände und wendet sich zu den Plänen eines engern Zusammenschlusses der Vierverbandsländer. Was rief diese hervor? fragte es, und antwortet:

Im wesentlichen Hass des Preussentums und der Wunsch, das deutsche Volk zu bestrafen für die Haltung seiner Regierung, die die Feindseligkeiten hervorrief, und für seine Kriegsführungsmethoden.

Das sind selbstverständlich natürliche Gefühle, die fast 1900 Jahre Christentum nicht ausgerottet haben, aber wird es uns oder unseren Verbandsgenossen nach dem Krieg irgend-

einen wirklichen Vorteil bringen, wenn wir uns ihnen hingeben?

Zunächst wird die Welt und werden besonders die Kriegführenden viel ärmer sein, und daher wird alles dafür sprechen, dass wir die grösstmöglichste Produktion aufrechterhalten, wozu Freihandel und freie Einfuhr notwendig sind.

Wenn wir ferner Deutschland auf solche Weise strafen, machen wir es ärmer und daher unfähiger, denen, denen es Unrecht getan hat, Ersatz zu leisten. Und durch Verschliessung der Welthandelsstrassen würde Deutschland darauf verwiesen, über sich selbst und seine Leiden zu brüten und seinen Militarismus noch mehr zu organisieren, um auf diese einzige Weise sich aus einer für seine bürgerliche Bevölkerung unerträglichen Lage zu befreien.

Das würde die schwärzeste Zukunft für die ganze Welt bedeuten.

Ferner wird behauptet, dass ein System von Zöllen und Vorzugsbehandlung den Verband enger zusammenschweissen würde. Ist das bei der verwickelten Natur der in Betracht kommenden Interessen an sich wahrscheinlich? Das stärkste Argument der Freihändler war bisher, dass bei einem kolonialen Vorzugssystem nicht jeder Kolonie annähernd gleiche Vorteile gewährt werden könnten, und dass jedenfalls die Vorteile nur einer bestimmten Produzentenklasse zufallen, die Nachteile aber alle Verbraucher und die nicht begünstigten Erzeuger treffen würden.

Werden die Verbandsgenossen mit einbezogen, so wird das Problem noch viel schwieriger. Als Erzeuger von Nahrungsmitteln ist Russland der grösste Nebenbuhler Australiens und Kanadas ausser den beiden Neutralen — Argentinien und den Vereinigten Staaten —, deren Freundlichkeit in diesem Kriege für uns unschätzbar war.

Russland erklärt ausserdem, dass es den *deutschen Markt nicht aufgeben kann,* ausser zu Bedingungen, deren Gewährung durch die Verbandsgenossen es selbst für undenkbar hält. *Frankreich* wird sich schon klar darüber, dass ein Schutzzollsystem in England seiner eigenen Ausfuhr von Luxusartikeln verderblich werden muss. Sehr beachtenswert ist der Widerstand der französischen Fédération des Industriels et des Commerçants Français gegen die Pariser Beschlüsse, insbesondere gegen die dauernde Festlegung der wirtschaftlichen Beziehungen.

Dann wird uns gesagt, dass Deutschland gewisse unentbehrliche Industriezweige monopolisiert hat; als Beispiele werden gewöhnlich Farbstoffe und Glas angegeben.

Die — in England erfundene — Farbstoffindustrie ging durch Mangel an Energie und, wie behauptet wird, durch Schwierigkeiten verloren, die die Steuerbehörden der Verwendung von Alkohol zu Fabrikationszwecken bereiteten. Beiden Ursachen kann ohne Abänderung des Zollsystems abgeholfen werden. Gewiss hat der in der ganzen Welt ausser dem blockierten Deutschland fühlbare Mangel an Farbstoffen gewissen Industriezweigen, für die er ein Gegenstand berechtigter Sorge ist, viel Verdruss und Verlust eingetragen; aber er vermindert nicht erheblich unsere Fähigkeit, den Krieg zu führen, bei dessen Ende Farbstoffe wieder erhältlich sein werden.

An optischen Instrumenten herrschte zunächst Knappheit, die aber, wenn auch zweifellos unter Aufwendung sehr erhöhter Preise, überwunden wurde. Indessen besteht kein Grund für die Annahme, dass irgendeines der kriegführenden Länder dank seinem Schutzzollsystem weniger für den Bezug bedeutender Mengen von Rohstoffen und Fabrikaten vom Auslande abhängig war als England.

Niemand kann unter irgendeinem Zollsystem erwarten, für eine solche Riesenkatastrophe wie diesen Krieg ganz vorbereitet zu sein. Aber sicherlich hat *unser Land den Stoss am besten ausgehalten.*

Freihandel ist im Frieden erprobt worden; er war das beste System. Er ist nun im Kriege erprobt worden und hat sich wieder als das beste erwiesen.

Den deutschen Schutzzöllnern hat der Krieg umgekehrt gerade die «Herrlichkeit des Schutzzollsystems» erwiesen. Indes übertreiben sowohl die englischen Freihändler als auch die deutschen Schutzzöllner. In Deutschland hat nicht der Schutzzoll, sondern der *Hunger* gesiegt: die Fähigkeit und Willigkeit, trotz unsagbaren Entbehrungen, auszuharren, das macht die Widerstandskraft Deutschlands aus, während umgekehrt England horrende Preise zahlen und immer mehr in Abhängigkeit von Amerika geraten muss. Wie dem

aber auch sei, die Schwierigkeiten, einen Wirtschaftsbund der Vierverbandsländer zu bilden, sind im Manifest der englischen Freihändler treffend hervorgehoben. Es geht daraus deutlich hervor, dass ein solcher Bund, falls er auch zusammengezimmert werden sollte, sehr bald aus den Fugen gehen muss ...

Die Neutralen.

Alle Kombinationen, mit denen man sich in den kriegführenden Ländern beschäftigt, bleiben in der Luft schweben, solange man nicht einen Weg gefunden hat, die neutralen Länder für sich zu gewinnen. Alle Hoffnungen in dieser Hinsicht werden aber sicher enttäuschen, denn die neutralen Länder sind auf den Handel mit beiden kriegführenden Gruppen angewiesen und werden keine Lust verspüren, sich irgend einer anzuschliessen, ohne ihre wichtigen Interessen zu opfern, sich selbst den Weg zur wirtschaftlichen Betätigung zu verlegen. Dabei darf man selbst im Auge behalten, dass die neutralen Länder während dieses Krieges ihre Position gekräftigt haben, und dass ihr Gewicht in der künftigen Wagschale schwerer wiegen wird.

Um sich ein Bild der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den neutralen Staaten und den Zentralmächten einer- und den Ländern des Vierverbandes anderseits zu machen, ist es notwendig, folgende Tatsache zu beachten: Deutschland erlebte im letzten Jahrzehnt einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung und bezog aus seinen Nachbarländern in grossen Massen Lebensmittel und Rohstoffe, kaufte aber relativ weniger Fabrikate als England oder selbst Frankreich, die ein-

seitig entwickelte Industrie haben. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Balkanländern oder zwischen Deutschland und den nordischen Staaten waren sehr rege. Hingegen exportierte Deutschland nach der Schweiz viel mehr fertige Waren als es von ihr erhielt, wo es weniger als England an Fabrikaten kaufte. Ebenso bietet Deutschland nur einen geringen Absatzmarkt für die Industrieerzeugnisse der nordischen Länder und der Balkanstaaten.

So exportierte Deutschland nach der Schweiz 1890 für 175,5 Millionen Mark und kaufte dort für 173,9 Millionen Mark. Die Einfuhr Deutschlands aus der Schweiz änderte sich bis 1904 wenig, als sie 172,7 Millionen betrug; hingegen stieg die Ausfuhr dorthin inzwischen auf 319,8 Millionen Mark an. Im folgenden Jahrzehnt erhöhte sich die Einfuhr um etwas über 40 Millionen auf 213,3 Millionen, die Ausfuhr aber um 216,3 Millionen auf 536,1 Millionen Mark. Daraus geht deutlich hervor, in welchem Masse Deutschland den schweizerischen Markt auszunutzen imstande war.

Nach der schweizerischen Statistik stellte sich der Verkehr der Schweiz mit den wichtigsten kriegführenden Ländern, nach den Hauptwarengruppen geteilt, wie folgt (in Millionen Franken):

Einfuhr:

	Rohstoffe		Fabrikate		Lebensmittel	
	1904	1913	1904	1913	1904	1913
Deutschland . . .	128.98	205.1	202.71	353.27	44.77	72.47
Oesterreich-Ungarn.	10.93	19.2	25.99	29.97	45.20	59.34
Zusammen	**139.91**	**224.3**	**228.70**	**383.24**	89.97	131.81
England	13.38	35.2	42.94	75.5	1.21	112.7
Frankreich	92.91	145.5	67.94	96.1	78.07	106.4
Italien.	107.98	116.8	13.23	20.7	48.15	69.4
Russland	3.30	3.4	0.65	3.7	77.11	64.3
Zusammen	**217.57**	**300.9**	**124.76**	**196.0**	204.54	352.8
Ueberhaupt . . .	469.77	685.6	388.9	634.9	381.3	599.2

Ausfuhr:

	Rohstoffe		Fabrikate		Lebensmittel	
	1904	1913	1904	1913	1904	1913
Deutschland	62.19	84.8	130.0	191.2	19.23	29.6
Oesterreich-Ungarn . .	4.89	12.0	42.8	56.7	4.64	9.6
Zusammen	67.08	96.8	172.8	247.9	23.87	39.2
England	1.13	2.9	140.4	193.0	29.99	40.2
Frankreich	15.67	24.4	70.2	89.2	21.6	27.6
Italien	10.66	15.5	34.70	56.1	9.18	17.6
Russland	1.02	2.3	19.52	51.9	1.92	4.5
Zusammen	28.48	45.1	264.8	390.2	62.7	89.9
Ueberhaupt	98.75	152.8	673.4	1022.5	119.3	201.0

In der Versorgung der Schweiz mit Rohstoffen sowohl als auch im Bezug von ihren Fabrikaten treten die Vierverbandsländer an erste Stelle. Insbesondere ist die schweizerische Textilindustrie vom englischen Markte abhängig. Ohne englisches Garn würde die schweizerische Stickereiindustrie kaum ihren Weltruf erlangen können; auch verkauft die Textilindustrie bedeutende Mengen Waren an England (1913 für 136,9 Millionen Franken). Hingegen hat die schweizerische Metallindustrie besseren Absatz in Deutschland (74,5 Millionen) als in England (44 Millionen Fr.). Die Abhängigkeit der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie vom deutschen Eisen und des Gesamtwirtschaftslebens von der deutschen Kohle ist ja wohlbekannt und braucht auch gar nicht weiter beleuchtet zu werden. Wichtiger ist folgende Feststellung: Die Ausfuhr von Fabrikaten ist von 1904 bis 1913 nach den Zentralmächten um 75 Millionen Franken (43 %), nach den Vierverbandsländern um 125,4 Millionen (47 %), überhaupt aber um 349,1 Millionen Fr. (51,8%) angestiegen. Für fertige Waren im Werte von fast 150 Millionen Franken musste die Schweiz also andere als die Märkte der europäischen Grossmächte aufsu-

chen. Dabei wächst die Ausfuhr nach anderen Ländern rascher als die nach den jetzt kriegführenden. Die Schweiz ist also auf den freien Weltmarkt angewiesen, und muss ihre wirtschaftliche Neutralität und Selbständigkeit wahren.

Diese Entwicklung des schweizerischen Handels darf uns gar nicht überraschen. Die schweizerische Industrie entwickelt sich in der Richtung der Qualitätsarbeit, ist somit von vornherein auf einen ausgedehnten Markt angewiesen, und kann sich gar nicht mit einem Markte begnügen. So schreibt auch der schwedische Volkswirt, Prof. *Heckscher* in den «Süddeutschen Monatsheften» (Januar 1916): «Die schwedische Industrie, sowie die Produktion im allgemeinen ist eine Qualitätsproduktion...»

«Eine Volkswirtschaft, die sich in der Richtung der schwedischen entwickelt hat, muss sich darauf einrichten, nicht *einen* Markt oder einige wenige Märkte als aufnahmefähig für die Gesamtausfuhr von irgend einer wichtigen Ware zu betrachten, sondern im Gegenteil fast alle Märkte der Welt aufsuchen, um eine im ganzen grosse Ausfuhr auf Grund einer Menge von kleinen Verkäufen zu erzielen.» Das trifft in vollem Masse auch für die Schweiz zu und erklärt uns vollauf, warum die überwiegende Meinung in der Schweiz gegen solche Pläne wie Mitteleuropa ist.

Eine vielleicht noch viel wichtigere Frage ist es, wie sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika*) zu diesen Plänen stellen werden. Unseres Erachtens scheint es ausser Zweifel zu sein, dass sie sich weder den einen noch den andern Markt werden rauben

*) Inzwischen sind die Vereinigten Staaten ebenfalls in den Krieg eingetreten, werden aber kaum in wirtschaftlichen Fragen umlernen, da sie doch praktische Kaufleute sind.

lassen, und auf die wirtschaftlich agressiven Pläne einer Mächtegruppe mit ähnlichen Gegenmassnahmen antworten werden. Der Handel der Vereinigten Staaten entwickelte sich in Millionen Dollar:

	Export		Import	
	1904	1914	1904	1914
Deutschland	214.78	344.79	109.19	189.92
Oesterreich-Ungarn	8.22	22.72	10.37	20.11
England	537.34	594.27	165.78	293.66
Frankreich	84.3	159.8	81.4	141.4
Italien	35.7	74.2	33.2	56.4
Russland	19.4	31.3	11.9	23.4

(Das Jahr endet am 30. Juni.)

Die Ausfuhr nach den Zentralmächten erhöhte sich in dieser Zeit von 223 auf 367,5 Millionen Dollar oder um 64,8 %, die nach den Vierverbandsländern von 676,7 auf 859,5 Millionen Dollar oder um 27 %. Wenn die Ausfuhr nach den Zentralmächten weniger als die Hälfte der Ausfuhr nach den Vierverbandsländern ausmachte, so stieg sie doch rascher als nach diesen letzteren an, so dass die Vereinigten Staaten ebensowenig wie die anderen neutralen Staaten geneigt sein werden, mit irgend einer Mächtegruppe einen Sonderbund zu schliessen. Eher würden sie wohl einem Abwehrbunde der Neutralen beitreten, der den Kampf gegen jegliche wirtschaftliche Sonderbündelei in Europa zum Zwecke hätte. *)

*) Nach dem « New-York Sun » (Anfang Oktober 1916) habe der amerikanische Ausschuss für auswärtigen Handel die Frage des Handelskrieges nach dem Kriege in Erwägung gezogen. Die Zeitung meint, Amerika wolle eine Tarifpolitik einführen, die als Waffe bei dem Abschluss von Handelsverträgen gebraucht werden solle, wenn sich tatsächlich ein Handelskrieg herausbilden sollte. Wie sich aber die Vereinigten Staaten jetzt nach den bedauerlichen Ereignissen der letzten Zeit, der Kriegserklärung an Deutschland, zu einem eventuellen Handelskrieg verhalten können, ist nicht leicht zu sagen. Der un-

Wie werden überhaupt die Waren der neutralen Länder behandelt werden, falls solche Sonderbündnisse entstehen sollten: Wie die aus den feindlichen Ländern oder zu einem «Vorzugs-», wenn auch nicht zum «Freundschaftstarif»? Im letzteren Falle ist es unbegreiflich, wie man die Waren aus den feinlichen Ländern verhindern wird, über die neutralen Länder einzudringen. Oder soll das jetzt während des Krieges eingerichtete Kontrollsystem des neutralen Handels noch weiter bestehen bleiben? Welche neutralen Länder werden aber darauf eingehen? Die Erfahrung, die man jetzt mit diesen Einrichtungen macht, sind so bös, dass die neutralen Länder kürzlich aus vollem Herzen den Wunsch äusserten, man möge endlich in Verhandlungen eintreten, um dem Kriege ein Ende zu machen. Und wenn sie notgezwungen heute sich der Macht beugen, in der Erwartung, dass doch bald alles ein Ende nehmen wird, so werden sie sich selbstverständlich aufbäumen, wenn man ihnen zumuten sollte, sie mögen sich auch fernerhin einer fremden Kontrolle ihres Handels unterwerfen. Will man aber die neutralen Länder als feindliche Länder behandeln, so tritt man faktisch einer ganzen Welt von Gegnern entgegen, was sich selbst der Zehnmächteverband nicht erlauben darf. Zwischen sich und der übrigen Welt eine Scheidungslinie zu ziehen, das wäre ja der wirtschaftliche Selbstmord! Nein, die Aufgabe der Zukunft besteht nicht in der Abschliessung und Bildung noch so

---

heimlich lange Krieg wirft alle Berechnungen und alle Vernunftgründe um. Kann man denn einen wirtschaftlichen Grund für den Konflikt zwischen Amerika und Deutschland anführen? Der Wahnsinn des Krieges hat aber seine Logik und führt Europa dem Abgrund zu...

grosser Märkte, sondern im *freien Verkehr* aller Länder untereinander...

In diesem Sinne hat sich auch die neutrale sozialistische Konferenz in Haag anfangs August 1916 ausgesprochen, die wohl nicht allein die Ansichten des von ihr vertretenen sozialistischen Proletariats, sondern wohl die der grossen Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck brachte, indem sie für «eine internationale Handelspolitik des ungehinderten Warenaustausches zwischen den verschiedenen Nationen nebst ihren Kolonien und Protektoraten» eingetreten ist. Die wirtschaftliche Entwicklung bewegt sich allüberall in der Richtung der Differenzierung und der Qualitätsarbeit. Und in diesem Falle ist, wie vielfach schon betont wurde, ein weitgehender freier Warenaustausch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Man kann dieser Notwendigkeit eine Zeitlang trotzen, zum Schaden der eigenen Industrie; dauernd kann man sich ihr aber nicht entziehen. An Frankreichs schwacher Entwicklung ist seine Absperrungspolitik sicherlich mitschuldig; wenn Deutschland darunter weniger gelitten hat, so wohl deshalb, weil es vorläufig den Prozess der Intensivierung und Konsolidierung der eigenen Industrie durchgemacht hat. In den letzten Jahren hat Deutschland mit raschen Schritten den Weltmarkt zu erobern begonnen, und für es ist eben das Problem der Handelspolitik in einer ganz neuen Weise vor dem Kriege aufgetreten: es musste die Fesseln des agrarischen und Kartellschutzzolles sprengen, um sich auf dem Weltmarkte freier bewegen zu können. Dem setzten sich aber die leitenden Kreise entgegen. Der Krieg hat nun diesen gordischen Knoten vorläufig zerhauen...

Schlussbetrachtungen.

Wir sind den wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen, wie sie vor dem Kriege hervorgetreten sind, nachgegangen, und haben festgestellt, dass sie nicht, wie dies allgemein angenommen wird, zur Bildung von wirtschaftlich sich abschliessenden Riesenreichen führen. Vielmehr finden wir, dass sich die Kolonien von dem Einflusse ihrer Mutterländer immer mehr emanzipieren, dass sie wirtschaftlich selbständig werden. Wir haben ferner gesehen, dass die europäischen Länder zur Qualitätsindustrie übergehen, sich wirtschaftlich untereinander verbinden, wobei Deutschlands Handelsinteressen mit der Entente viel bedeutendere sind als mit den mitteleuropäischen Mächten, dass auch Russland und die andern Ententeländer auf einen freundnachbarlichen Verkehr mit Deutschland gar nicht verzichten können. Der Imperialismus, dessen wirtschaftlicher Ausdruck eben das Streben nach wirtschaftlich geschlossenen Gebieten bedeutet, entspricht nicht den Entwicklungstendenzen der Volkswirtschaft, vielmehr läuft er den Bedürfnissen der Qualitätsindustrie entgegen und wurde in der Hauptsache, wenigstens in Deutschland, hervorgerufen, weil die Schwerindustrie, die durch den Ausbau der Eisenbahnen in Europa gross geworden ist, mit dem Abschluss der Eisenbahnbauten sich neuer Betätigung in exotischen Ländern zuwandte und auch in diesen eine bevorzugte, jede Konkurrenz ausschliessende Stellung einnehmen wollte. In England spielten zum Teil die gleiche Rolle die zurück-

gebliebenen Zweige der Textilindustrie, die für exotische Länder arbeiten und ebenfalls monopolisierte Märkte wünschten. Hinzu kam der Kampf um die noch nicht ausgebeuteten Naturschätze in den anderen Weltteilen, die mit der allgemeinen Preissteigerung der Rohstoffe hohen Wert erlangten. Hingegen suchte die Verfeinerungsindustrie Absatz in den Kulturländern und war insbesondere in England friedlich gestimmt.

Welche Tendenzen hat nun der Krieg gestärkt? Werden in der Zukunft die exklusiven, kriegerischen Tendenzen die Oberhand gewinnen, wird der Kampf um die Schaffung von Weltreichen noch heftiger als vor dem Kriege toben? Sicherlich hat der Krieg einen günstigen Boden für solche Strömungen geschaffen. Schon der drei Jahre genährte Hass der Völker erleichtert allen Projektmachern ihre Arbeit,*) und Naumann ist ein sehr guter Psycholog, wenn er an die «Kriegsseele» appelliert: mit solchen Phantasien, wie wirtschaftliche Selbständigkeit, «Mitteleuropa» u. a. m., kann man nicht zu der nüchtern erwägenden «Alltagsseele» kommen. Dann weiss Naumann sehr wohl, dass diejenigen Elemente, die die Verantwortung für

*) Was Fr. Kahl über die Ursachen der wirtschaftlichen Pläne der Ententestaaten sagt, trifft nicht nur für diese zu. Die infolge des Kriegszustandes bedingten Veränderungn der weltpolitischen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten verursachten tiefgehende Störungen und vielerorts eine unmittelbar fühlbare, zum Teil vorübergehende, zum Teil dauernde Notlage des volkwirtschaftlichen Lebens einzelner Staaten, so dass man zu dem Versuche kam, durch gemeinsame Massregeln wechselseitige Hilfe der sich in mancher Beziehung ergänzenden Volkswirtschaften der einzelnen Länder... das Gleichgewicht vorläufig, oder, auf völlig neuer Grundlage dauernd wieder herzustellen... Hinzu kam das persönliche Interesse von Handels- und Industriekreisen, die von einer Vergemeinschaftung der wirtschaftlichen Massnahmen einen Vorteil erhofften. Der Kriegszustand hatte

all das Elend und Unglück zu tragen haben, das der Krieg über uns gebracht hat, sich sagen müssen: «Etwas muss doch für uns gewonnen werden.» «Um keinen Preis», beschwört Naumann diese Kreise («Magdeburger Zeitung» vom 25. Dezember 1915), «darf der Krieg als seelische Ermattung schliessen. Tut er das, so bleiben von ihm nur die Verluste und Belästigungen, nicht aber der Gewinn für die Menge der Kämpfer...»

Wie? Ist es denn nicht schon ein Gewinn, wenn man sich erfolgreich verteidigt hat? Nein, die Fabel vom Verteidigungskrieg wird in allen Ländern nur so lange ihre Wirkung nicht verfehlen, als die Gefahr der Invasion des Feindes noch bestehen bleibt. Ist diese aber vorüber, so wird der feingesponnene diplomatische Schleier zerrissen; eine gewaltige Leere wird sich auftun, und die Menge wird nach den wahren Schuldigen suchen... Um diesem Gerichte zu entgehen, um die Massen über die nachkommenden schweren Folgen des Krieges hinwegzutäuschen, muss man sich eine Fata Morgana schaffen. Die Rolle von solchen spielen der «ewige Frieden» und so weiter, in der letzten Zeit auch der Wirtschaftsbund des Zehnmächteverbandes für die

---

bei ihnen mannigfaltige und umfassende Veränderungen in der Gestaltung der Industrie und des Handels hervorgebracht... Neue Werke für neue Erzeugnisse wurden gegründet, bestehende wurden umgeformt und erweitert, die Art der Erzeugung geändert, und die ganze Produktionsweise nach neuen Gesichtspunkten und unter völlig veränderten äussern Verhältnissen neu eingerichtet. Diese neue Lage konnte aber nur im Gleichgewicht verharren, solange die unnatürlichen Bedingungen des Kriegszustandes mehr oder weniger unverändert bestehen bleiben... Daher der Wunsch, von dem Ausnahmezustand dauernd zu erhalten, was zu erhalten möglich wäre. « Die Pariser Wirtschaftskonferenz », S. 1 bis 3.

Volkskreise in der Entente, und «Mitteleuropa» für die gleichen Kreise der Zentralmächte. Es ist darum wohl nicht ausgeschlossen, dass man versuchen könnte, an die Ausführung dieser Pläne heranzutreten.

Dadurch ferner, dass der Krieg die Handelsbeziehungen zu den feindlichen Ländern dauernd unterbrochen und es erzwungen hat, andere in den verbündeten und neutralen Ländern anzuknüpfen, hat er der wirtschaftlichen Tätigkeit eine bestimmte Richtung gegeben, die man behalten möchte, ohne einzusehen, dass diese Richtung durchaus künstlich ist, ein Produkt anormaler Kriegsverhältnisse. Mit dem Kriegsende muss sich die Industrie neuorientieren, falls sie ihre frühere Stellung auf dem Weltmarkte wiedergewinnen will. Der einzelne Industrielle überschaut aber den ganzen komplizierten Mechanismus der Volkswirtschaft nicht, urteilt vielmehr vom Standpunkte seiner Tagesinteressen, und es ist nicht ausgeschlossen, dass sich viele in der Tat für die oder jene wirtschaftlichen Bündnisse aussprechen werden.

Dabei ist das ganze Wirtschaftsleben heute umorganisiert, in den Dienst des Krieges gestellt. Mit dem Kriegsende muss es von neuem für die Friedenswirtschaft aufgebaut werden, und es ist selbstverständlich, wenn man zunächst den Weg, auf dem man den geringsten Widerstand trifft, beschreitet. Es ist sicher zu erwarten, dass wenigstens eine Zeitlang der gegenseitige Handel auf grosse psychologische und persönliche Schwierigkeiten stossen wird. Wenn man in Kulturländern zu einem öffentlichen Boykott wohl nicht schreiten wird, so wird der nationale Hass eine Zeitlang noch im Wege stehen und von der Konkurrenz weidlich ausgenutzt werden. Es wird sich so ergeben, dass zunächst die Zentralmächte auf sich und die Neu-

tralen, ebenso die Entente und ihr Anhang auf sich und die Neutralen angewisen bleiben werden. Die Gefahr ist darum wirklich gross, dass sich diese Länder auch förmlich voneinander abschliessen, wozu sich der Wunsch nach höheren Zolleinnahmen der Staaten gesellt, die wohl doch auf Kosten der feindlichen Länder erreicht werden sollen. Das hiesse doch angeblich nationale Politik treiben.

Indes ist gerade durch den Krieg eine Situation geschaffen worden, die eine ganz andere Wirkung haben muss. Die Erschöpfung der Länder ist ausserordentlich weitgehend; der Bedarf nach Waren, der insbesondere nach dem Kriegsschlusse sich mit Wucht fühlbar machen muss, wird alle die künstlichen Hemmnisse überwinden und sich dort zu befriedigen suchen, wo er nur Waren haben kann. Die Produktivkraft der Völker ist stark vermindert; die Vorräte sind vernichtet oder verbraucht, die Maschinen abgenutzt, gewaltige Felder, Wälder, Eisenbahnen, Brücken, Städte und viele, viele andere Kulturgüter zerstört, verwüstet. Es ist selbstverständlich, dass die Preise aller Waren eine Zeitlang unheimlich hoch sein werden. Und trotzdem soll man noch nationalistische Wirtschaftspolitik treiben, der unentbehrlichen Dinge entsagen, weil sie aus «Feindesland» kommen? Die nüchterne Wirklichkeit wird hoffentlich den nationalistischen Rausch rasch austreiben.

So sagt auch *A. Sartorius von Waltershausen* in der «Zeitschrift für Sozialwissenschaft», 1916, Heft 6/7:

«Nach dem Durchschneiden zahlreicher Verbindungen von Land zu Land ist das mehr oder minder erfolgende Bestreben überall vorhanden,... einen Ersatz der Auslandsware aus bodenständigen Mitteln zu beschaffen. Manches von diesen Ersatzstücken mag zur steten Reproduktion auf die Zukunft nach dem Kriege übernommen werden, und man soll sich

dessen freuen, dass er neben seinen zerstörenden diese produktive Wirkung gehabt hat, aber es würde eine schwere Illusion sein,... zu glauben, dass wenn die Not der Einschnürung beseitigt ist, etwa eine nationale Begeisterung oder der Fremdenhass dahin führen könnten, diese eingeschlagene Richtung der Selbstausstattung weiter zu verfolgen.... Wirtschaftliche Angelegenheiten lassen sich auf die Dauer nur nach den ihnen innewohnenden Prinzipien regeln....»

Und diese lassen sich, so scheint es uns, nicht aus der Entwicklung der Wirtschaft während des Krieges, sondern aus der zur normalen Zeit ableiten. Eben darum haben wir diese Verhältnisse, wie sie vor dem Kriege sich herausgebildet haben, so ausführlich geschildert, um die Entwicklungstendenzen kennen zu lernen.

Dass die Gesamtheit ein grosses Interesse an normalen Handelsbeziehungen mit allen Nachbaren haben wird, dafür bürgt uns auch die Entwertung des Geldes in allen kriegführenden Ländern. Davon schon abgesehen, dass Deutschland nicht die Last auf sich nehmen kann, noch die österreichische Valuta zu heben, oder England die russische, und jeder schon aus diesem Grunde sich hüten wird, engere wirtschaftliche Beziehungen mit den politisch Verbündeten einzugehen, wird gerade auch die Ausfuhr nach Oesterreich oder Russland schon infolge der starken Geldentwertung dieser Länder beschränkt bleiben, und Deutschland wie England wird sich gezwungen sehen, möglichst viel nach neutralen Ländern oder auch nach England auszuführen, und umgekehrt, England wird lieber nach Deutschland als nach Russland ausführen wollen, da das deutsche resp. englische Geldwesen nicht so zerrüttet ist und wohl sich am schnellsten erholen wird. Ueberhaupt diktiert die Entwertung des Geldes mit eiserner Notwendigkeit eine freiheitlichere Handelspoli-

tik. Um die eigene Handelsbilanz zu verbessern und den Kurs des eigenen Wechsels zu heben, muss man nach Möglichkeit billig kaufen und teuer verkaufen, also den passenden Markt aufsuchen. Wer soll unter diesen Umständen sich selbst von einigen Märkten ausschliessen wollen? Nein, die Kriegsfolgen sprechen gegen die Fortsetzung des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiete.

So sprach sich auch Prof. J. Jastrow auf einer Versammlung des Vereins zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Auslande, in Frankfurt am Main, Ende Juni 1916, für den Ausbau der Meistbegünstigung aus, obgleich er in seiner schon erwähnten Schrift deren Begrenzung das Wort sprach. Schliesslich mag darauf hingewiesen werden, dass man vor Handelskriegen zurückschrecken wird, um nicht neue Kriege anzuzetteln. Der Reichskanzler Bethmann Hollweg hat die Stimmung der Bevölkerung sicher trefflich geschildert, als er im Hauptausschuss des Reichstages am 9. November 1916 sagte: «Wenn bei und nach Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewusstsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit das Bestreben nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen zur Verhütung der Wiederkehr so ungeheuerlicher Katastrophen gehen...» Und trotzdem soll man Handelskriege beschliessen, das sicherste Mittel, neue Katastrophen hervorzurufen?!

Die Wirkungen des Krieges gehen aber noch viel tiefer. Sie bedeuten nichts anders als eine mehr oder weniger dauernde Unterbrechung und Erschwerung des Produktionsprozesses in Europa, das erschöpft dasteht. Millionen seiner besten Arbeitskräfte und unzählige Millionen an Kapital hat es verloren; Arbeiter-

und Kapitalmangel, relativ hohe Geldlöhne (bei gesunkenen Reallöhnen), hoher Zinsfuss (bei voller Entwertung der unheimlich angewachsenen Kriegsschulden) sind die Folgen des Krieges. Hinzukommen eine erschreckende Preissteigerung der Lebensmittel und Rohstoffe, und eine dauernde Verteuerung der Frachtkosten, die die Versorgung Europas mit aussereuropäischen Produkten erschwert. Umgekehrt werden die aussereuropäischen Länder aus dieser Sachlage Nutzen ziehen. Nicht allein deshalb, weil sie ihre Produkte an Europa zu hohen Preisen absetzen und so sich auf Kosten der europäischen Arbeit bereichern ; auch nicht deshalb, weil sie grosse Scharen noch übrig gebliebenen Arbeitskräfte aus Europa an sich reissen werden, sondern in der Hauptsache deshalb, weil sie erst jetzt imstande sein werden, eine eigene Industrie zu schaffen, die dank der hohen Frachtkosten die Konkurrenz der europäischen Industrie nicht zu fürchten braucht. Wenn beispielsweise die Frachten von Indien nach England heute für Baumwolle sechzehnmal so hoch sind als vor dem Kriege, so muss es England schwer fallen, indische Baumwolle nach England zu bringen, dort sie in einfache Erzeugnisse zu verarbeiten, um sie dann wiederum nach Indien auszuführen. Dabei wird England noch lange nicht seine frühere Produktionsfähigkeit erreichen, insbesondere, wenn es sich auf die Herstellung von Eisenerzeugnissen für Rüstungszwecke oder für seine Verbündeten werfen sollte. Ebenso wird Deutschland nach dem Kriege bedeutend weniger Waren ausführen können als vor dem Kriege, so dass der Warenstrom aus Europa, der die aussereuropäischen Länder früher überflutet hat, nach dem Kriege bedeutend schwächer fliessen wird, und es werden sich die jetzt während des Krieges in den neu-

tralen Ländern geschaffenen Industrien mehr oder weniger frei entwickeln. Insbesondere werden an Ort und Stelle die Rohstoffe der ersten Umarbeitung unterworfen werden, um ihre Fracht nach Europa zu verbilligen.

Die hohen Frachtpreise bedeuten so eine neue Umwälzung in den wirtschaftlichen Verhältnissen Europas und der übrigen Weltteile. Die Verbilligung der Frachten führte zur Ausdehnung des Körnerbaues in Amerika und Russland auf Kosten der europäischen Landwirtschaft und veranlasste Europa zur Viehzucht überzugehen. Anderseits ermöglichte derselbe Umstand Europa die Rohstoffe aller Weltteile zu verarbeiten und dann überall mit seinen Erzeugnissen jeden Wettbewerb totzuschlagen. In den letzten Jahrzehnten, als die Kurve der Getreide- und Rohstoffpreise eine neue Biegung nach oben machte, ging man in Europa zur intensiven Landwirtschaft und qualifizierten Arbeit über, da man in Qualitätsprodukten den übrigen Weltteilen gegenüber einen starken Vorsprung hatte. So vollzog sich beispielsweise die Arbeitsteilung zwischen Deutschland und England einer- und Japan, zum Teil auch Amerika, andererseits. Der Krieg hat diese Entwicklung stark beschleunigt. Wir bemerken, dass die neutralen Länder in Europa die bestellte Getreidefläche nach Möglichkeit auszudehnen bemüht sind, ihre Industrie vervollständigen und bestrebt sind, möglichst vielseitig zu arbeiten. Anderseits kommen aus den überseeischen Ländern Nachrichten, die besagen, dass man dort den Körnerbau etwas vernachlässigt, vielmehr bemüht ist, die einheimischen Produkte an Ort und Stelle zu verarbeiten, dass man Zucker-, Spiritusfabriken, Konservenfabriken usw. errichtet, ebenso die Baumwollverarbeitung fördert usw. Ist es

nicht recht charakteristisch, dass die Ausfuhr der Vereinigten Staaten von Rohstoffen im Jahre 1914/15 nach Südamerika und von Halbfabrikaten nach Asien stark ansteigt? Oder spricht nicht die Meldung der Frankfurter Zeitung aus Brasilien (vom 4. Juli 1916), dass man in Brasilien ein *Farbwerk* errichtet hat, von einer sich vorbereitenden Umwälzung in den Produktionsverhältnissen dieser Länder?

Es vollzieht sich ein ähnlicher Prozess wie zur Zeit der napoleonischen Kontinentalsperre, nur in umgekehrter Richtung. Damals hat sich das kontinentale Europa von der Herrschaft der kolonialen Produkte (Zucker!) zu befreien begonnen. Insbesondere charakteristisch sind die Bemühungen Napoleons, einen Ersatz für die kolonialen Farbstoffe zu schaffen. Auf seine Veranlassung wurde in den verschiedenen Gegenden Frankreichs Waid für die Herstellung von Farben angebaut. 1810 setzte er Preise aus von 100,000, 50,000 und 25,000 Franken für die Erfindung eines auf chemischem Wege hergestellten Indigo. Heute lebt die Rohrzuckergewinnung auf und koloniale Länder errichten eigene Rübenzuckerfabriken und Farbwerke. Die kolonialen Länder befreien sich von der Herrschaft der europäischen Produkte, schaffen eine eigene Industrie...

Auf die wirtschaftliche Selbständigkeit wird die politische jener Länder folgen, die heute noch unter der Herrschaft der europäischen Staaten stehen. Die Tatsache, dass Europa wirtschaftlich den anderen Weltteilen voraus war, gab ihm auch die Möglichkeit, grosse Gebiete politisch von sich abhängig zu machen. Nun werden die europäischen Staaten aus diesem Kriege militärisch geschwächt, untereinander verfeindet hervorgehen. Ein geschlossenes Vorgehen, wie seinerzeit

China gegenüber, wird lange nicht mehr möglich sein. Darum werden sich umgekehrt die kolonialen Staaten freier bewegen können. Konnte doch die persische Revolution nur siegen, weil Russland in Ostasien geschlagen wurde. Heute darf man wohl annehmen, dass Persien, vielleicht auch Vorderasien und Indien wie Aegypten nach dem Kriege eine bedeutendere Selbständigkeit erlangen werden. Schon lassen sich deutlich Zeichen einer ernsten Nationalbewegung in diesen Ländern wahrnehmen.

Die Schaffung eines Araberreiches mit dem Scherif von Mekka an der Spitze ist zwar die Arbeit Englands, wird aber auf jeden Fall die nationale Bewegung in Vorderasien sicherlich stärken und einen kräftigen Widerhall in *Indien* finden.

Es ist auch kaum denkbar, dass Indien, nachdem es so aktiven Anteil am Weltkrieg genommen, immer noch politisch unselbständig bleibt. Uebrigens hat man sich in England der politischen Selbstverwaltung Indiens hauptsächlich darum widersetzt, weil man befürchtete, Indien werde, wie die anderen Kolonien, Schutzzölle einführen. Da Indien heute aber dennoch seine Industrie entwickeln und sich auch England möglicherweise, wenigstens zum Teil, von der freihändlerischen Politik abwenden wird, so wird es auch gegen einen Schutz der indischen Industrien kaum etwas einwenden können und folglich Indien auch grössere politische Selbstverwaltung einräumen müssen. *)

*) Das ist inzwischen geschehen, indem die englische Regierung Indien die Erhebung eines Zolles von 4% vom Werte auf die nach Indien eingeführten Waren gestattet, und zwar mit der Motivierung, dass Indien England eine Anleihe von 100 Millionen Pfund gewährt. Indien als Geldgeber Englands!

Beobachter der kolonialen Länder haben schon mehrfach grosse Gärungen konstatiert und das baldige Ende der Kolonialherrlichkeit Europas vorausgesagt. Eine schlechte Einwirkung des Krieges in dieser Beziehung befürchtet auch Dernburg, der frühere Staatssekretär für Kolonien. Auch Hintze meint im bekannten Sammelwerk «Deutschland und der Weltkrieg», dass «die Aera der Kolonialherrschaft in Asien und an den Nordküsten von Afrika bald ebenso ihr Ende erreichen wird wie in Amerika und Australien».

In seiner 1905 in Tübingen erschienenen «Kolonialgeschichte der Neuzeit» schreibt *V. Valentin* zum Schlusse:

«Seit dem Siege Japans über Russland ist die Gärung in den asiatischen Völkern immer tiefer und bedrohlicher geworden. Die studierenden Hindu wandten ihre Augen nach Tokio, in Persien hat die Reformpartei die Geschichte Japans ins Persische übersetzen lassen, in den entlegensten Orten der Türkei hat der Kinematograph das Bild der russischen Niederlagen gebracht. Der Europäer ist für den Asiaten mehr als jemals der verächtliche Barbar, bei dessen Anblick er sich tief verletzt fragt, wie Gott ein solches Wesen habe erschaffen können. Auf Madagaskar und Philippinen regen sich die Malaien, und die Araber berühren Indien im Osten, Spanien, Frankreich und Italien im Westen, Südafrika im Süden.»

Abgesehen von gewissen Uebertreibungen, wird hier eine vielfach beobachtete Tatsache bestätigt, dass sich die kolonialen Völker schon vor dem Weltkriege zu regen begonnen haben. Wie nun dieser auf sie einwirken wird, an dem sie unmittelbaren Anteil nehmen und während dessen ihre religiösen und nationalen Leidenschaften angestachelt werden, kann man sich leicht vorstellen. Die Vertreibung Italiens aus Lybien, der Aufstand der Araber und die zahlreichen Gärungen in anderen Kolonien (Holland), sowie die wahrscheinliche Befreiung der Philippinen — all diese

Erscheinungen sind nur Symptome der heranbrechenden neuen weltgeschichtlichen Aera ...

So ist es darum nicht gerade ausgeschlossen, dass der Krieg, der um der Kolonien willen geführt wird, den *Anfang vom Ende der Kolonialherrschaft der europäischen Staaten bedeuten wird.* Eine sonderbare Ironie der Geschichte, die aber keineswegs beispielslos dasteht. Auf die napoleonischen Kriege, die den Abschluss der viele Jahrhunderte lang geführten Handelskriege bedeuteten, folgte in Europa eine immer stärker hervortretende Reaktion gegen die damalige Handels- und Kolonialpolitik, die Ursache der Handelskriege. Werden wir nicht dasselbe auch nach diesem noch furchtbareren Kriege erleben? Es klingt sonderbar, in einer Zeit, in der weite Kreise für Kolonien schwärmen und bereit sind, dafür zu verbluten, eine geistige Reaktion gegen die Kolonialpolitik vorauszusagen. Indes, das scheint nur so. Dass auf den Krieg ein Umschlag in der öffentlichen Meinung, eine neue Umwertung der während des Krieges geschaffenen Götter eintreten wird, steht fest. Speziell aber in bezug auf die Kolonien lassen sich auch die materiellen Gründe leicht feststellen, die diesen Umschwung bewirken müssen.

Europa wird nach dem Kriege gezwungen sein, in viel bedeutenderem Masse als vorher Qualitätswaren herzustellen. Denn es wird nicht mehr über genügende Rohstoffquellen (Eisen und Kohle) im eigenen Lande verfügen, vielmehr darauf angewiesen sein, diese wenigstens zum Teil aus den anderen Weltteilen zu holen. Eine starke Entfaltung der Schwerindustrie wird darum auf Schwierigkeiten stossen, wenigstens der Konkurrenz Amerikas gegenüber kaum gewachsen sein. Die europäische Industrie wird deshalb auf die Fertig-

produktion und die Verfeinerung angewiesen sein. Trotz aller Hindernisse, die gerade durch den Weltkrieg aufgetürmt werden, wird sich so eine Arbeitsteilung und ein sehr reger Verkehr zwischen den Ländern entwickeln. Etwa wie heute England das feine Garn herstellt, während Japan und Indien die einfachen Sorten der Textilwaren liefern; wie Deutschland Halbzeug an England verkauft, werden in der Zukunft China, Indien, Nord- und Südamerika die Halbfabrikate der Eisen- und die gröberen Stoffe der Textilindustrie herstellen, die Deutschland, England, Frankreich usw. zu hochqualifizierten Waren verarbeiten werden.

Für diese werden die westeuropäischen Industrien Absatzmärkte nicht in den Kolonien, sondern in den Kulturländern und in den kapitalistisch sich entwickelnden Ländern suchen, die allein grosse Nachfrage nach Produktionsmitteln und teuern Verbrauchsgegenständen bieten. Auf diese Weise wird zwar der Interessengegensatz zwischen den Unternehmern einzelner Länder untereinander nicht überwunden, ebensowenig wie der Interessengegensatz zwischen den Klassen oder die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, die ihren Ausdruck in Wirtschaftskrisen finden; wohl aber entstehen mächtige Interessengruppen, die an einem friedlichen Verkehr mit den Kulturländern stark interessiert und die wahrscheinlich international stark engagiert sein werden, sei es durch Beteiligung an vielen Unternehmungen in verschiedenen Ländern, sei es durch allgemeine Abmachungen mit ihren Konkurrenten in anderen Ländern. Es ist also wohl denkbar, dass auf die Epoche des kriegerischen Imperialismus eine Zeit des friedlicheren Verkehrs unter den Ländern ein-

tritt, die infolge der weitgehenden Arbeitsteilung aufeinander angewiesen sind.

Dass aber auch in dieser Zeit Zündstoff genug sein wird, aus dem leicht ein Weltbrand entstehen könnte, ist selbstverständlich. Schon durch die Verschärfung des allgemeinen Wettbewerbs infolge des Hinzutritts von neuen Industrieländern kann es leicht zu Kriegen kommen. Zumal auch später, wie heute schon, nicht einzelne Unternehmer sich gegenseitig auf dem Weltmarkt bekämpfen, sondern ganz mächtige Gruppen, die einander mit eigenen Mitteln nicht niederzukonkurrieren vermögen und so nur den Ausgang sehen, entweder sich zu verständigen oder mit Hilfe der Staatsmacht sich den Sieg über den Gegener zu verschaffen.

Da es wahrscheinlich ist, dass der Staat sich in der Zukunft unmittelbar an der Industrie beteiligen werde, durch Verstaatlichung der Kohlenbergwerke, Wasserkräfte usw., so kann es leicht kommen, dass der Staat direkt an einer aggressiven Auslandspolitik zu Wirtschaftszwecken interessiert sein wird. Zugleich wird er versuchen, auch einen Teil der Arbeiterschaft für diese Politik durch Begünstigung der Qualitätsarbeiter usw. zu gewinnen. Dieser Gefahr vorbeugen, kann nur eine eingehende Analyse des Gesamtproduktionsprozesses, die uns erst die Bedeutung des friedlichen Zusammenarbeitens der Völker zeigt. Erst aber die volle Umorganisierung der Produktion auf neuen Grundlagen, nicht für den freien Markt, sondern nach Massgabe des wirklichen Bedarfs und nicht im Interesse des einzelnen Unternehmers, sondern der Gesamtheit, eine Umorganisierung, die sich *nur* auf der Grundlage der Gemeinschaftsinteressen der Kulturvölker und somit im engen Einvernehmen dieser Völker unterein-

ander vollziehen kann, wird den Kriegen ein Ende machen können und an Stelle des Kampfes um den Absatzmarkt den geregelten Verkehr der einzelnen Länder untereinander treten lassen. Erst dann werden sich auch die Ideale, um deretwillen jetzt angeblich gekämpft wird, verwirklichen lassen: Gleichheit der Nationen, vollkommene Selbstbestimmung der Völker, die Freiheit der Meere und der Landwege und die völlige Abrüstung. Heute müssen wir all unser Tun darauf richten, die Tendenzen zu bekämpfen, die die Völker verfeinden, die Kriegsgefahr heraufbeschwören und den Völkern Not, Elend und Untergang bringen. Diese Gefahren sehen wir im Imperialismus und in den Handelskriegen und wenden uns darum gegen sie.